



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 7

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE  
N. 7

.....  
vom 13.03.2019

.....  
del 13/03/2019

Präsident  
Vizepräsidentin  
Vizepräsident

Josef Nogger  
Rita Mattei  
Manfred Vallazza

Presidente  
Vicepresidente  
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 7

vom 13.03.2019

**Inhaltsverzeichnis**

Namhaftmachung von jeweils drei effektiven Mitgliedern und drei Ersatzmitgliedern der Bezirkswahlkommission Bozen sowie der Unterkommissionen von Bozen, Brixen, Bruneck, Meran und Schlanders (Artikel 21 und 22 des D.P.R. vom 20. März 1967, Nr. 223) - (Fortsetzung). . . . . Seite 4

Namhaftmachung (auf Vorschlag der politischen Minderheit) von drei effektiven Mitgliedern und drei Ersatzmitgliedern des Landesbeirates für Chancengleichheit für Frauen (Artikel 19 des L.G. vom 8. März 2010, Nr. 5). . . . . Seite 6

Begehrensantrag Nr. 1/18 vom 15.11.2018, eingebracht von den Abgeordneten Atz Tammerle und Knoll, betreffend: Begnadigung der Südtiroler Freiheitskämpfer. . . . . Seite 7

Beschlussantrag Nr. 18/18 vom 27.12.2018, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Staffler, betreffend: Verträge auf lokaler Ebene und Mindeststundenlohn im Privatsektor. . . . . Seite 13

Beschlussantrag Nr. 19/19 vom 8.1.2019, eingebracht von den Abgeordneten Staffler, Dello Sbarba und Foppa, betreffend: Aufnahme Kollektivvertragsverhandlungen. . . . . Seite 26

Beschlussantrag Nr. 34/19 vom 30.1.2019, eingebracht vom Abgeordneten Urzi, betreffend: Sicherheitsdienst vor dem Landhaus in der Perathoner-Straße 10, Bozen. . . . . Seite 39

Beschlussantrag Nr. 44/19 vom 5.2.2019, eingebracht vom Abgeordneten Repetto, betreffend: Fahrten zum Konzentrationslager Mauthausen fördern. . . . . Seite 46

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE

N. 7

del 13/03/2019

**Indice**

Designazione di tre membri effettivi e tre membri supplenti della commissione elettorale circondariale di Bolzano e di ciascuna delle sottocommissioni di Bolzano, Bressanone, Brunico, Merano e Silandro (articoli 21 e 22 del D.P.R. del 20 marzo 1967, n. 223) - (continuazione). . . . . pag. 4

Designazione (su proposta della minoranza politica) di tre membri effettivi e di tre membri supplenti della commissione provinciale per le pari opportunità per le donne (articolo 19 della legge provinciale 8 marzo 2010, n. 5). . . . . pag. 6

Voto n. 1/18 del 15/11/2018, presentato dai consiglieri Atz Tammerle e Knoll, riguardante: Concessione della grazia agli attivisti sudtirolesi. . . . . pag. 7

Mozione n. 18/18 del 27/12/2018, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Staffler, riguardante: Contratti territoriali e salario minimo orario nel settore privato. . . . . pag. 13

Mozione n. 19/19 dell'8/1/2019, presentata dai consiglieri Staffler, Dello Sbarba e Foppa, riguardante: Avvio della contrattazione collettiva. . . . . pag. 26

Mozione n. 34/19 del 30/1/2019, presentata dal consigliere Urzi, concernente: Vigilantes davanti al Palazzo provinciale di via Perathoner 10 a Bolzano. . . . . pag. 39

Mozione n. 44/19 del 5/2/2019, presentata dal consigliere Repetto, riguardante: Promuovere dei viaggi al campo di concentramento di Mauthausen. . . . . pag. 46

Beschlussantrag Nr. 51/19 vom 12.2.2019, eingebracht von den Abgeordneten Leiter Reber und Mair, betreffend: Untertunnelung "Latschander". . .  
.....Seite 52

Mozione n. 51/19 del 12/2/2019, presentata dai consiglieri Leiter Reber e Mair, riguardante: Realizzazione di una galleria in zona "Latschander". . . .  
..... pag. 52

**Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Josef Noggler**

**Ore 10.03 Uhr**

*Namensaufruf - appello nominale*

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Wir fahren mit der Behandlung der institutionellen Tagesordnungspunkte fort.

Punkt 3 der Tagesordnung: **"Namhaftmachung von jeweils drei effektiven Mitgliedern und drei Ersatzmitgliedern der Bezirkswahlkommission Bozen sowie der Unterkommissionen von Bozen, Brixen, Bruneck, Meran und Schlanders (Artikel 21 und 22 des D.P.R. vom 20. März 1967, Nr. 223)"** - (Fortsetzung).

Punto 3) all'ordine del giorno: **"Designazione di tre membri effettivi e tre membri supplenti della commissione elettorale circondariale di Bolzano e di ciascuna delle sottocommissioni di Bolzano, Bressanone, Brunico, Merano e Silandro (articoli 21 e 22 del D.P.R. del 20 marzo 1967, n. 223)"** - (continuazione).

Wir fahren mit den Namhaftmachungen von drei effektiven Mitgliedern und drei Ersatzmitgliedern der Unterkommissionen Bozen, Brixen, Bruneck, Meran und Schlanders fort.

Wir kommen zur Ernennung der effektiven Mitglieder der Unterkommission Bozen. Es sind folgende Namensvorschläge eingegangen: Armand Mattivi, Christian Govi und Paolo Sticcotti.

Gibt es weitere Namensvorschläge? Keine. Ich erinnere daran, dass jeder Abgeordnete eine Vorzugsstimme vergeben kann. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

*(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)*

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 33 abgegebene Stimmzettel, 7 weiße Stimmzettel, 1 ungültiger Stimmzettel, 14 Stimmen für Armand Mattivi, 7 Stimmen für Christian Govi und 4 Stimmen für Paolo Sticcotti. Somit sind Armand Mattivi, Christian Govi und Paolo Sticcotti zu effektiven Mitgliedern der Unterkommission Bozen gewählt worden.

Wir kommen nun zur Ernennung der drei Ersatzmitglieder der Unterkommission Bozen. Es sind folgende Namensvorschläge eingegangen: Killian Bedin, Sergio Fizzotti und Marco Alberto.

Gibt es weitere Vorschläge? Keine. Ich erinnere daran, dass jeder Abgeordnete eine Vorzugsstimme vergeben kann. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

*(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)*

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 35 abgegebene Stimmzettel, 9 weiße Stimmzettel, 2 ungültige Stimmzettel, 15 Stimmen für Killian Bedin, 5 Stimmen für Sergio Fizzotti und 4 Stimmen für Marco Alberto. Somit sind Killian Bedin, Sergio Fizzotti und Marco Alberto zu Ersatzmitgliedern der Unterkommission Bozen gewählt worden.

Wir kommen nun zur Ernennung der drei effektiven Mitglieder der Unterkommission Brixen. Es gibt folgende Namensvorschläge: Josef Kirchler, Paul Zanon und Adriano La Femina.

Gibt es weitere Vorschläge? Keine. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

*(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)*

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 33 abgegebene Stimmzettel, 4 weiße Stimmzettel, 2 ungültige Stimmzettel, 15 Stimmen für Josef Kirchler, 9 Stimmen für Paul Zanon und 3 Stimmen für Adriano La Femina. Somit sind Josef Kirchler, Paul Zanon und Adriano La Femina zu effektiven Mitgliedern der Unterkommission Brixen gewählt worden.

Bevor wir zur nächsten Ernennung kommen, möchte ich die Klasse 3C der Mittelschule "Michael Pacher" Brixen mit Frau Prof. Silvia Zanotto im Landtag begrüßen und willkommen heißen.

Wir kommen nun zur Ernennung der drei Ersatzmitglieder der Unterkommission Brixen. Es gibt folgende Namensvorschläge: Walter Mitterrutzner, Angelo Baffo und Alois Josef Kerschbaumer.

Gibt es weitere Vorschläge? Keine. Ich erinnere noch einmal daran, dass jeder Abgeordnete eine Vorzugsstimme vergeben kann. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

*(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)*

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 33 abgegebene Stimmzettel, 4 weiße Stimmzettel, 1 ungültiger Stimmzettel, 15 Stimmen für Walter Mitterrutzner, 3 Stimmen für Angelo Baffo und 10 Stimmen für Alois Josef Kerschbaumer. Somit sind Walter Mitterrutzner, Angelo Baffo und Alois Josef Kerschbaumer zu Ersatzmitgliedern der Unterkommission Brixen gewählt worden.

Wir kommen nun zur Ernennung der drei effektiven Mitglieder der Unterkommission Bruneck. Es gibt folgende Namensvorschläge: Hansjörg Tschaffler, Elisabeth Unterhauser und Elisabeth Mair.

Gibt es weitere Vorschläge? Keine. Ich ersuche um die Verteilung der Stimmzettel.

*(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)*

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 33 abgegebene Stimmzettel, 4 weiße Stimmzettel, 1 Stimme für Unterholzner, 8 Stimmen für Hansjörg Tschaffler, 8 Stimmen für Elisabeth Unterhauser und 12 Stimmen für Elisabeth Mair. Somit sind Hansjörg Tschaffler, Elisabeth Unterhauser und Elisabeth Mair zu effektiven Mitgliedern der Unterkommission Bruneck gewählt worden.

Bevor wir zur nächsten Ernennung kommen, möchte ich die Klasse 5B der Wirtschaftsfachoberschule "Franz Kafka" Meran mit Frau Prof. Renate Schwienbacher im Landtag begrüßen und willkommen heißen.

Wir kommen nun zur Ernennung der drei Ersatzmitglieder der Unterkommission Bruneck. Es gibt folgende Namensvorschläge: Ruth Morandi, Magdalena Santner Dapoz und Maria Theresia Ellemunter.

Gibt es weitere Vorschläge? Keine. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

*(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)*

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 33 abgegebene Stimmzettel, 4 weiße Stimmzettel, 1 ungültiger Stimmzettel, 10 Stimmen für Ruth Morandi, 10 Stimmen für Magdalena Santner Dapoz und 8 Stimmen für Maria Theresia Ellemunter. Somit sind Ruth Morandi, Magdalena Santner Dapoz und Maria Theresia Ellemunter zu Ersatzmitgliedern der Unterkommission Bruneck gewählt worden.

Wir kommen nun zur Ernennung der drei effektiven Mitglieder der Unterkommission Meran. Es gibt folgende Namensvorschläge: Alexander Knoll, Thomas Ladurner und Francesca Morrone.

Gibt es weitere Vorschläge? Keine. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

*(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)*

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 33 abgegebene Stimmzettel, 5 weiße Stimmzettel, 1 ungültiger Stimmzettel, 9 Stimmen für Alexander Knoll, 10 Stimmen für Thomas Ladurner und 8 Stimmen für Francesca Morrone. Somit sind Alexander Knoll, Thomas Ladurner und Francesca Morrone zu effektiven Mitgliedern der Unterkommission Meran gewählt worden sind.

Wir kommen nun zur Ernennung der drei Ersatzmitglieder der Unterkommission Meran. Es gibt folgende Namensvorschläge: Ingrid Gartner, Hans Werner Wickertsheim und Mario Volante.

Gibt es weitere Vorschläge? Keine. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

*(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)*

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 34 abgegebene Stimmzettel, 8 weiße Stimmzettel, 9 Stimmen für Ingrid Gartner, 10 Stimmen für Hans Werner Wickertsheim und 7 Stimmen für Mario Volante. Somit sind Ingrid Gartner, Hans Werner Wickertsheim und Mario Volante zu Ersatzmitgliedern der Unterkommission Meran gewählt worden.

Wir kommen nun zur Ernennung der drei effektiven Mitglieder der Unterkommission Schlanders. Es gibt folgende Namensvorschläge: Erwin Josef Dilitz, Edith Götsch und Gerhard Kapeller.

Gibt es weitere Vorschläge? Keine. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

*(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)*

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 35 abgegebene Stimmzettel, 5 weiße Stimmzettel, 10 Stimmen für Erwin Josef Dilitz, 9 Stimmen für Edith Götsch und 11 Stimmen für Gerhard Kapeller. Somit sind Erwin Josef Dilitz, Edith Götsch und Gerhard Kapeller zu effektiven Mitgliedern der Unterkommission Schlanders gewählt worden.

Wir kommen nun zur Ernennung der drei Ersatzmitglieder der Unterkommission Schlanders. Es gibt folgende Namensvorschläge: Erich Ohrwalder, Christa Prieth Schwalt und Rita Bonora.

Gibt es weitere Vorschläge? Keine. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

*(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)*

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 33 abgegebene Stimmzettel, 8 weiße Stimmzettel, 5 Stimmen für Erich Ohrwalder, 8 Stimmen für Christa Prieth Schwalt und 12 Stimmen für Rita Bonora. Somit sind Erich Ohrwalder, Christa Prieth Schwalt und Rita Bonora zu Ersatzmitgliedern der Unterkommission Schlanders gewählt worden.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich die Klassen 2A und 2B des Sozialwissenschaftlichen Gymnasiums Mals mit Frau Prof. Maria Luise Kuppelwieser im Landtag begrüßen und herzlichen willkommen heißen.

Punkt 4 der Tagesordnung: **"Namhaftmachung (auf Vorschlag der politischen Minderheit) von drei effektiven Mitgliedern und drei Ersatzmitgliedern des Landesbeirates für Chancengleichheit für Frauen (Artikel 19 des L.G. vom 8. März 2010, Nr. 5)."**

Punto 4) all'ordine del giorno: **"Designazione (su proposta della minoranza politica) di tre membri effettivi e di tre membri supplenti della commissione provinciale per le pari opportunità per le donne (articolo 19 della legge provinciale 8 marzo 2010, n. 5)."**

Der Landesbeirat für Chancengleichheit für Frauen besteht aus 15 Frauen. Die Gleichstellungsrätin oder der/die zuständige Landesrat/Landesrätin oder sein/ihr Ersatz sind von Rechts wegen Mitglied im Beirat. Insgesamt 6 Mitglieder werden von der politischen Minderheit im Landtag namhaft gemacht, davon 3 effektive Mitglieder und 3 Ersatzmitglieder. Die anderen Mitglieder werden von der Landesregierung aufgrund von Zweierorschlägen der wirtschaftlichen, sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, die sich vorzugsweise an Frauen richten, ernannt. Die Zusammensetzung des Beirates muss dem Sprachgruppenverhältnis gemäß letzter allgemeiner Volkszählung entsprechen. Die Voraussetzung, um Mitglied zu werden, sind Kenntnisse und Erfahrung in Fragen der Gleichstellung und Frauenförderung.

Es werden zwei getrennte Wahlgänge gemacht. Wir haben hier die Möglichkeit, offen abzustimmen, sofern Sie, werbe Abgeordnete, damit einverstanden sind. Wenn es keine Gegenstimmen gibt, dann stimmen wir darüber offen ab.

Für die effektiven Mitglieder sind folgende Namensvorschläge eingegangen: Roberta Mattei, Petra Priller und Sylvia Rier.

Gibt es weitere Vorschläge? Keine. Dann stimmen wir darüber ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 27 Ja-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen sind Roberta Mattei, Petra Priller und Silvia Rier zu effektiven Mitgliedern des Landesbeirates für Chancengleichheit für Frauen gewählt worden.

Wir kommen nun zur Ernennung der drei Ersatzmitglieder des Landesbeirates für Chancengleichheit für Frauen. Es gibt folgende Namensvorschläge: Rosanna Oliveri, Ulrike Spitaler und Judith Steinmair. Gibt es weitere Vorschläge bzw. Wortmeldungen? Abgeordnete Foppa, bitte.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Zum Fortgang der Arbeiten. Die Reihenfolge entspricht nicht der ersten Tabelle, nur damit es klar ist, dass Spitaler Ulrike der Ersatz für Rier Silvia ist. Das erscheint logisch, denn grün ersetzt grün, aber nachdem Frau Oliveri die Frau Mattei ersetzt, bitte ich, dies der Klärung entsprechend auszubessern, also Spitaler Ulrike auf Nr. 3 und Steinmair Judith auf Nr. 2.

**PRÄSIDENT:** Das können wir machen. Spitaler Ulrike wird auf Nr. 3 gesetzt.

Wir stimmen darüber ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 27 Ja-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen sind Rosanna Oliveri, Ulrike Spitaler und Judith Steinmair zu Ersatzmitgliedern des Landesbeirates für Chancengleichheit für Frauen gewählt worden.

Wir haben somit die Behandlung der institutionellen Tagesordnungspunkte abgeschlossen. Laut Artikel 52-bis Absatz 3 der Geschäftsordnung wird nun (12.32 Uhr) die verbleibende Zeit verhältnismäßig zwischen Opposition und Mehrheit aufgeteilt. Somit beginnt jetzt die der Opposition vorenthaltene Zeit. Anschließend werden die Punkte der Mehrheit zur Behandlung kommen. Ich erinnere daran, dass vorrangig die vom Kollegium der Fraktionsvorsitzenden laut Artikel 52-bis Absatz 5 der Geschäftsordnung festgelegten Punkte behandelt werden.

Punkt 5 der Tagesordnung: **"Begehrensantrag Nr. 1/18 vom 15.11.2018, eingebracht von den Abgeordneten Atz Tammerle und Knoll, betreffend: Begnadigung der Südtiroler Freiheitskämpfer."**

Punto 5) all'ordine del giorno: **"Voto n. 1/18 del 15/11/2018, presentato dai consiglieri Atz Tammerle e Knoll, riguardante: Concessione della grazia agli attivisti sudtirolesi."**

*Im Jahr 2015 hat der Südtiroler Landtag mit großer Mehrheit einen Antrag zur Begnadigung der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer angenommen. Seither hat es im Fall Tiralongo und der Porzescharte neue Erkenntnisse gegeben, die aufzeigen, dass die Süd-Tiroler Freiheitskämpfer zu Unrecht beschuldigt werden. Trotz dieser neuen Erkenntnisse und mehrfacher Interventionen hat Italien jedoch noch immer keine Maßnahmen zur Begnadigung der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer ergriffen. Es ist daher ein notwendiger Akt der Willensbekundung, dass auch der neugewählte Süd-Tiroler Landtag die Forderung nach einer Begnadigung der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer erhebt.*

*Seit Jahren wird bereits auf die untragbare Situation jener Männer hingewiesen, welche sich in den 1960er Jahren am Süd-Tiroler Freiheitskampf beteiligt haben und dafür bis heute vom italienischen Staat juristisch verfolgt werden, da sie sich durch Flucht vor Folter und Gefängnis retten konnten. Noch immer ist es diesen Männern nicht möglich, lebend nach Süd-Tirol einzureisen, bzw. von ihren bürgerlichen Rechten Gebrauch zu machen. Es sei in diesem Zusammenhang nur an das Schicksal von Siegfried Steger erinnert, der vor einigen Jahren nicht einmal am Begräbnis seiner eigenen Mutter teilnehmen durfte, sowie an jenes von Heinrich Oberlechner, der nur mehr als Toter in sein Heimattal zurückkehren konnte.*

*An Einzelschicksalen wie diesen wird ersichtlich, dass es sich bei den ausstehenden Begnadigungen der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer nicht nur um eine politische Angelegenheit handelt, sondern überdies um eine menschliche Tragödie, deren Tragweite für Nichtbetroffene kaum nachzuempfinden ist. Ohne dabei die Tragik der Opfer vergessen zu wollen, die es auch auf italienischer Seite gegeben hat, sei darauf hingewiesen, dass die Umstände ihres zu Todes, bzw. die damit verbundenen Verstrickungen des italienischen Geheimdienstes, vielfach noch immer nicht geklärt wurden, die Schuld dafür aber pauschal den Süd-Tiroler Freiheitskämpfern in die Schuhe geschoben wurde. Vor allem aber sei bemerkt, dass es weder des Freiheitskampfes noch der Toten bedurft hätte, wenn Italien nicht imperialistische Machtansprüche auf Süd-Tirol geltend gemacht hätte.*

*Die Freiheitskämpfer der 1960er Jahre haben sich, vergleichbar mit den Partisanen des Zweiten Weltkrieges, gegen die verbrecherischen Methoden eines Staates zur Wehr gesetzt, dessen einziges Ansinnen es war, Süd-Tirol mit allen Mitteln zu unterdrücken und zu italienisieren.*

*Ohne den Einsatz der Freiheitskämpfer, die für Land und Leute ihr gesamtes Leben geopfert haben, und diese Last bis heute tragen, wäre das Süd-Tirol Problem nicht internationalisiert worden und es in der Folge auch nicht zu „raschen“ Autonomieverhandlungen gekommen, von deren Ergebnissen heute alle Sprachgruppen profitieren.*

*Angesichts der Tatsache, dass der italienische Staat in den letzten Jahren unzählige Schwerverbrecher und Terroristen begnadigt hat, ist die ausstehende Begnadigung der verbliebenen Süd-Tiroler Freiheitskämpfer nicht nur ein längst überfälliger Akt der politischen Gerechtigkeit, sondern vor allem ein notwendiger Akt der Menschlichkeit.*

*Dies vorausgeschickt,*

*spricht sich*

*der Südtiroler Landtag*

*für eine umgehende Begnadigung der verbliebenen Süd-Tiroler Freiheitskämpfer aus und fordert*

*den italienischen Justizminister, sowie den italienischen Staatspräsidenten auf, die ausstehenden Begnadigungen der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer der 1960er Jahre unverzüglich in Angriff zu nehmen, damit diese in ihre Heimat und zu ihren Familien zurückkehren können.*

-----

*Nel 2015 il Consiglio provinciale ha approvato a grande maggioranza una mozione con cui si invoca la grazia per gli attivisti sudtirolesi. Da allora, per quanto riguarda il caso Tiralongo e l'attentato di Cima Vallona ci sono stati nuovi sviluppi in base ai quali gli attivisti sudtirolesi sarebbero stati condannati ingiustamente. Nonostante i nuovi elementi e svariati interventi, l'Italia non ha mai preso provvedimenti per graziare queste persone. È dunque assolutamente necessario che anche il neoeletto Consiglio provinciale faccia sentire la propria voce chiedendo la grazia per gli attivisti sudtirolesi.*

*Da anni ormai si fa presente l'insostenibile situazione di quegli uomini che negli anni '60 hanno partecipato all'attivismo sudtirolese e che da allora sono perseguiti dallo Stato italiano essendo fuggiti all'estero per scampare alla tortura e al carcere. A questi uomini è tuttora precluso il rientro da vivi in Alto Adige ovvero la possibilità di avvalersi dei diritti civili. Basti pensare alla vicenda di Siegfried Steger, che alcuni anni fa non ha potuto partecipare al funerale della madre, o a quella di Heinrich Oberlechner, che due anni fa è potuto tornare solo da morto nella sua valle di origine. I destini di queste persone mostrano che la concessione della grazia agli attivisti sudtirolesi non è solo una questione politica ma anche e soprattutto una tragedia umana, che le persone non coinvolte possono immaginare solo con grande sforzo. Senza volere per questo dimenticare la tragedia delle vittime che ci sono state anche da parte italiana, va però detto che non sono state ancora chiarite le circostanze della loro morte o il coinvolgimento dei servizi segreti italiani, e che l'intera colpa è stata addossata agli attivisti sudtirolesi. Va altresì ricordato che non ci sarebbero stati né l'attivismo sudtirolese né quei morti se l'Italia non avesse avanzato rivendicazioni imperialistiche sull'Alto Adige.*

*Gli attivisti degli anni '60, così come i partigiani della seconda guerra mondiale, si sono opposti ai metodi criminali di uno Stato il cui unico obiettivo era quello di sottomettere e italianizzare l'Alto Adige con qualsiasi mezzo.*

*Senza l'intervento degli attivisti, che hanno sacrificato tutta la loro vita a questa terra e ai loro abitanti e che ne pagano ancora il prezzo, la questione sudtirolese non sarebbe assunta a rango internazionale, e in seguito non ci sarebbero state "rapide" trattative per un'autonomia di cui oggi beneficiano tutti i gruppi linguistici.*

*Considerato che negli ultimi anni lo Stato italiano ha concesso la grazia a innumerevoli terroristi e a persone che si sono macchiate di gravi reati, diventa un atto di giustizia politica dovuto da tempo ma soprattutto un necessario atto di umanità concedere la grazia agli attivisti sudtirolesi ancora in vita.*

*Ciò premesso,*



*il Consiglio della Provincia  
 autonoma di Bolzano  
 si pronuncia a favore  
 dell'immediata concessione della grazia ai rimanenti attivisti sudtirolesi e  
 invita  
 il ministro della Giustizia nonché  
 il presidente della Repubblica  
 a procedere quanto prima alla concessione della grazia agli attivisti sudtirolesi degli anni '60 af-  
 finché possano tornare nella loro terra e dalle loro famiglie.*

Ich möchte daran erinnern, dass der Einbringer für die Verlesung bzw. Erläuterung 10 Minuten Redezeit hat. Jedem Abgeordneten stehen 3 Minuten zur Verfügung. Die Landesregierung hat 10 Minuten und der Einbringer 5 Minuten Redezeit zur Verfügung.

Das Wort hat die Abgeordnete Atz Tammerle, bitte.

**ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Vielen Dank, Herr Präsident! Ich ersuche, die Behandlung des Begehrensantrages momentan auszusetzen. Nach Rücksprache mit Heinrich Oberleiter würden wir dies momentan vorziehen.

**PRÄSIDENT:** Wir haben das letzte Mal in der Sitzung des Kollegiums der Fraktionsvorsitzenden gesagt, dass eine grundlose Vertagung gegen die Geschäftsordnung verstößt und zum Verfall des Begehrensantrages führt.

Abgeordnete Atz Tammerle, bitte.

**ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich möchte hinzufügen, dass die Aussetzung der Behandlung des Begehrensantrages mit der Landesregierung abgesprochen ist.

**PRÄSIDENT:** Abgeordneter Urzì, bitte.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia):** Sull'ordine dei lavori. È evidente che spetta ai proponenti decidere se mettere in discussione oppure no un documento, è altrettanto evidente che l'aula è sempre curiosa rispetto a quello che viene detto in aula e in aula sono state dette due cose, cioè che ci sono delle consultazioni in atto con un terrorista attualmente espatriato all'estero e contemporaneamente ci sono delle consultazioni in atto anche da parte dello stesso gruppo proponente con la Giunta provinciale, così è stato detto.

Io vorrei sapere, presidente – e chiedo se questo sia possibile, perché sta alla volontà dei proponenti e non posso costringere nessuno – se non si voglia rendere chiaro il senso di queste dichiarazioni, perché comunque si potrà convenire sul fatto che l'avere unito questi due aspetti, ossia il fatto che sono in atto consultazioni con un terrorista espatriato all'estero e sono in atto consultazioni con la Giunta provinciale, evidentemente un qualche tipo di interesse da parte nostra lo crea.

Presidente, mi rivolgo a Lei in quanto destinatario della dichiarazione, mi rivolgo all'intera Giunta provinciale, evidentemente, mi rivolgo ai proponenti. In che cosa consistono queste *Absprechungen* con un terrorista e con la Giunta provinciale sullo stesso tema? Mi limito a questo perché non sono nella condizione evidentemente di imporre a nessuno la scelta sul discutere o meno il proprio documento. Peraltro un documento analogo sull'argomento, diverso ovviamente nei contenuti, è stato presentato anche dal sottoscritto, non ho chiesto la votazione congiunta, mi verrebbe da dire – e chiedo a Lei un chiarimento, presidente – che se chiedessi la votazione congiunta e la discussione congiunta, si potrebbe mettere in discussione già oggi. Questa è una facoltà del consigliere, oppure ci deve essere l'accordo di tutti i gruppi, però per tagliare la testa al toro, anch'io ritengo di tenere, in questo momento, all'ordine del giorno nel suo ordine consequenziale il mio documento, quindi non lo tratterò oggi, tanto per essere chiari, ma non perché attendo le consultazioni in atto, però vorrei sapere in che cosa consisterebbero queste consultazioni fra la Giunta provinciale e un gruppo politico che intrattiene relazioni con un terrorista all'estero. Grazie.

**PRÄSIDENT:** Ich möchte eine Klarstellung machen. Sie, Frau Atz Tammerle, haben auf die Geschäftsordnung hingewiesen. In Artikel 52-bis Absatz 6 der Geschäftsordnung steht Folgendes: *"Die Behandlung der gemäß Absatz 5 festgelegten Tagesordnungspunkte wird nur dann vertagt, wenn die Einbringer bei Aufruf der zu behandelnden Punkte entschuldigt abwesend sind oder der zuständige Landesrat/die zuständige Landesrätin und der Landeshauptmann/die Landeshauptfrau abwesend sind und der Einbringer/die Einbringerin die Vertagung der Behandlung beantragt, ansonsten verfällt der Tagesordnungspunkt."* Diese Behandlung wird verfallen. Sie können den Begehrensantrag nochmals einbringen. So sieht es unsere Geschäftsordnung vor. So haben wir es auch in der letzten Sitzung des Kollegiums der Fraktionsvorsitzenden besprochen. Wir haben gesagt, dass die einzige Ausnahme jene ist, dass Sie mit der Behandlung beginnen und das Mitglied der Landesregierung sagt, dass etwas abzuändern ist. Dann ist es in Ordnung. Wenn Sie aber sagen, dass Sie den Begehrensantrag später behandeln wollen, dann haben wir vereinbart, dass der Tagesordnungspunkt verfällt und neu einzubringen ist, sofern Sie das wollen. Sie haben darauf hingewiesen, dass die Geschäftsordnung zu befolgen ist.

Abgeordnete Foppa, bitte.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Zum Fortgang der Arbeiten. Wir hatten das so besprochen wie es jetzt vorgelesen wurde. Vielleicht war hier die Vorgangsweise noch nicht so ganz klar, aber ich denke, wenn die Kollegin den Antrag erläutert und der Landeshauptmann gesagt hätte, dass man diesbezüglich noch etwas nachbesprechen müsse, dann wäre das im Sinne der Geschäftsordnung und im Sinne unserer Abmachung gewesen. Das wäre die Vorgangsweise gewesen, wie ich sie verstanden hätte, wie wir uns geklärt haben.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Zur Präzisierung. Wir haben schon in der Sitzung des Kollegiums der Fraktionsvorsitzenden ausgemacht, dass die Vertagung gilt, wenn der Einbringer abwesend ist, wenn der Landesrat abwesend ist oder wenn es Gespräche mit der Landesregierung gibt, das heißt, wenn die Landesregierung Änderungen wünscht oder was auch immer. Diesen Fall habe ich sogar in der Sitzung des Kollegiums der Fraktionsvorsitzenden selber vorgebracht, dass die Landesregierung oft sagt, dass sie noch etwas prüfen müsste oder eine Änderung vorschlagen möchte. Das ist schon auch ein Grund, warum etwas vertagt wird. Dies nur bitte fürs Protokoll.

**PRÄSIDENT:** Aber in der Behandlung des Punktes.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** *(unterbricht)*

**PRÄSIDENT:** Ja, aber der Punkt wurde aufgerufen und es wurde um Vertagung ersucht. Landeshauptmann Kompatscher, bitte.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Zum Fortgang der Arbeiten zunächst. Es wäre schon angenehm, wenn auch jene, die nicht Mitglieder des Kollegiums der Fraktionssprecher sind, vorzeitig erfahren würden, was ausgemacht wird, wie die Geschäftsordnung interpretiert wird. Das ist jetzt dieser Punkt, aber es hätte auch ein anderer sein können. Es wäre schon angenehm zu wissen, ob es klüger ist, den Einbringer mit der Behandlung anfangen zu lassen, wenn man eher an einer Vertagung interessiert ist als dass der Antrag verfällt. Es wäre auch angenehm, wenn wir das als Regierungsmitglieder wissen würden, ganz abgesehen vom Meritorischen dieses Punktes, nur grundsätzlich. Es könnte sein, dass wir Interesse haben, dass ein Punkt zwar nicht an dem Tag behandelt wird, aber später schon, also nicht verfällt, dann hätte ich diese Taktik gewählt. Ihr müsst uns schon darüber informieren, was Ihr auch vereinbart. Das ist die Interpretation außerhalb des schriftlich Niedergelegten in der Geschäftsordnung. Deshalb bitte ich schon, eine pragmatische Lösung zu finden und uns künftig zu sagen, wie es geht. Dann hätte ich mich vielleicht auch anders verhalten. Der Antrag ist da. Das jetzt zu vertagen, ... Ich weiß nicht – das wird die Entscheidung des Präsidiums sein -, wie damit umgegangen wird, nur künftig bitte ich darum, dass wir informiert werden, wenn es Nebenabreden der Fraktionssprecher gibt. Ich will nichts dagegen sagen, aber wenn es nicht in der Geschäftsordnung steht, dann sollten wir wenigstens wissen, wie das interpretiert wird, sonst sind wir als Regierungsmitglieder in einem Informationsdefizit.

Ich möchte die Zeit noch nützen, um auf die gestellte Frage zu antworten. Kollege Urzì, ich habe den Kollegen der Landtagsfraktion der Südtiroler Freiheit gesagt, dass wir es als Regierung in dieser Phase für nicht opportun halten, diesen Gegenstand zu behandeln, weil wir wissen, dass es ein laufendes Verfahren gibt. Das haben wir allesamt aus den Medien erfahren. Ich habe deshalb vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt nicht zu behandeln.

**PRÄSIDENT:** Herr Landeshauptmann, nur zur Richtigstellung. Das ist die Geschäftsordnung. In der letzten Periode wurde es so gehandhabt, dass man es außerhalb der Geschäftsordnung verschieben konnte. Jetzt haben wir vereinbart, das nicht mehr so zu genehmigen. Die Geschäftsordnung wird angewandt.

Jetzt gibt es die Möglichkeit, Frau Atz Tammerle, dass Sie den Begehrensantrag beginnen zu behandeln, ihn vorlesen und aufgrund der Vereinbarung mit dem Landeshauptmann bzw. mit der Landesregierung eine Unterbrechung verlangen.

**ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Wir haben zu diesem Begehrensantrag betreffend die Begnadigung der Südtiroler Freiheitskämpfer einen Ersetzungsantrag vorgelegt. Dadurch, dass man momentan noch nicht weiß, ob dieser Text, dieser Inhalt endgültig ist und den eventuellen Gegebenheiten entspricht, beantrage ich die Aussetzung auch in Absprache mit der Landesregierung, denn von diesem Inhalt hängt nämlich auch der beschließende Teil bzw. die Maßnahmen, die aus dem Beschluss, der hier im Landtag gefällt wird, ab. Dadurch, dass das alles in einem Zusammenhang steht, beantrage ich jetzt die Vertagung.

**PRÄSIDENT:** Wir werden darüber sprechen, ob der Antrag noch einmal einzubringen ist oder nicht. Landeshauptmann Kompatscher, bitte.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Ich glaube, dass das jetzt schon der Beginn der Erläuterung war. Ich stelle fest, dass das nachvollziehbar ist und gesagt wird, nachdem es noch Unklarheiten gibt, soll die Behandlung im Sinne der Geschäftsordnung vertagt werden.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia):** A prescindere dal tema, perché il presidente – quello dell'aula – ha già chiarito in precedenza che non è che poi sarebbe preclusa la possibilità di discussione del tema, nel senso che comunque anche un documento che decade, cosa che è successa nel passato, si può ripresentare domani e si discute domani – non domani, ma ad aprile, per intenderci – quindi non cambia assolutamente nulla nel merito, cioè non è che viene impedita la possibilità.

Uscendo anche dal tema, sicuramente chiarezza ci deve essere su questo aspetto; la scorsa legislatura, dopo le innovazioni regolamentari, c'era molta tolleranza su questo aspetto, quindi se un consigliere presente in aula diceva che voleva rinviare la discussione per una serie di ragioni – per presentare un emendamento o quant'altro – accadeva che si rinviava il punto, però è anche vero che se questo apparteneva a una consuetudine, perché poi si era affermata nel tempo il presidente dell'aula ha ragione nel ricordare che il regolamento dice che se non viene messo in discussione il documento, questo decadrebbe.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Però l'aula va informata su una nuova interpretazione, perché c'è stata quella precedente, magari distorta, ma va informata.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia):** Sì, va informata sicuramente, quindi siccome siamo all'inizio della legislatura allora non è che è dato per assodato in assoluto, se devo dirla tutta, sarei d'accordo con la collega Atz Tammerle sul metodo, non sul merito, nel senso che è già successo anche nel passato e forse è anche più pratico, perché altrimenti diventa tutto complicato: decade il documento, la prossima volta la collega deve ripresentarlo per metterlo allo stesso punto dove già si trova, non so se ha senso questa misura, altrimenti si ricorreva al sistema solito, quindi la collega, o Urzì, legge tutta la mozione, poi dice chiedo la sospensione, viene sospeso il punto, la prossima volta arriva con l'emendamento e ricomincia tutto da capo, quindi perdiamo un quarto d'ora di tempo per niente.

Allora dico: perdiamolo una volta per tutta la legislatura, definiamo come procedere una volta per tutte, è più ragionevole questo metodo per cui il consigliere chiede il rinvio del documento se è in aula, magari, presidente, si può approvare questo metodo come metodo di condivisione da parte dei capigruppo, però deve essere condiviso veramente dai capigruppo in una seduta dei capigruppo – alle 14.30 ce n'è una convocata e

si potrebbe già in quella circostanza – però magari si può mettere all'ordine del giorno anche una modifica del regolamento, in maniera tale da chiarire questo aspetto una volta per tutte, affinché non nascano più equivoci di questo tipo. Grazie.

**LANZ (SVP):** Zum Fortgang der Arbeiten. Ich spreche jetzt einmal für alle neuen Abgeordneten – das erlaube ich mir einmal -, dass es relativ schwierig ist, das ganze Regelwerk vom ersten Moment an zu verstehen. Es geht, glaube ich, um den Inhalt und um eine Arbeit, die wir leisten müssen und nicht um eine Form. Wir sind ja nicht hier in der Kür und müssen dafür Noten bekommen, sondern für die geleistete Arbeit. Deswegen würde ich jetzt vorschlagen, dass wir hier nicht darüber diskutieren, wie wir eine Interpretation von einer Geschäftsordnung vornehmen. Die Geschäftsordnung ist, denke ich, klar, dass wir im Sinne des Antrages ganz klar diesem Vorschlag Folge leisten. Dieser ist vorgebracht worden. Von Seiten der Landesregierung ist die Rückfrage gekommen, ob man es verschieben kann, weil das zu klären ist und weil es ein offenes Verfahren gibt. Das ist, denke ich, sinnvoll aus meiner Sicht. Ich ersuche in dem Sinn weiterzumachen, weil das langsam lächerlich ist. Ich möchte mich auch schützen vor fünf Jahren, wenn es überhaupt fünf Jahre sind, dass wir hier immer wieder ständig diskutieren, ob es vertagt oder nicht vertagt ist. Wir haben ein Regelwerk und daran werden wir uns halten. Wenn ein Fehler passiert ist, dann sanieren wir ihn und arbeiten vernünftig weiter. Danke!

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Uns hat niemand mitgeteilt, dass die Landesregierung die Vertagung wünscht, sonst hätten wir den Begehrensantrag auf der Tagesordnung nicht vorgezogen. Wir haben einen Tag vor der Landtagssitzung erfahren, dass die Landesregierung gerne eine Vertagung möchte. Wir können natürlich laut Geschäftsordnung vorgehen und den ganzen Antrag erst verlesen. Dann fangen alle an zu diskutieren und am Ende sagt der Landeshauptmann, dass er eine Vertagung möchte. Dann haben wir wahrscheinlich eine Stunde verloren. Wem ist damit gedient? Wir müssen, glaube ich, schon eine pragmatische Lösung finden. Wenn dieser Wunsch der Landesregierung da ist, dann eröffnen wir das. Sobald der Tagesordnungspunkt aufgerufen ist und die Kollegin Atz Tammerle zu reden anfängt und sagt, der Landeshauptmann hat den Wunsch an uns herangetragen, dann frage ich mich, wo das Problem ist. Wir müssen uns, glaube ich, nicht selber die Geschäftsordnung in die Füße legen. Der Sinn dieser Regelung ist gewesen, dass man nicht Punkte auf der Tagesordnung aufruft und während der Sitzung sagt, ich habe keine Lust oder ich möchte lieber morgen in die Medien kommen, deswegen vertage ich einfach. Darum geht es überhaupt nicht. Jetzt ist der Wunsch der Landesregierung da. Wir folgen dem und sagen, wir warten ein Monat und damit hat es sich.

**PRÄSIDENT:** Wir haben eine Geschäftsordnung und diese respektieren wir. Wir haben vereinbart, wie das in Zukunft zu gehen hat. Wir können es so interpretieren, dass Sie den Antrag mit dieser Erläuterung begonnen haben, wobei der Beginn nicht so großartig war, aber das ist egal. Somit interpretieren wir das so, dass es ein Beginn war und dass der Landeshauptmann bzw. die Landesregierung damit einverstanden ist, dass hier noch einiges zu ändern ist. Somit wäre dies im Sinne von dem, was wir im Kollegium der Fraktionsvorsitzenden auch akzeptiert hätten.

Wir kommen zur Behandlung des Beschlussantrages Nr. 18/18. Abgeordneter Dello Sbarba, bitte.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Visto che il tempo fino alla fine della seduta è minore di quanto io avrei a disposizione, chiedo di poter cominciare al ritorno nel pomeriggio.

**PRÄSIDENT:** Ich gebe dem Antrag statt und unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr.

ORE 12.50 UHR

-----

ORE 14.38 UHR

*Namensaufruf - appello nominale*

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Ich teile mit, dass die Zeit der Minderheit am Donnerstag um 16.23 enden wird.

Wir fahren mit der Behandlung der Tagesordnung fort.

**Punkt 6 der Tagesordnung: "Beschlussantrag Nr. 18/18 vom 27.12.2018, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Staffler, betreffend: Verträge auf lokaler Ebene und Mindeststundenlohn im Privatsektor."**

**Punto 6) all'ordine del giorno: "Mozione n. 18/18 del 27/12/2018, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Staffler, riguardante: Contratti territoriali e salario minimo orario nel settore privato."**

*Südtirol ist eine der Provinzen, in denen die Lebenshaltungskosten am höchsten sind. Unter dieser Situation leiden vor allem lohnabhängige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.*

*Laut der ASTAT-Studie „Arbeitnehmer und Entlohnungen in der Privatwirtschaft 2011 – 2016“ sind in diesem Zeitraum die inflationsbereinigten Jahresbruttoentlohnungen um 0,8 % gesunken. Der Rückgang betrifft vor allem Personen mit einem befristeten Vertrag oder mit einem Teilzeitvertrag und weniger diejenigen, die Vollzeit arbeiten. Die Analyse nach Altersstufen zeigt in allen Altersklassen einen Rückgang der Entlohnung auf. Die Altersklassen 25 – 29 Jahre, 35 – 39 Jahre, 50 – 54 Jahre und 55 – 59 Jahre müssen die größten Verluste hinnehmen, wobei die Klasse 50 – 54 mit 3,5 % am stärksten betroffen ist.*

*Seit Jahren erfasst das ASTAT auch die Anzahl der armutsgefährdeten Haushalte: Sie liegt stabil bei rund 17 % der Bevölkerung. Armutsgefährdet sind rund 35.000 Haushalte, in denen etwa 87.000 Menschen leben.*

*Auch die Studie über die Steuereinnahmen, die vom AFI-IPL auf der Grundlage von Daten des Finanzministeriums ausgearbeitet wurde, zeugt von der Einkommensschere in Südtirol: Im Jahr 2017 gaben nur 3,1 % der Steuerzahler ein Einkommen über 75.000 Euro an, während 27,6 % nach eigenen Angaben weniger als 10.000 Euro verdienen.*

*Andererseits ist das Bruttoinlandsprodukt Südtirols in den letzten Jahren stetig angestiegen: um + 0,6 % im Jahr 2014, + 1,9 % 2015, + 2,2 % 2016, + 1,7 % 2017 und die Prognose für 2018 lautet + 2,5 %.*

*Südtirol hat also auf die Wirtschaftskrise gut reagiert, und das ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Natürlich sind die Vitalität der Unternehmen, aber auch der Fleiß der Arbeitnehmer und die Rolle der öffentlichen Hand sowohl bei der finanziellen Unterstützung der Wirtschaft als auch bei der Gewährleistung der Effizienz des gesamten Territorialsystems wichtige Aspekte.*

*Ein Vergleich all dieser Daten zeigt, dass in den letzten Jahren die Gewinne der Unternehmen gestiegen sind, während die Entlohnungen stetig an Wert verloren haben.*

*Es ist daher dringend notwendig, eine größere Gerechtigkeit bei der Verteilung des Einkommens in unserem Land wiederherzustellen. Die Arbeitnehmer haben in den letzten Jahren durch ihren Fleiß und durch ihre Steuern die Unterstützung der Privatwirtschaft durch die öffentliche Hand mitfinanziert und dadurch zur Steigerung des Wohlstands beigetragen: Nun sollen sie auch an diesem Wohlstand teilhaben.*

*Die Wirtschaft wird vom Land großzügig bezuschusst. Die Unternehmen kamen zudem in den Genuss einer Ermäßigung der Wertschöpfungssteuer IRAP auf den Mindestsatz von 2,68 %. Aufgrund der Steuersenkung von Wertschöpfungssteuer und Unternehmenssteuer (IRES) werden Unternehmen 2018 gut 144 Millionen Euro weniger zahlen als 2012, was einer Reduzierung von 20 % entspricht, während im selben Zeitraum das Einkommenssteueraufkommen aus lohnabhängiger Erwerbstätigkeit um 231 Millionen Euro, also um 14 %, steigen wird.*

*Es ist nur billig und recht, wenn wenigstens ein Teil der Steuereinsparungen von Unternehmen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verteilt wird, was auch eine positive Auswirkung im Hinblick auf die Umverteilung des Wohlstandes hätte.*

*Um die Entlohnungen aufzuwerten, können Zusatzverträge auf lokaler und auf betrieblicher Ebene abgeschlossen werden. Solche Zusatzverträge finden in Südtirol leider kaum Anwendung. Sie sind jedoch in den staatlichen Rechtsvorschriften vorgesehen. Das Dreierabkommen von 1993 zwischen Unternehmern, Gewerkschaften und Regierung sah zwei Verhandlungsebenen vor: gesamtstaatliche Verträge, die Mindestbedingungen für alle Arbeitnehmer gewährleisten sollen, und dezentrale Verträge, die wiederum in zwei Kategorien unterteilt sind:*

*Zusatzverträge auf betrieblicher Ebene für die Großindustrie*

*Zusatzverträge auf lokaler Ebene für das Kleingewerbe und das mittelständische Gewerbe sowie für das Handwerk.*

*Beide Vertragsformen erfüllen den Zweck, die Besoldung der Arbeitnehmer den spezifischen lokalen Gegebenheiten anzupassen. Solche Verträge sind für ein Land wie Südtirol mit einer hohen Inflationsrate, wo die Preise vom Fremdenverkehr in die Höhe getrieben werden, umso wichtiger. Das Land kann sich in diesem Bereich nicht auf seine „Neutralität“ berufen. Die dezentrale Verhandlung kann nämlich von der öffentlichen Hand gefördert oder gebremst werden, vor allem in Bereichen wie dem Handel, dem Handwerk und den Kleinbetrieben. Das 1993 abgeschlossene Abkommen wurde übrigens auch von der Regierung unterzeichnet, sodass nun die Politik auf irgendeine Art und Weise dafür bürgen muss.*

*Das Land kann die Aufnahme von Verhandlungen auf lokaler Ebene durch verschiedene Schritte fördern:*

*indem es Unternehmer und Gewerkschaften an einen Tisch bringt und sie dazu auffordert, Zusatzverhandlungen auf lokaler und betrieblicher Ebene aufzunehmen.*

*Erstes Ziel dieses Verhandlungstisches sollte es sein, ein „Rahmenabkommen auf Landesebene“ (nach dem Vorbild des Abkommens von 1993 zwischen Unternehmern, Gewerkschaften und Regierung) im Sinne eines „Südtiroler Mindeststundenlohnes“ abzuschließen, das es allen vollzeitbeschäftigten, lohnabhängigen Arbeitnehmern ermöglichen soll, mit Würde bis zum Monatsende auszukommen.*

*Diesen Verhandlungen auf Landesebene sollten weitere Verhandlungen auf Branchen-, und/oder Betriebsebene folgen, die zum Abschluss der entsprechenden Zusatzverträge führen sollten.*

*Auf der Grundlage dieses Rahmenabkommens auf Landesebene sowie der darauf folgenden Zusatzverträge auf Branchen-, und/oder Betriebsebene sollte das Land eine Reihe von fördernden oder abschreckenden Maßnahmen treffen (etwa durch die Gewährung von Beiträgen oder durch die Anpassung der IRAP-Steuersätze), um dadurch die dezentrale Verhandlung zu fördern und jene Betriebe zu belohnen, die sie auch umsetzen.*

*Dies vorausgeschickt,*

*wird die Landesregierung  
verpflichtet,*

- 1. ein Dringlichkeitstreffen mit den Unternehmervereinigungen der verschiedenen Bereiche und den Gewerkschaftsvertretern einzuberufen, um Verhandlungen im Hinblick auf den Abschluss eines Rahmenabkommens auf Landesebene aufzunehmen, in dem ein „Südtiroler Mindeststundenlohn“ festgelegt werden soll, das es allen vollzeitbeschäftigten, lohnabhängigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen soll, mit Würde bis zum Monatsende auszukommen;*
- 2. die Aufnahme von dezentralen Zusatzverhandlungen auf Gebiets-, Branchen-, und/oder Betriebsebene im Privatsektor – wenn nötig auch durch ihre Unterstützung und/oder in Eigenregie – voranzutreiben;*
- 3. unterstützende Maßnahmen im Hinblick auf den Abschluss von Zusatzverträgen auf Gebiets-, Branchen-, und/oder Betriebsebene im Privatsektor zu ergreifen, indem die Förderkriterien überarbeitet werden und/oder die IRAP-Steuersätze angepasst und somit verstärkt Unternehmen oder Berufsgruppen belohnt werden, die Zusatzverträge auf lokaler und betrieblicher Ebene abschließen, welche die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen des Personals verbessern;*
- 4. jene Unternehmen, die sich nicht an den mit dem Rahmenabkommen gemäß Punkt 1 festgelegten „Südtiroler Mindeststundenlohn“ halten, von allen finanziellen und steuerlichen Vergünstigungen auszuschließen.*

-----

*L'Alto Adige/Südtirol è tra le province dove il costo della vita è più alto. A soffrirne di più sono i lavoratori e le lavoratrici dipendenti.*

*Secondo lo studio ASTAT “Lavoro dipendente e retribuzioni nel settore privato 2011-2016” tra il 2011 e il 2016 le retribuzioni lorde annue al netto dell’inflazione sono diminuite del 0,8%. La diminuzione colpisce di più chi lavora a termine o a tempo parziale, rispetto a chi lavora a tempo pieno. L’analisi per età mostra che le retribuzioni diminuiscono in tutte le classi. Le fasce 25-29*

anni, 35-39 anni, 50-54 anni e 55-59 anni registrano le perdite maggiori; la più colpita è la fascia 50-54 anni con una perdita del 3,5%.

L'ASTAT rileva da anni anche il numero di famiglie e persone a rischio di povertà: il dato è stabile intorno al 17% della popolazione. Sono a rischio di povertà circa 35.000 famiglie in cui vivono circa 87.000 persone.

Anche lo studio sul gettito fiscale dell'AFI-IPL sulla base dei dati del Ministero delle finanze dimostra il divario di ricchezza presente sul nostro territorio: nel 2017 solo il 3,1% dei/delle contribuenti ha dichiarato redditi superiori a 75.000 euro, mentre il 27,6% ha dichiarato meno di 10.000 euro. D'altra parte il PIL altoatesino ha conosciuto un costante aumento: + 0,6% nel 2014, + 1,9% nel 2015, + 2,2% nel 2016, + 1,7% nel 2017 e la previsione per il 2018 è di + 2,5%.

L'alto Adige si è dunque ben difeso dalla crisi, e questo per diversi fattori. Certamente conta la dinamicità delle imprese, ma altrettanto conta l'impegno delle lavoratrici e dei lavoratori e il ruolo dell'ente pubblico sia nel finanziare l'economia che nel garantire efficienza all'intero sistema territoriale.

Se si incrociano tutti questi dati, si ha la dimostrazione del fatto che negli ultimi anni i profitti delle imprese sono cresciuti, mentre le retribuzioni hanno perso continuamente di valore.

E' urgente dunque riportare maggiore equità nella distribuzione del reddito nella nostra provincia facendo in modo che anche i lavoratori e le lavoratrici godano di una parte della maggiore ricchezza prodotta in questi anni anche grazie al loro impegno e alle loro tasse che hanno alimentato la spesa pubblica locale a favore dell'economia.

L'economia riceve contributi consistenti da parte della Provincia. Le imprese hanno goduto inoltre di una diminuzione dell'aliquota IRAP alla quota minima del 2,68%. Sommando le riduzioni di Irap e Ires, le imprese pagheranno nel 2018 ben 144 milioni di euro meno che nel 2012, il che equivale a una riduzione del 20%, mentre nello stesso periodo il gettito dell'Irpef sul lavoro dipendente aumenterà di 231 milioni di euro, cioè di + 14%.

È giusto che almeno una parte dei risparmi in tasse concessi alle imprese venga distribuito anche alle loro lavoratrici e lavoratori dipendenti, con un positivo effetto di redistribuzione della ricchezza.

Per aumentare il valore delle retribuzioni possono essere stipulati contratti integrativi territoriali e aziendali, in Alto Adige/Südtirol purtroppo poco attuati.

Tali contratti integrativi sono previsti dalla normativa statale. L'accordo triangolare imprenditori-sindacati-governo del 1993 prevedeva due livelli di contrattazione: i contratti nazionali, che dovevano assicurare condizioni minime per tutti i lavoratori, e i contratti decentrati, distinti in due tipologie:

contratti integrativi aziendali per le grandi industrie

contratti integrativi territoriali per le piccole e medie industrie e l'artigianato.

Entrambi hanno la funzione di adeguare le condizioni economiche dei lavoratori alle caratteristiche specifiche del territorio. Tali contratti sono ancora più importanti per una terra ad alta inflazione come l'Alto Adige/Südtirol, dove i prezzi sono trascinati dal settore turistico.

La Provincia non può considerarsi "neutrale" in questa materia. La contrattazione decentrata può infatti essere favorita oppure sfavorita dall'atteggiamento del potere pubblico, soprattutto in settori come il commercio, l'artigianato, le piccole imprese. Del resto, l'accordo del 1993 fu controfirmato anche dal governo: la politica dunque in qualche modo se ne è fatta garante.

La Provincia può favorire l'attivazione di una contrattazione territoriale compiendo diversi passi: convocando imprenditori e sindacati ad un tavolo per la contrattazione integrativa territoriale e aziendale.

Il primo obiettivo di questo tavolo dovrebbe essere quello di stipulare un "accordo quadro provinciale" (sul modello dell'accordo imprenditori-sindacati-governo del 1993) che fissi un "minimo salariale orario altoatesino" che renda possibile a tutte le lavoratrici e i lavoratori dipendenti con un lavoro a tempo pieno di arrivare alla fine del mese con dignità.

Al tavolo provinciale dovrebbero poi seguire tavoli di categoria e/o aziendali in cui vengano stipulati i relativi contratti integrativi.

In base a tale accordo-quadro provinciale e ai successivi contratti integrativi di categoria e/o aziendali, la Provincia dovrebbe varare una serie di misure di incentivo e disincentivo (nella con-

*cessione dei contributi, per esempio, oppure nella modulazione delle aliquote Irap) per favorire la contrattazione decentrata e premiare le imprese che la realizzino.*

*Tutto ciò premesso,*

*si impegna*

*la Giunta provinciale:*

- 1. a convocare un incontro urgente con le associazioni imprenditoriali dei diversi settori e i rappresentanti sindacali per avviare un confronto che giunga alla stipula di un accordo-quadro provinciale che fissi un "minimo salariale orario altoatesino" grazie al quale sia possibile a tutte le lavoratrici e i lavoratori dipendenti con un lavoro a tempo pieno di arrivare alla fine del mese con dignità;*
- 2. a incoraggiare, se necessario col proprio sostegno e/o sotto la propria regia, l'apertura di tavoli di contrattazione integrativa decentrata territoriale, di categoria e/o aziendale nel settore privato;*
- 3. ad adottare provvedimenti utili a sostenere la stipula di contratti integrativi territoriali, di categoria e/o aziendali nel settore privato, attraverso una modifica dei criteri nella concessione di contributi e incentivi, e/o attraverso la modulazione delle aliquote Irap in modo da premiare maggiormente le imprese o le categorie che stipulino contratti integrativi territoriali e aziendali volti a migliorare le condizioni di lavoro e le retribuzioni del loro personale;*
- 4. a escludere da ogni beneficio finanziario e fiscale quelle imprese che non rispettino il "minimo salariale orario altoatesino" fissato con l'accordo quadro di cui al punto 1.*

Abgeordneter Dello Sbarba, bitte.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Grazie presidente. Care colleghe e cari colleghi, noi trattiamo in questo momento la prima mozione della legislatura, inauguriamo l'operatività di questo Consiglio dal punto di vista delle indicazioni alla Giunta e dell'attività legislativa e siamo contenti di aprirlo noi con due mozioni che hanno al centro il tema del lavoro. Credo che su questo ci siamo confrontati moltissimo in campagna elettorale, sono stati anche presi degli impegni, perché tutti noi abbiamo avuto la percezione che ci sia un problema del lavoro, che questo problema sia cresciuto negli anni della crisi e che questo problema sia percepito dai lavoratori dipendenti.

Queste due mozioni le abbiamo articolate in questo modo: io tratterò il tema del lavoro nei settori privati, dei dipendenti del settore privato, il collega Staffler, con la seconda mozione, tratta il tema dei dipendenti pubblici.

Dicevo una percezione di insoddisfazione da parte dei lavoratori e delle lavoratrici dipendenti, che è dimostrata anche dalle indagini che vengono fatte. Un anno fa è stata fatta un'indagine sulla disuguaglianza percepita dai lavoratori e delle lavoratrici dipendenti e il risultato è stato che l'87,9% dei nostri lavoratori e delle nostre lavoratrici percepisce il fatto che in Sudtirolo esiste una disuguaglianza o molto grande o grande, ripeto: quasi l'88% – il 29% percepisce una disuguaglianza molto grande, il 58,8% una disuguaglianza grande – quindi è una percezione. È una percezione esatta? Sì, è una percezione esatta. Il lavoro nel suo valore, in quanto viene pagato, ha perso punti rispetto a 10-15 anni fa, la fase precrisi, ma anche agli anni successivi, viene pagato meno di anni fa, relativamente ovviamente, calcolando l'inflazione, da noi il costo della vita del 20% più alto della media nazionale, non solo vale di meno, viene pagato di meno, ma viene erogato in condizioni più difficili, in forma precaria. Spesso di queste catene commerciali parliamo nell'urbanistica, quando parliamo dei centri commerciali, eccetera, ma se voi andate a parlare con le ragazze e i ragazzi che fanno i commessi in queste grandi catene, ci sono condizioni di lavoro e salariali che sono a livello del vecchio cottimo, ci sono persone che non arrivano a 1.000 euro al mese e sono persone giovani che lavorano 36 ore la settimana. Quindi esistono una serie di forme contrattuali, ma anche il primo salario, per così dire, il salario di ingresso è molto diminuito, poi naturalmente c'è tutta una fascia più anziana di lavoratori che invece ha fatto il suo *iter* e che già si difende. Però il lavoro pagato meno, pagato male e precario riguarda soprattutto i giovani e le giovani nella nostra terra, riguarda anche però i lavoratori più consolidati, è notizia di ieri che le Acciaierie di Bolzano, una realtà produttiva di cui si parla poco qui in Consiglio provinciale, hanno tagliato unilateralmente di 500 euro il premio di risultato annuale, i lavoratori e le lavoratrici delle Acciaierie sono in sciopero in questo momento, e per stipendi come quelli di un operaio delle Acciaierie, 500 euro in meno all'anno pesano, ma soprattutto pesa il modo in cui le Acciaierie hanno deciso unilateralmente, ripeto, di modificare una norma contrattuale che prevede premi di risultato. Premi di risultato che naturalmente devono essere paragonati ai



risultati che hanno fatto i lavoratori e quei risultati ci sono, se poi i mercati non hanno consentito alle Acciaierie di fare i profitti che facevano uno, due o tre anni fa, e quest'anno un po' meno, non è colpa dei lavoratori.

Quindi da un lato una percezione di forte e crescente disuguaglianza, dall'altro effettivamente realtà in cui il lavoro ha perso di valore e ha perso di *status* e questa perdita viene compensata dalla spesa sociale, questo bisogna dirlo, cioè viene compensata dall'ente pubblico, la Provincia, con la spesa sociale. C'è questo studio sul rischio di povertà, dove si dice che la popolazione a rischio di povertà è il 17% in provincia di Bolzano, però senza la spesa sociale sarebbe molto superiore, quasi del 25%, quindi c'è una disuguaglianza a cui soccorre la spesa sociale, ma questo significa che se le retribuzioni fossero più alte la spesa sociale sarebbe alleggerita, perché le persone potrebbero vivere fino alla fine del mese del proprio lavoro e non dovrebbero invece ricorrere, pur lavorando, a sussidi pubblici.

Dall'altro lato i profitti, invece, non sono andati male, il PIL è sempre cresciuto, anche negli anni della crisi, le aziende hanno avuto fortissime riduzioni, quelle massime previste nella tassazione, per esempio l'IRAP, quindi per esempio nel '18 si paga 144 milioni di tasse di IRAP in meno che nel 2012, mentre il gettito dell'IRPEF è sempre più cresciuto, l'IRPEF è il più grosso contribuente, quindi il lavoro dipendente, che è passato nello stesso periodo a un aumento di un gettito di 231 milioni. Quindi c'è un benessere dell'economia a cui non corrisponde una giusta ripartizione di questo benessere.

Che cosa possiamo fare? La politica può fare qualcosa? Sì, noi crediamo che la politica possa fare qualcosa. C'è un accordo nazionale del '93 che prevede due livelli di contrattazione: uno il contratto nazionale e il secondo contratti integrativi e questo accordo nazionale del '93 fu firmato da imprenditori, sindacati e Governo, perché la parte politica si fa garante del quadro contrattuale, quindi del quadro contrattuale nazionale e di quello integrativo territoriale. I contratti integrativi territoriali che potrebbero compensare questa disuguaglianza nella distribuzione del reddito, potrebbero adeguare le retribuzioni alle caratteristiche del nostro territorio, in provincia di Bolzano, sono poco, pochissimo praticati.

Noi proponiamo che la Giunta provinciale – e mi sembrava che nel dibattito durante la campagna elettorale anche da parte di colleghi della Volkspartei e dello stesso presidente Kompatscher questa possibilità fosse stata presa in considerazione – convochi un tavolo con le parti sociali e incoraggi le parti sociali a fare due cose: la prima è quella di fissare con accordo territoriale tra le parti sociali un salario minimo orario da pagare in Sudtirolo, cioè che stabilisca che nessuno può lavorare a meno di una certa paga oraria in provincia di Bolzano, stabiliamo quale, noi non facciamo numeri, ma che ci sia un salario minimo garantito sul territorio altoatesino. La seconda cosa è che si aprano tavoli di contrattazione per contratti integrativi aziendali per le grandi aziende, oppure territoriali per i settori. Per incoraggiare questa cosa la Provincia può collegare certi incentivi all'economia, maggiori o minori, alla firma di questi contratti integrativi territoriali e comunque escludere dai benefici pubblici chiunque non rispetti il salario minimo orario altoatesino fissato per contratto provinciale.

Queste sono le nostre proposte, noi crediamo che il tema del lavoro, il tema innanzitutto del valore del lavoro, sia un tema da prendere in mano, per cui moltissimi lavoratori e lavoratrici della nostra provincia si attendono una risposta.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia):** Quando io ho avuto la notizia della presentazione da parte dei colleghi dei Verdi di una o più iniziative rispetto al diritto a un equilibrato rapporto sostanzialmente fra guadagno economico da parte del lavoratore e costo della vita – lo traduco così – sono stato molto contento, mi sono rallegrato anche perché era il primo punto del nostro programma alle scorse elezioni provinciali e mi sono permesso di stamparmi il mio volantino, dove avevamo indicato quello che noi avevamo chiamato il *bonus* carovita per garantire a tutti lo stesso potere d'acquisto medio italiano.

Mi sono rallegrato e poi mi sono subito rattristato quando ho letto il documento, soprattutto il primo documento, di cui stiamo parlando, perché è un'iniziativa che, pur partendo dal riconoscimento di un problema reale, cioè – posso tradurlo con parole mie – lo scarso potere d'acquisto dei salari altoatesini in rapporto al costo della vita, io lo leggo così e lo traduco così, stante questa presa d'atto di una situazione si dà una risposta che dal mio punto di vista è allucinante, nel senso che interviene esclusivamente ponendo a carico dell'azienda e di chi produce lavoro, il costo di farsi carico del maggiore potere d'acquisto da parte dei lavoratori, con addirittura misure draconiane che giungono sino – leggo testualmente dalla mozione – all'intimazione di minacce nei confronti delle aziende che non dovessero ottemperare nel senso richiesto. Come dire: tu, azienda, dai lavoro, paghi i salari, lo fai ugualmente secondo quelle che sono le tue possibilità, inserite in un quadro ovviamente di certezza del diritto, ma se non corrispondi un ulteriore onere, se tu, azienda – non chiedo niente

all'ente pubblico se non un minimo intervento sulla tassazione di competenza provinciale – non intervieni, ti taglierò tutti i contributi, cioè ti ucciderò, ucciderò chi produce lavoro, ucciderò chi fa impresa, ucciderò chi ha la possibilità di garantire altri posti di lavoro, quindi certezze economiche.

Il problema va completamente invertito, il tema è: 'per quale ragione?', è su questo che si deve ragionare in Alto Adige c'è un costo della vita impazzito come quello che conosciamo, costo della casa e del mattone insostenibile, senza paragoni con il resto del territorio nazionale e anche dei territori a noi vicini, un costo sociale, come è stato giustamente definito, assolutamente inadeguato in rapporto alle esigenze, il costo dei prodotti di consumo, tanto è vero – ma qui riapriremo poi il discorso in un'altra sede – la fuga verso i centri commerciali di tutto il Nord Italia piuttosto che dell'Austria – e concludo, presidente – per riuscire a comprare a meno costo rispetto a come si compra in Alto Adige. E invece qui si vogliono anche chiudere i centri commerciali, così via tutti quanti a Innsbruck e a Verona, allora io dico, presidente, che questa risposta è la risposta più sovietica delle risposte che si potevano dare al problema. Io mi oppongo con tutta la forza e la mia gioia nel sapere che qualcuno forse aveva reagito positivamente al mio appello per un *bonus* caro-vita, è l'ente pubblico che è causa dell'aumentato costo della vita che deve intervenire per dare risposte, non i privati sotto la minaccia dell'ente pubblico. Grazie.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Nach dieser kurzen Rückkehr in den Wahlkampf, sogar mit Plakaten ausgestattet, wollen wir wieder in die Gegenwart schauen. Aber auch von mir aus einen Blick zurück nochmals auf die letzte Legislaturperiode, wo wir zum Thema Arbeit immer wieder das Gefühl hatten, dass es das Stiefkind der Legislatur war. Die Arbeit war, wenn ich mich recht erinnere, in diesem Riesenressort von Martha Stocker angesiedelt. Ich glaube, dass wir über dieses Thema hier drinnen sehr selten diskutiert haben. Deshalb ist es umso notwendiger - und im Wahlkampf hatten wir von Arbeit immer wieder gesprochen -, dieses Thema aufzugreifen. Ich bin auch den Kollegen dankbar, dass wir gleich zu Beginn mit diesem Thema starten können, denn es ist unser eigenes Legislaturziel als Fraktion der Grünen neben dem Thema Umwelt insbesondere die soziale Gerechtigkeit und mit besonderem Fokus auf das Thema Arbeit zu arbeiten. Wir werden uns mit dem neuen Landesrat Achammer hoffentlich immer wieder auseinandersetzen, denn zum Thema Arbeit sehen wir ein weiteres Mal, wie gut Südtirol im "sich-schön-Zeichnen" auch ist.

Ich habe bei der Einsetzung des Landeshauptmannes von Südtiroler Lebenslügen gesprochen. Ich glaube, dass wir uns hier manchmal etwas vormachen, gerade wenn wir von der florierenden Wirtschaft sprechen, wie sie uns immer vorgezeichnet worden ist gerade im letzten Jahr. Es stimmt – ich will da auch nichts aussetzen -, aber schauen wir auch auf jene, die die Wirtschaft machen, auf jene, die die Arbeit leisten. Als Diagnose haben wir festgestellt, dass es eine erschöpfte Arbeitswelt in Südtirol ist, eine müde Arbeitswelt, große Überlastung in vielen Bereichen, ein "ständiges-sich-Aufrechnen" zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor. Unsere beiden Vorschläge sind auch deshalb heute da, um auch hier zu zeigen, dass sowohl der öffentliche Sektor als auch der private belastet ist. Wir sehen, dass wir in Südtirol den höchsten Anteil an Sonntagsarbeit beispielsweise haben. Wir sehen, dass die befristeten Verträge ganz stark angestiegen sind. Und immer dann, wenn Menschen in einer prekären Situation sind, dann steigt ihre Belastung, denn das sind dann meistens Leute, die permanent arbeiten, um sich eine gewisse Sicherheit zu erarbeiten und die nie da ankommen, wo man im Leben einfach auch mal ankommen will, nämlich bei einer längerfristigen Planung, bei einer Familien- und Wohnplanung. Da ist es ganz eindeutig anzusetzen.

Das andere Thema sind die Löhne. Das greifen wir heute auf. Da möchte ich auch noch einmal einen Blick auf die Wahlprogramme werfen, denn ich habe gesehen, dass sowohl die Kollegen von der Lega als auch die Volkspartei zum Thema Arbeit sehr wenig in den Programmen hatten. Auch im Regierungsabkommen, das wir uns immer wieder gut anschauen werden in den nächsten Jahren, sehen wir, dass auch bei der Lohnentwicklung auf dem privaten Sektor sehr wenig eingegangen wird, dass da mehr der öffentliche Sektor mit dem bereichsübergreifenden Kollektivvertrag (BÜKV) genannt ist und sonst allerdings noch großer Arbeitsbedarf gerade zu diesem Thema ist. Sie werden mir dann schon darauf replizieren. Sie brauchen nicht so ungläubig dreinschauen bitte sehr.

Deshalb unsere Vorschläge, die auch zum Beispiel auf das Mindesteinkommen zielen, denn auch die "Südtiroler Wirtschaftszeitung" hat darauf hingewiesen, wie schlecht bestimmte Sektoren bezahlt sind, um nur eines zu nennen, nämlich die "badanti", die für 5 Euro die Stunde arbeiten. Und da ist die alte Politikerphrase "das kann nicht sein" wirklich einmal angemessen, wenn es nämlich um die Lebens- und Arbeitsqualität der Menschen in diesem Land geht. Vielen Dank!

**ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Grundsätzlich finden wir auch, dass es einen fairen Lohn geben soll. Ein fairer Lohn muss angemessen sein, dass man damit bis zum Monatsende kommt und darüber hinaus, dass man sich etwas ansparen kann, damit man sich vielleicht irgendwann einmal auch ein Eigenheim leisten kann. Momentan tun sich die Familien wirklich schwer, aber auch junge Menschen, die beispielsweise erst in die Arbeitswelt eintreten, tun sich schwer, sich etwas anzusparen, weil der Anfangslohn ziemlich nieder ist, besonders in bestimmten Sektoren wie beispielsweise im Handwerk bei den Frisörinnen und Frisören. Das ist einer der niedrigsten Löhne überhaupt, die man findet. Von dem her spricht grundsätzlich nichts dagegen, jedem einen fairen Lohn zu geben. Da wird auch kein Unternehmer, kein Arbeitgeber etwas dagegen haben.

Nur möchte ich auch die andere Seite aufzeigen, und zwar jene der Unternehmer, dass auch diese mittlerweile an einem Punkt angelangt sind, wo man sich fragen muss, ob es sich finanziell überhaupt noch auszahlt. Ist unsere Tätigkeit überhaupt noch rentabel? Zwischen den ganzen Abgaben, zwischen den ganzen Steuern, hinten und vorne wird man als Unternehmer abgezockt, bleibt bis zum Schluss nicht mehr viel übrig. Manche Betriebe müssen sogar, um ihre Steuern jährlich zu bezahlen, einen Kredit aufnehmen. So weit haben wir es. Deshalb grundsätzlich ja, dass ein angemessener Lohn ausbezahlt wird, aber vielleicht könnte man in Bezug auf den Lohnstreifen etwas machen, dass man die Lohnnebenkosten senkt. Hier muss man hergehen und dem Staat sagen, dass dort einmal Abstriche gemacht werden, dass dort Rückvergütungen gemacht werden, denn dass der eigene Mitarbeiter einen gerechten Lohn erhält, da hat kein Arbeitgeber etwas dagegen.

Eine Möglichkeit, die hier vorgesehen ist, ist dieser Arbeitstisch, wo sich Unternehmer, Gewerkschaften usw. an einen Tisch setzen. Vielleicht kann der Landesrat darüber mehr Auskunft geben. So etwas gibt es, glaube ich, schon auf Landesebene, wo auch Sozialpartner und Gewerkschaften an einem Tisch sitzen. Anstatt einen neuen Arbeitstisch einzurichten, wäre es sinnvoller, dieses Anliegen an den bereits bestehenden Tisch heranzutragen. Es gibt, glaube ich, einen Ausschuss, wo man das Anliegen heranträgt, damit sich dieser intensiv mit diesem Thema befasst.

Eine andere Möglichkeit wäre es vielleicht auch noch, dass man den IRPEF-Freibetrag auch etwas in die Höhe schraubt, dass dort nicht die Grenze bei den, glaube ich, 28.000 Euro liegt, sondern dass man dies auf die 36.000 Euro vom Einkommen her erhöht. Genau da trifft man die Mittelschicht, die momentan die größte Schicht ausmacht, aber auch jene Schicht ist, die sozusagen meistens durch den Raster fällt. Hier wäre es sinnvoll, wenn man genau diese Schicht trifft, um Erleichterungen zu bringen.

Deshalb grundsätzlich ja. Aber mit den Abstrichen, wie sie unter Punkt 4 enthalten sind, dass man finanzielle und steuerliche Vergünstigungen für Betriebe ausschließt, können wir überhaupt nichts anfangen. Deshalb werden wir uns bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

**RIEDER (Team Köllensperger):** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Anstieg der Löhne steht in Südtirol in den letzten Jahren in keinem Verhältnis zu den steigenden Lebenshaltungskosten. Das wissen wir jetzt alle. Ich muss aber sagen, die Wirtschaft wurde in Zeiten der Krise mit verschiedenen Entlastungen unterstützt. Wir haben die regionale Wertschöpfungssteuer IRAP, wir haben bei der Unternehmenssteuer IRES Unterstützungen gegeben. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben in der Zeit der Krise wirklich auf vieles verzichtet. Sie haben Opfer für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze gebracht. Ich kenne Beispiele aus Bruneck bei den großen Firmen, wo Mitarbeiter in Kurzarbeit gegangen sind, wo Mitarbeiter auf Löhne verzichtet haben. In Zeiten, in denen es der Wirtschaft wirklich gut geht, ist es, glaube ich, an der Zeit, dass jetzt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dran sind. Da nehme ich Sie, Herr Landeshauptmann, beim Wort, denn Sie haben zumindest vor den Wahlen öfters angekündigt, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dran sind. Daher sind im Privatsektor für Südtirol solche Zusatzverträge unabdingbar. Ich fordere wirklich die Landesregierung und den Landeshauptmann auf, aktiv auf die Wirtschaftsverbände einzuwirken, ein Rahmenabkommen für Landeszusatzverträge in der Privatwirtschaft zu verhandeln. Denn ein solches Abkommen ist wirklich die Voraussetzung, dass wir Landeszusatzverträge abschließen können. Es gibt viele Betriebsabkommen und wir wissen in jenen Bereichen, wo Betriebsabkommen möglich sind, kommt ihnen das zugute, denn es werden nicht nur in finanzieller Hinsicht zusätzliche finanzielle Anreize gegeben, sondern auch sogenannte Welfare Geschichten gemacht. Das ist auch wichtig, aber in Kleinstbetrieben oder in kleinen Betrieben sind solche Betriebsabkommen oft nicht möglich. Deswegen ist es wichtig, dass wir Landeszusatzverträge abschließen.

Zum Schluss einfach noch einmal ein kleiner Hinweis. Wir kennen die Daten. 32 Prozent der Südtirolerinnen und Südtiroler geben an, mit dem Lohn nicht bis zum Monatsende zu kommen. Ich bin der Meinung, jeder und jede, die arbeiten, sollen wirklich mit dem Lohn ein würdevolles Leben führen können. Ich möchte

Sie auch noch an den Auszug Ihrer Regierungsvereinbarung erinnern: *"Wir wollen klare Rahmenbedingungen schaffen, um Löhne und Gehälter rasch und baldmöglichst an erreichte Produktivitätsverbesserungen sowie steigende Lebenshaltungskosten anpassen zu können."* Dann steht weiters: *"Mittels fairer Kollektiv- und Zusatzverträge, die laufend den sich verändernden Rahmenbedingungen angepasst werden, kommt der durch das Wirtschaftswachstum erzielte Mehrwert auch bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an."* In diesem Sinne wird das Team Köllensperger für den Antrag stimmen. Danke!

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich hoffe, dass jetzt der Landeshauptmann wieder gläubig dreinschaut, wenn ich spreche.

Was mir bei dieser Diskussion nicht gefällt, ist, dass diese zwei Gruppen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegeneinander ausgespielt werden. Dieses Eindrucks kann ich mich nicht verwehren, dass es auch hier ein bisschen mit einspringt, wenn ich hier höre, dass in den letzten Jahren die einen immer bekommen haben und den anderen nur versprochen worden ist und sie nichts bekommen haben.

Meine Kollegin Atz Tammerle hat es schon gesagt. Es wird wahrscheinlich keine oder vielleicht bis wenige Ausnahmen, denn schwarze Schafe gibt es überall, Arbeitgeber in Südtirol geben, die ihre Arbeitnehmer ausbeuten, die sagen, ich möchte denen so wenig wie möglich zahlen und ich kassiere hier aus der Volle. Seien wir doch ehrlich! Das Problem bei den Anstellungen sind in Südtirol die Lohnnebenkosten und da brauchen wir gar nicht einmal beim Handel oder irgendwo anfangen. Fangen wir nur einmal bei unseren eigenen Fraktionen an. Unsere Fraktionen bekommen im Jahr pro Abgeordneten 50.000 Euro, um einen Mitarbeiter anzustellen. Wie viel kann ich dem zahlen mit 50.000 Euro? Das ist ein Gehalt von 1.800 Euro. Mehr gibt es nicht. Der Rest geht mit den Lohnnebenkosten drauf und das ist der Wahnsinn an der ganzen Geschichte. Deswegen ist es mir, ehrlich gesagt, auch ein bisschen zu kurz, einfach nur zu sagen, wir machen ein Rahmenabkommen mit einem Südtiroler Mindestlohn. Das klingt zwar gut, das würde ich im ersten Moment auch unterstützen, aber wer soll das denn bezahlen? Es gehen die Lohnnebenkosten und die Steuern für die Unternehmen in gleichem Maße hoch wie das Mindesteinkommen oder das Einkommen, das hier vertraglich festgelegt werden soll. Wenn wir sagen, wir machen ein Mindesteinkommen, das geht aber nicht steuerlich zu Lasten der Unternehmen, gerne. Wenn wir sagen, die Lohnnebenkosten werden um ein Drittel gekürzt und dieser Differenzbetrag wird automatisch auf das Gehalt der Arbeitnehmer draufgesetzt, sofort dafür. Da haben wir eine Win-Win-Situation, aber hier einfach nur zu sagen, wir müssen hergehen und einfach mehr zahlen oder wir legen fest, dass prinzipiell mehr gezahlt wird und dann lassen wir damit die Unternehmen allein ... Wir sind nicht einmal als Landtagsfraktionen in der Lage, unseren Mitarbeitern mehr zu zahlen.

Und ich möchte hier nur auch einmal die Rahmenbedingungen aufzeigen. Von unseren Mitarbeitern wird verlangt, dass sie mehrsprachig sind, sie sollen juristische Kenntnisse haben, sie sollen im Kommunikationsbereich gut tätig sein, sie sollen auch politisch engagiert sein, sie sollen, wie man so schön sagt, die eierlegende Wollmilchsau sein, aber bekommen ein Gehalt laut Kollektivvertrag Handel von knapp 1.800 Euro. Da braucht man sich nicht wundern, dass natürlich auch ein Aufschrei durch die Arbeitnehmerschaft geht. Aber, wie gesagt, das Problem sind die Lohnnebenkosten und diese sind einfach zu senken. Hier bräuchte es auch im steuerlichen Bereich Rahmenbedingungen für Südtirol, dass Südtirol selber das festlegen kann, was die Lohnnebenkosten anbelangt. Wir haben das auch im Gesundheitswesen.

Natürlich stimmt es, dass es auch ein Wettbewerbsnachteil ist, dass man weniger Gehalt zahlt. Wir brauchen uns nur anschauen, was ein junger Arzt, der nach Südtirol kommt, verdient und ein junger Arzt, der in Deutschland oder Österreich arbeitet, was dieser an Anfangsgehalt bekommt. Da haben wir in Südtirol oft den Fehler gemacht, dass wir immer gesagt haben: Schaut Euch an, was man in Catania oder wo auch immer verdient. Wenn man sich als Einäugiger mit dem Blinden vergleicht, dann ist man König, aber man muss sich mit dem Besten vergleichen und das Beste liegt bei uns 20, 30 Kilometer entfernt, also wir brauchen schon immer die gesamten Rahmenbedingungen, die wir betrachten müssen. Aber noch einmal. Einfach nur zu sagen, wir erhöhen und beantworten dann nicht, wer das bezahlen soll oder das geht auf Kosten der Unternehmen, ist einfach zu kurz gegriffen.

**REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten):** Grazie. Io intendo questa mozione come stimolo sul ragionamento nell'ambito del lavoro. Personalmente mi sono sempre trovato in mezzo, come diceva il collega Knoll, tra gli *Arbeitgeber* e gli *Arbeitnehmer*, nel senso che io provengo da una famiglia in cui mio padre è stato anche presidente dell'*Assoimprenditori* perciò da quel punto di vista abbiamo conosciuto il mondo imprenditoriale, la difficoltà, come è stato anche espresso, di cosa vuol

dire muoversi nel mondo del lavoro, investire, mantenere un'occupazione, dall'altro lato personalmente ho sempre lavorato attraverso dei datori di lavoro, perciò comprendo anche sotto questo profilo.

Io posso dire che qui in Alto Adige c'è un problema vero che viene sempre molto non valorizzato, si parla di piena occupazione, ma in realtà è una piena occupazione falsa, una piena occupazione non concreta, è una bassa piena occupazione, questa è la realtà.

E allora la domanda che qui si pone su questa mozione è: cosa può fare l'ente pubblico? L'ente pubblico può fare molto, può fare ad esempio sugli appalti, noi abbiamo appalti di servizio, ad esempio nell'ambito dei servizi di pulizia, dove c'è, non dico uno sfruttamento, perché questo è sbagliato, ma ci sono dei contratti di lavoro estremamente riduttivi, dove ci sono gli 800 euro al mese, 700 euro al mese, veramente conviene chiedere il reddito di cittadinanza per certi versi, perché sono poche ore che vengono date la settimana a questi lavoratori.

Nell'ambito dell'edilizia, nelle gare di appalto c'è un rapporto stretto tra mondo imprenditoriale e sindacato attraverso la cassa edile, cercare di fare in modo che le imprese si adeguino alla cassa edile se vogliono lavorare nell'ambito della provincia di Bolzano, perché ci sono delle situazioni che riescono a garantire il lavoratore, cioè l'ente pubblico può fare, può fare da regia ma può anche muoversi nell'ambito degli appalti. Il mondo del lavoro naturalmente è cambiato molto, non esiste più il posto fisso come era una volta, c'erano persone che entravano in un'azienda a 18 anni e ne uscivano a 60, 58 anni con la pensione, sempre vivendo nella stessa azienda, questo non esiste più, esiste solo nell'ambito pubblico, forse.

Io ritengo che questa mozione, come ho preannunciato, sia un forte stimolo nei confronti della Giunta provinciale per fare un ragionamento sul mondo del lavoro sia come regia, sia come nel mondo degli appalti.

**RENZLER (SVP):** Wir haben jetzt sehr viele verschiedene Positionen gehört, alle von ihrer Sicht aus sehr interessant.

Auf einem Gebiet sind wir uns alle wahrscheinlich einig. Die Lohnsituation der lohnabhängigen Arbeitnehmer in Südtirol ist generell zu überdenken, ist zu niedrig im Verhältnis zu den Lohnhaltungskosten. Allerdings möchte ich darauf hinweisen, dass die Vertragsverhandlungen ausschließliche Zuständigkeit der Sozialpartner sind und es nicht ein Geschenk ist, sondern ein sehr schwer erworbenes Recht. Die Politik sollte zwar die Rahmenbedingungen schaffen, dass es möglich ist, vernünftige Kollektivverträge abzuschließen, aber sich sicherlich nicht einmischen, was die Kollektivverträge an und für sich bedeuten bzw. ausmachen. Das heißt, dass dies die Sozialpartner untereinander ausmachen müssen.

Was im Beschlussantrag der Fraktion der Grünen sehr bedenklich ist, ist, wenn man in diesem Zusammenhang von der Politik fordert, dass ein Mindestlohn eingeführt wird. Der Mindestlohn wird über die Kollektivverträge geregelt und es ist nicht auszuschließen, dass man mehr gibt, aber nicht als Gesetz verankert.

Was die IRAP-Senkung angeht, Folgendes. Meine guten Damen und Herren, das ist alles schön und recht, aber wer hat einen Vorteil von der IRAP-Senkung? Wir wissen, dass über 90 Prozent der Südtiroler Unternehmen weniger als 9 Arbeitnehmer beschäftigen. Eine IRAP-Senkung bei diesen Betrieben, diese auf die Arbeitnehmer umzuwälzen, sind minimale Beträge. Davon profitieren ausschließlich Mittelbetriebe und große Betriebe, also Betriebe, die über 50 Angestellte haben. In Südtirol haben wir von diesen 3 bis 4 Prozent. Diese haben nebenbei auch noch Betriebsabkommen. Bei denen greifen auch die Landeszusatzverträge und da existiert das Problem nicht in dem Ausmaß wie es im Bereich aller anderen 92 oder 93 Prozent der Unternehmen besteht. Die IRAP-Senkung gekoppelt mit eventuellen Beitragsreduzierungen usw. muss auf jeden Fall überprüft werden und kann nicht so einfach beschlossen werden. Das hätte auch nicht einen allzu großen Sinn.

Wichtig ist, dass in all jenen Bereichen, in denen keine Landeszusatzverträge bestehen, ein Rahmenabkommen gemacht wird, das vor allem die Niedrigstlohnelemente betrifft oder jene Betriebe, die man sonst nicht erreicht. Das kann die Landesarbeitskommission als Plattform machen. Das Land könnte da sicherlich einen bestimmten Druck ausüben, dass diese Verhandlungen zumindest angefangen werden, sich aber auf jeden Fall nicht in die Inhalte einmischen. Danke!

**LEITER REBER (Die Freiheitlichen):** Ganz kurz. Einiges wurde ja schon gesagt. Man muss schon festhalten und diesbezüglich stimmen wir, glaube ich, alle überein, dass das Auskommen mit dem Einkommen in Südtirol nicht mehr zusammenpasst, dass immer mehr Leuten wenig bis gar nichts mehr von ihrem Gehalt übrig bleibt.

Hier Regelungen zu finden, wo wir keine direkte Zuständigkeit haben – das wurde auch schon angesprochen –, ist sehr schwierig. Ich gebe dem Kollegen Renzler recht, dass man sagt, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich die Gewerkschaften hier auch einsetzen können, lokale Zusatzverträge abschließen können, aber das Grundproblem liegt darin, dass wir keine Zuständigkeit im Steuerbereich haben. Wir haben die Steuerhoheit nicht und mittel- bis langfristig, um es wirklich für Südtirol regeln zu können, würden wir die Steuerhoheit brauchen. Dann können wir selber direkt eingreifen. So können wir dies nicht und jeder Arbeitgeber würde lieber dem Arbeitnehmer das Geld geben als es nach Rom zu schicken. Das sagt, glaube ich, fast jeder, mit dem man in unserem Land spricht. Deswegen hoffe ich, dass wir, auch was die Steuerhoheit anbelangt, auch hier diesen Konsens finden. Wenn, dann muss man es dort angehen, dann können wir morgen auch direkt eingreifen.

Ich beantrage eine getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte des beschließenden Teils. Auch die Bestrafung für die Betriebe passt wirklich nicht gut ins Konzept.

**UNTERHOLZNER (Team Köllensperger):** Hier sitzen sehr viele Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Ich bin ein totaler Verfechter, dass man das immer trennt. Wir gehören einfach zusammen. Die Arbeitnehmer brauchen die Arbeitgeber und umgekehrt genauso. Es gilt einfach – das wissen wir überall sei es im Sport als auch in der Wirtschaft –, dass nach den Ergebnissen gemessen wird. Deshalb glaube ich einfach, dass es hier Nachholbedarf und eine unterhaltsmäßige gerechtfertigte Entlohnung gibt. Da stimmt jeder zu.

Der Kollege Knoll hat es wirklich auf den Punkt gebracht. Die Unternehmer werden mit sehr vielen Nebenkosten belastet und das sehen eigentlich unsere Arbeitnehmer verkehrt. Das Geld, das sie sich verdienen, sehen sie gar nie. Das sind einfach die Fakten.

Vielen Sachen können wir sehr gut zustimmen, also dass der Lohn angehoben wird und dass man sich das überdenken muss. Ich glaube, der beste Sinn wäre wirklich, wenn unsere Regierungspartei oder unsere regierenden Leute schauen, dass wir das vielleicht zur Autonomie bekommen, dass wir hier selber über die Kollektivverträge verhandeln können. Es wäre vielleicht ein Superschachzug, dass wir hier steuern können, was mit den Lohnnebenkosten passiert, dass ein Teil von den Lohnnebenkosten die Lohnempfänger direkt bar auf die Hand bekommen. Das wäre wahrscheinlich die allerbeste Lösung und damit wäre allen gedient, weil wir – entschuldigt bitte, wenn ich sage wir – die Unternehmen arbeiten hier in Südtirol an den Grenzen der Wettbewerbsfähigkeit. Das mögen vielleicht sehr viele vielleicht nicht glauben, aber das ist definitiv so.

Deshalb würde ich hier sehr vorsichtig sein. Die Unternehmen arbeiten übers Jahr exzellent gut. Deshalb haben wir auch exzellente Arbeitsplätze und gute Mitarbeiter, die zum Wohlstand beitragen. Das sollten wir versuchen so zu erhalten, dass es den Mitarbeitern und den Unternehmen gut geht.

Somit werden wir dem Beschlussantrag teils zustimmen und uns auch teils enthalten, weil wir nicht allen Punkten zustimmen können.

**LANZ (SVP):** Es ist natürlich schwierig, innerhalb von 3 Minuten auf die komplexen Themen, die hinter diesem Beschlussantrag stehen, einzugehen, weil dies natürlich sehr viele Bereiche betrifft.

Deswegen erlaube ich mir vielleicht ein paar Grundinformationen mitzugeben, die ich aufgrund meiner Tätigkeit in den letzten Jahren gesammelt habe. In Südtirol haben wir über 90 Prozent der Betriebe mit weniger als 10 Mitarbeitern und nur 0,5 Prozent der Betriebe mit mehr als 50 Mitarbeitern. Das sind Fakten. Dementsprechend glaube ich auch, dass wir die Rahmenbedingungen und die Gesetze danach stellen müssen, dass wir dieser Realität Rechnung tragen.

Ich möchte das unterstützen, was im Vorfeld gesagt worden ist. Kein Unternehmen hat ein Interesse, seine Mitarbeiter nicht gut zu behandeln, und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Man investiert in den Betrieb gemeinsam mit den Mitarbeitern, denn nur gemeinsam ist man erfolgreich. Bis man wirklich eine gute Fachkraft ausgebildet hat, dauert es Jahre. Leider haben wir heute Kollektivverträge, die diese Verbindung innerhalb weniger Tage auflösen kann. Eine Kündigungsfrist beträgt 5, 10, 15 Tage. Auf der anderen Seite investiert man Monate und Jahre, damit man ein gutes Arbeitsverhältnis aufbauen kann und auch dementsprechend Fachkräfte ausbilden kann.

Die Problematik liegt darin, dass den Betrieben zu viele Nebenkosten entstehen, die in den letzten Jahren auch immer wieder zugenommen haben. Ich mache Ihnen ein kleines Beispiel. Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen hier mit Pflichtkursen konfrontiert sind. Diese Kurse müssen per Gesetz von jedem von uns zwei-, drei-, vier- und fünfmal im Jahr fünf Tage gemacht werden. Wenn das nur 30 Stunden sind, dann bedeutet dies für einen normalen Arbeitnehmer 2,5 Prozent seiner Arbeitsleistung. Das geht dem Betrieb verloren, weil

er diese Arbeitszeit auch zahlen muss. Auf der anderen Seite muss er sie erwirtschaften, hat aber weniger Ressourcen zur Verfügung. Da reden wir nur von 30 Stunden. Wir müssen, glaube ich, da ansetzen, dass wir in Südtirol die Diskussion endlich dorthin bringen, wo wir Exzellenzen haben, diese dann zu stärken und dort, wo wir Schwächen haben, zu schauen, wie wir diese weiterbekommen. Das ist eine ureigene Kompetenz der Sozialpartner. Deswegen ersuche ich auch in Zukunft, dass, wenn man die Sozialpartner meint, man diese auch richtig titulierte. Wir reden hier von Unternehmerverbänden. Es sind die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter. Das sind wir diesen Institutionen schuldig. Auf der anderen Seite wollen wir sie ja beschneiden, aber hier wollen wir, dass sie dann ihre Arbeit machen. Es ist ihre ureigene Aufgabe. In jedem Arbeitgeberverband ist es so, dass in den Statuten drinnen steht, die Mitarbeit bei der Erstellung der Kollektivverträge ist eigentlich das oberste Ziel. Dann müssen wir diesen die Rahmenbedingungen geben. Ich bin auch der Meinung, dass man diesen Dialog suchen muss, allerdings nicht über Bestimmungen und Gesetze und Auflagen, sondern im Rahmen unserer Möglichkeiten über Rahmenbedingungen und im Rahmen unserer Möglichkeiten, dass man diese Tische fördert, intensiviert und vor allem auch begleitet. Danke!

**ACHAMMER (Landesrat für Deutsche Bildung, Deutsche Kultur, Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen, Arbeit, Integration - SVP):** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Kollege Dello Sbarba als Ersteinbringer, liebe Kollegen, die mitdiskutiert haben. Ich habe nach dieser Diskussion den Eindruck, dass es hier im Plenum einen Konsens gibt. Es geht nicht um das "ob", sondern wenschon um das "wie". An das möchte ich mich auch anfügen.

Wir sind uns sehr wohl einig – das haben mehrere betont, auch wenn sie in den Wahlkampf zurückgeblickt haben –, dass das Lohnniveau im Privatbereich – wir reden im Moment über den Privatsektor – inzwischen unzureichend und unzufriedenstellend ist, wenngleich ich eines dazusagen muss, Kollegin Foppa - ich möchte nur mit dem beginnen und dann schon zum Schluss kommen -, was wir darunter verstehen oder was wir vorantreiben möchten. Wenn wir sagen, was in den vergangenen fünf Jahren passiert ist und rekapitulieren doch noch einen halben Moment lang in den Wahlkampf. Für mich war es beeindruckend, den Unterschied zwischen 2013 und 2018 zu sehen. Wir haben 2013 fast jeden Abend lang über Arbeitslosigkeit diskutiert. Da gab es eine Jugendarbeitslosigkeit von über 10 Prozent und fünf Jahre später reden wir über Fachkräftemangel und über das Lohnniveau. Ich möchte eines dazusagen, auch wenn Sie sagen, dass es das Stiefkind im Bereich Arbeit war. In der Landesregierung war in der letzten Amtszeit die beste Maßnahme jene, die man im Bereich Arbeit ergreifen kann, Arbeit zu schaffen. Ich denke, dass viel getan worden ist, dass wieder Arbeit geschaffen wurde, dass Steuererleichterungen passiert sind und dass heute – darum bin ich froh in erster Linie, dann kommen wir schon zum Schluss – Betriebe in erster Linie hergehen - ich muss sagen, dass ich fast jeden halben Tag inzwischen ein Gespräch habe – und Folgendes sagen: Wo finden wir noch unsere Leute? Stellen wir neue Ausbildungsschienen auf? Wir müssen um die Fachkräfte noch mehr werben und die Decke wird immer kleiner, wir ziehen von allen Seiten. Das Wichtige ist, dass Arbeit wieder da ist.

Ich möchte mich wirklich auf das beziehen, was der Landeshauptmann in der letzten Amtszeit und dann gleichzeitig mit der Regierungserklärung immer wieder gesagt hat. Es war vor fünf Jahren unser zentrales Anliegen, Arbeit zu schaffen. Fünf Jahre später können wir zufriedenstellend sagen, dass Arbeit da ist, gerade jetzt in einer Zeit, in der ein wirtschaftlicher Erfolg auch bei den Betrieben, also ein Wachstum angekommen ist, und was wir davon den Arbeitnehmerinnen und den Arbeitnehmern weitergeben können. Das wurde immer und immer wieder gesagt.

Ich darf vielleicht noch eines anfügen, weil man vielleicht gesagt hat, dass in der letzten Amtszeit zu wenig für die Geringstverdiener gemacht worden ist. Es gibt viele Erhebungen, absolut und es sind viele richtige Interpretationen. Ich darf nur eines nennen. Die Beobachtungsstelle für den Arbeitsmarkt hat 2018 festgestellt – die Quelle sind die Arbeitsmarkt News Nr. 11 -, dass das Ergebnis der letzten fünf Jahre jenes war, dass tendenziell die geringer Verdienenden ihr von der Inflation bereinigtes Nettolohneinkommen halten oder ganz leicht ausbauen konnten, die tendenziell besser Verdienenden hingegen Einbußen in Kauf genommen haben, vor allem beispielsweise durch Entscheidungen wie beim regionalen IRPEF-Zuschlag, wo man in einem gewissen Ausmaß sehr wohl versucht hat, etwas auch für die Kaufkraft - das gebe ich zu - zu tun.

Gleichzeitig ersuche ich, wenngleich wir alle im Konsens und der Meinung sind, dass das Lohnniveau unzufriedenstellend ist, doch eines auch in Relation zu sehen. Es sind die Lebenshaltungskosten genannt worden. Es ist auch der Lebensstandard mit zu berücksichtigen, denn gerade auch in subjektiven Erhebungen, aber nicht nur in solchen wird das natürlich – das meine ich nicht negativ, versteht dies bitte nicht falsch – an

einem Lebensstandard gemessen, den wir haben, der ein sehr hoher Lebensstandard ist, und deswegen sagen Menschen, ich komme mit meinem Einkommen nicht mehr an das Monatsende.

Einen Punkt dürfte und möchte ich bewusst herausgreifen, den Kollege Dello Sbarba zurecht hervorgehoben hat. Wir haben auch in spezifischen Situationen – Sie haben, glaube ich, den Handel unter anderem angesprochen – wirklich Situationen, wo wir im Land - ich beziehe mich auch auf den Kollegen Lanz - noch mehr Wertschätzung für einen gewissen Ausbildungsgrad, eine Qualifikation haben, Franchise Betriebe, denen es ganz egal ist, ob und wie jemand sozusagen im Betrieb steht. Das sind wirklich zum Teil mehr als prekäre Situationen. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Wenn wir auf die Ausbildungsverhältnisse beispielsweise im Bereich Handel schauen, so haben wir in der dualen Ausbildung in den letzten zehn Jahren mehr als 50 Prozent der Ausbildungsverhältnisse verloren. Da spricht man sozusagen schon vom Phänomen der sogenannten "piega maglie", die eh nur im Geschäft stehen und wenig kosten sollen. Da haben wir prekäre Situationen, das ist überhaupt keine Frage. Da gebe ich Ihnen recht.

Zum Beschlussantrag selber und auch zu den Punkten, die genannt sind, Folgendes. In dieser Form – ich sage auch warum – können wir den Beschlussantrag nicht annehmen. Warum? Im ersten Punkt stehen unter Anführungszeichen die Worte "Südtiroler Mindeststundenlohn". Das ist auch vom Kollegen Renzler genannt worden. Wir erwecken den Anschein, als ob wir eine gesetzliche Kompetenz zu einem Südtiroler Mindestlohn hätten. Das haben wir gerade im Privatbereich nicht. Ohne Voraussetzung auf staatlicher Ebene ist es eine Einigung der Tarifpartner, diesen vorzusehen oder entsprechend nicht vorzusehen. Das, was hingegen richtig ist – darauf komme ich noch -, ist, dass das Land Rahmenbedingungen schaffen kann, dass territoriale betriebliche Zusatzvereinbarungen geschlossen werden. Das ist richtig und unter anderem auch vom Kollegen Repetto genannt worden.

Ich darf aber noch Folgendes hinzufügen. Das ist mehrmals genannt worden. Selbstverständlich die Lohnnebenkosten. Wir sind uns schon einig, dass wir gerne Lohnnebenkosten gesenkt hätten, was in erster Linie auf staatlicher Ebene liegt, aber eines müssen wir mit berücksichtigen. Wenn wir immer wieder die Lohnnebenkosten als Gesamtes nennen, dann müssen wir auch sagen, was die Lohnnebenkosten überhaupt sind. Es sind schon auch Anteile drinnen der Vorsorge beispielsweise zugunsten der Arbeitnehmer. Also es klingt so, als ob alles so ein bisschen umsonst wäre. Die Lohnnebenkosten sind aber im Vergleich – das wissen wir – in Italien höher als in anderen benachbarten Staaten, also nicht nur allein das Wort "Lohnnebenkosten" als Gesamtes, sondern es sind wesentliche Vorsorgeanteile entsprechend auch.

Was können wir also tun? Es ist richtig, was Kollege Renzler gesagt hat. Wir haben eine Tarifautonomie. Das liegt wesentlich bei den Tarifpartnern. Deswegen hätte ich auch ein Problem mit Punkt 2. Da geben wir ein bisschen vor, die Aufnahme voranzutreiben. Wir nehmen als Land im Privatsektor nicht die Verhandlungen auf, denn das tun die Tarifpartner. Wennschon schaffen wir Voraussetzungen, die es fördern, die es begünstigen, die auch auf der Ebene der Tarifpartner sagen, dass es beispielsweise einen Mehrwert gibt. Und da kommen wir zur Regierungsvereinbarung noch einmal zurück.

Ganz kurz zu Punkt 3. Was steht jetzt - ich nehme das gleich dazu – ganz konkret? Mehrere haben gesagt, das ist ja angekündigt worden. Was ist jetzt damit? Was ist im Wahlkampf angekündigt worden, was in der Regierungsvereinbarung? Man findet – ich weiß nicht mehr, wer das gesagt hat – mehrmals in der Regierungsvereinbarung das Bekenntnis, dass wir in diesem Bereich tätig werden wollen, und zwar zwei- oder dreimal ist auf eines hingewiesen worden, nämlich dass wir – wir sind zu Beginn der Legislatur noch in der Phase der Überprüfung für nächste Schritte – überprüfen, ob bestehende bzw. eventuelle künftige – da werden wir auch über den Landeshaushalt ausführlich reden – Steuererleichterungen daran geknüpft werden, dass sie eine Rückwirkung, eine positive Auswirkung – ich sage dies bewusst noch allgemein – auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben. Man hat beispielsweise bereits vor fünf Jahren geschaut – da war die Situation am Arbeitsmarkt noch eine andere -, ob die IRAP-Erleichterung an ein Betriebsabkommen sozusagen geknüpft werden kann. Man ist damals zum Schluss gekommen – das muss ich ehrlicherweise auch noch dazusagen -, dass es ein Bürokratiemonster wird. Man hat gesagt, dass dies in dieser Form nicht umsetzbar ist. Der Landeshauptmann hat dies selbst mehrmals betont. Wir haben jetzt gesagt, wir werden das selbstverständlich angehen und uns anschauen, ob bestehende bzw. künftige Erleichterungen des Landes in Landeskompetenz an positive Maßnahmen – ich sage positive Maßnahmen – zum Lohnniveau der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geknüpft werden können. Ich sage es bewusst noch so, denn wenn wir zugleich Betriebsabkommen sagen und dann selber überprüfen, dann ist das so aufwendig, dass wir nicht zum Schluss kommen. Wir müssen darüber reden. Für mich – diesbezüglich gebe ich auch dem Kollegen Renzler recht – gebe es Plattformen. Hier sitzen einige Gewerkschaftsvertreter. Wir werden in Kürze die Landesarbeitskom-



mission wieder einsetzen. Die Landesarbeitskommission sollte auch eine Plattform zum Austausch zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite sein. Diese kann nicht unbedingt eine neue Plattform, ein neuer Tisch sein, aber das kann eine gute Gelegenheit sein, um in der Landesarbeitskommission unter anderem auch diese Diskussion zu führen. Wie geht man jetzt entsprechend Schritt für Schritt vor?

Bei Punkt 4 muss ich dem Kollegen Urzi sogar recht geben, wenn er sagt, da schießen wir schon ein bisschen über das Ziel hinaus. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nebenbei schießen wir auch über unsere eigene Kompetenz hinaus, wenn wir behaupten würden, dass jene Unternehmen, welche sich nicht an ein Rahmenabkommen halten, von sämtlichen steuerlichen und finanziellen Vergünstigungen ausgeschlossen werden. Erstens müsste man Folgendes spezifizieren: "die in der Kompetenz des Landes sind." Wir geben vor und reden in einem Beschlussantrag davon, die Unternehmen, die sich nicht an den mit dem Rahmenabkommen festgelegten Südtiroler Mindeststundenlohn halten, von allen finanziellen und steuerlichen Vergünstigungen auszuschließen. Wir haben einige Überprüfungen auch in der Vergangenheit gemacht, zum Beispiel im Zusammenhang mit Wettbewerbsverzerrung gar nicht möglich, aber auf EU-Ebene und nicht auf staatlicher Ebene. Dies von allem ausschließen, geht nicht. Dieser Punkt ist beim besten Willen gar nicht machbar.

Ich würde deswegen einen Vorschlag unterbreiten. Wenn Sie einverstanden sind, unsere Bereitschaft, weil es uns nicht um das "ob" geht, sondern um das "wie" auch aufgrund der Rückmeldung, die etwa der Kollege Renzler gegeben hat, auch eine Abänderung zum beschließenden Teil des Beschlussantrages zu machen, das heißt Rahmenbedingungen des Landes zur Förderung von Zusatzabkommen, aber das ein bisschen zu spezifizieren und zum Zweiten gerade die Landesarbeitskommission vorzusehen, das ist in Ordnung. Wenn diese Bereitschaft nicht besteht, dann können wir dem Beschlussantrag in dieser Form nicht zustimmen.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Grazie intanto a tutte e a tutti quelli che sono intervenuti su questo tema. Il primo obiettivo di queste due mozioni era quello di mettere al centro e aprire la legislatura quasi simbolicamente sul tema del lavoro, e questo mi sembra che abbia riscontrato il consenso, cioè c'è un tema del lavoro in provincia di Bolzano. Questo mi sembra già un buon risultato, naturalmente il problema non è quindi "se", ma è "come", come affrontarlo. Lei ha detto, assessore, "abbiamo creato lavoro", il problema è "abbiamo creato lavoro a quali condizioni", ci sono buoni lavori, ma ci sono anche molti lavori non buoni ed è qui il punto su cui dobbiamo discutere e il fatto che non si è creata qualità del lavoro, lavoro di qualità, lo vedo collegato al fatto che si trovano poche persone disponibili ad assumere posti di lavoro e che ci sono moltissimi e moltissime giovani che vanno fuori, perché in Germania, in Svizzera e in Austria forse hanno condizioni di lavoro migliori. Lo dico per esperienza, io ho tre figli nati e cresciuti qua e sono tutti e tre fuori, perché fuori le condizioni sono migliori.

Ci sono state tante proposte, il discorso del cons. Repetto sugli appalti, il discorso dell'IRPEF, eccetera, è giusto distinguere tra la tassazione sul lavoro, ci sono contributi sul lavoro che sono a favore dei lavoratori, ci sono tasse sul lavoro che vanno a favore del bilancio provinciale, il gettito IRPEF, eccetera, per cui bisogna stare attenti a come lo trattiamo.

Una cosa però vorrei chiarire: la nostra proposta non è di arrogarsi come Provincia competenze legislative che non abbiamo, la nostra proposta è esattamente quella che diceva il cons. Renzler, cioè di creare le *Rahmenbedingungen*, cioè le condizioni favorevoli affinché le parti sociali arrivino a degli accordi. Questi accordi vengono stipulati dalle parti sociali nella loro autonomia, vi immaginate? Questa era una richiesta anche dei sindacati, vi immaginate se i sindacati chiedono qualcosa che li espropria da una competenza?

Però la politica non può rimanere neutrale, cioè se questi accordi si fanno o non si fanno, territoriali, integrativi, dipende anche dagli incentivi o dai disincentivi che vengono dalla politica e anche dal richiamo che la politica può fare, dall'incoraggiamento che la politica può fare, poi anche da delle misure concrete.

Per questo noi, forse la nostra mozione è stata letta male, non abbiamo proposto di creare nessun tavolo aggiuntivo, nel primo punto c'è scritto: "a convocare un incontro urgente-*Dringlichkeitstreffen*" a qualsiasi tavolo voi volete, se il cons. Renzler sa già a quale tavolo convocarli questi qua, va benissimo, noi non vogliamo un tavolo di più, noi vogliamo però che a quel tavolo, a qualsiasi tavolo voi convocate le parti sociali, si discuta del miglioramento delle condizioni di lavoro, questo è il punto, cioè anche qui non è il tavolo, è cosa discutere a quel tavolo e con quale obiettivo arrivare e, naturalmente, bisogna sperare che le parti sociali arrivino a un accordo. La politica non può imporre un accordo, a nessuno, questo è chiaro, ma non c'è nella nostra mozione questo. Però porre per esempio il tema del minimo salariale altoatesino, questo secondo me è un tema che la politica può porre a quel tavolo dicendo "vediamo se su questo ci può essere un consenso" perché va a beneficio di tutti che i lavoratori dipendenti e tutte le lavoratrici dipendenti siano soddisfatti.

Molti hanno parlato di questo aspetto, di non giocarli l'uno contro l'altro, insomma dai tempi di Menenio Agrippa c'è quest'idea del corpo unico sociale e ognuno ha il suo ruolo. Quindi quello che vogliamo dire è questo, però questi soldi da dove vanno presi? Va redistribuita un po' più di ricchezza al lavoro, qui ci sono i contratti, va incoraggiata una redistribuzione della ricchezza tra datori di lavoro e lavoratori, visto che le aziende – certamente io faccio un discorso generale, poi ci sono casi particolari di difficoltà – non se la sono passata male, i profitti sono aumentati più degli stipendi, questo è il problema e allora questi profitti un po' vanno redistribuiti e c'è uno strumento, è quello contrattuale.

Presidente, io, proprio per la ricchezza del dibattito che c'è stata e per la proposta del collega Achammer – magari se me la facevate prima, come avete fatto al cons. Knoll sui terroristi, ero più contento – però accetto volentieri di sospendere questa mozione per vedere se riusciamo a trovare per la prossima sessione una formulazione che possa farci fare a tutti un passo avanti.

**PRÄSIDENT:** Der Beschlussantrag Nr. 18/18 wird vertagt.

Ich möchte mitteilen, dass die vorherige Angabe zur Dauer der Minderheitenzeit falsch war. Diese endet am Donnerstag um 15.15 Uhr.

Bevor wir zum nächsten Punkt kommen, möchte ich die Klasse 2A Baufachschule Berufsbildungszentrum Bruneck mit Frau Prof. Heidrun Hellweger im Landtag begrüßen und willkommen heißen.

Punkt 7 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 19/19 vom 8.1.2019, eingebracht von den Abgeordneten Staffler, Dello Sbarba und Foppa, betreffend: Aufnahme Kollektivvertragsverhandlungen."**

Punto 7) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 19/19 dell'8/1/2019, presentata dai consiglieri Staffler, Dello Sbarba e Foppa, riguardante: Avvio della contrattazione collettiva."**

*Als größter Dienstleistungsbetrieb des Landes hat der öffentliche Dienst Vorbildcharakter, was die wirtschaftliche Entwicklung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über alle Sektoren betrifft. Die Kollektivverträge des öffentlichen Dienstes gelten allgemein als Vorreiter und wirken sich beispielgebend auf die Kollektivverträge in der Privatwirtschaft aus. Deshalb hat die Südtiroler Landesregierung eine ganz besondere Verantwortung, was die Entwicklung von fairen Löhnen und Gehältern für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Südtirols angeht.*

*Es gibt eine Reihe von Hinweisen, dass die Attraktivität der öffentlichen Arbeitgeber am Arbeitsmarkt im Sinken begriffen ist und dass aufgrund der demografischen Entwicklung im Allgemeinen und der demografischen Struktur innerhalb der öffentlichen Verwaltung im Speziellen ein allgemeiner Personalnotstand eintreten wird.*

*Die Gesellschaft hat sich in den vergangenen 15 Jahren stark verändert, die Ansprüche an das Arbeitsleben hinsichtlich Flexibilität, Einkommen und Entwicklungsmöglichkeiten sind gestiegen. Die bereichsübergreifenden Kollektivverträge (BÜKV) und die Bereichsverträge haben weder wirtschaftlich noch normativ mit diesem Veränderungsprozess Schritt gehalten.*

*Die Erfahrung hat gezeigt, dass Kollektivverträge niemals statisch betrachtet werden dürfen. Gesellschaft, Arbeitsumfeld und Normen ändern sich ständig und darauf müssen Kollektivverträge eine angemessene Antwort in einer vertretbaren Zeit geben. Im vergangenen Jahrzehnt gab es einen Stillstand in der Weiterentwicklung der Kollektivverträge, die Gründe dafür sind folgende: gesetzlich vorgeschriebene Aussetzung der Kollektivverträge zwischen 2010 und 2015, Sparmaßnahmen der Südtiroler Landesregierung und politische Schwerpunktsetzung abseits der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Landesverwaltung.*

*Damit sind die Reallöhne im vergangenen Jahrzehnt kaum gewachsen, während das Leben und vor allem das Wohnen in Südtirol teurer geworden sind. Laut AFI (Arbeitsförderungsinstitut) liegen die Lebenshaltungskosten in Südtirol um rund 20 % über dem italienischen Durchschnitt, wogegen Löhne und Gehälter nur rund 6 % über dem gesamtstaatlichen Schnitt liegen (Quelle: INPS).*

*Aus diesen Gründen ist es höchst an der Zeit, die Kollektivvertragsverhandlungen auf bereichsübergreifender Ebene für den öffentlichen Dienst aufzunehmen und sofort mit dem wirtschaftlichen Teil zu beginnen. Hierbei ist eine deutliche Erhöhung der Grundentlohnung für alle Funktionsebenen anzustreben und dies innerhalb des Jahres 2019. Anschließend muss alle zwei*

*Jahre der wirtschaftliche Teil neu bewertet werden, damit zukünftig Flaschenhalseffekte vermieden werden.*

*Flankierend zu wirtschaftlichen Maßnahmen sind auch normative Maßnahmen auf bereichsübergreifender Ebene und Bereichsebene zu setzen. Hierbei geht es um die Modernisierung der Arbeitszeitregelung, um die Aktualisierung der Berufsbilder und um die Neuordnung der Zulagen. All diese Maßnahmen sind dringend anzugehen, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes am Arbeitsmarkt zu steigern. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Qualität und Quantität der Leistungen des öffentlichen Dienstes stark in Mitleidenschaft gezogen werden und die öffentliche Verwaltung ihre vielen Aufgaben und Leistungen schon bald nicht mehr erfüllen kann.*

*Daher beauftragt  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung:*

- 1. die Kollektivvertragsverhandlungen auf bereichsübergreifender Ebene und auf Bereichsebene umgehend über die Einrichtung einer ständigen Plattform aufzunehmen;*
- 2. auf bereichsübergreifender Ebene innerhalb 2019 den wirtschaftlichen Teil zu verhandeln und die Grundentlohnung für alle Funktionsebenen um mindestens zehn Prozent anzuheben; zehn Prozent als Richtwert deshalb, weil dies dem Kaufkraftverlust entspricht, der im Zeitraum 2009-2016 noch nicht über Lohnsteigerungen ausgeglichen wurde (Quelle: Amt für Arbeitsmarktbeobachtung, Arbeitsmarkt News 11/2018);*
- 3. zukünftig auf bereichsübergreifender Ebene den wirtschaftlichen Teil verbindlich alle zwei Jahre zu verhandeln (2021, 2023, 2025);*
- 4. auf Bereichsebene für das Landespersonal die Modernisierung der Arbeitszeitregelung, die Aktualisierung der Berufsbilder und die Neuordnung des Zulagensystems anzugehen;*
- 5. das System der „Fringe Benefits“ wie SaniPro, Laborfonds, Mensa und Essengutscheine weiterzuentwickeln.*

-----

*Il pubblico impiego, principale realtà del terziario nella nostra provincia, rappresenta un modello per lo sviluppo retributivo dei lavoratori e delle lavoratrici dipendenti in tutti i settori. I contratti collettivi nel settore pubblico sono generalmente considerati all'avanguardia e fungono da modello per la contrattazione collettiva nel settore privato. Pertanto l'esecutivo provinciale ha una particolare responsabilità per quanto riguarda la definizione di salari e stipendi equi per tutte le lavoratrici e i lavoratori altoatesini.*

*Svariati segnali indicano che il posto pubblico è sempre meno ambito sul mercato del lavoro e che, a causa dello sviluppo demografico in generale e della struttura demografica all'interno della pubblica amministrazione in particolare, in futuro si prospetta una generale carenza di personale. Negli ultimi 15 anni la società ha subito grandi cambiamenti e le esigenze della vita lavorativa in termini di flessibilità, reddito e opportunità di sviluppo sono aumentate. I contratti collettivi d'intercomparto (CCI) e gli accordi di comparto non hanno tenuto il passo con questo processo di cambiamento né dal punto di vista economico né da quello normativo.*

*L'esperienza mostra che i contratti collettivi non devono mai essere considerati come qualcosa di statico. La società, l'ambiente di lavoro e le norme sono in continua evoluzione e i contratti collettivi devono fornire una risposta adeguata in tempi ragionevoli. Nell'ultimo decennio lo sviluppo dei contratti collettivi ha subito una battuta d'arresto. Ciò è dovuto alla sospensione della contrattazione collettiva disposta per legge tra il 2010 e il 2015, alle misure di austerità adottate dalla Giunta provinciale di Bolzano e alla definizione di priorità politiche senza tener conto dei/delle dipendenti dell'amministrazione provinciale.*

*Ciò significa che nell'ultimo decennio i salari reali non sono aumentati in maniera significativa, mentre vivere e soprattutto abitare in provincia di Bolzano è diventato più costoso. Secondo l'IPL (Istituto per la promozione dei lavoratori), il costo della vita in Alto Adige è di circa il 20% superiore alla media italiana, mentre le retribuzioni sono solo circa il 6% superiori alla media nazionale (fonte: INPS).*

*Per questi motivi è ormai giunto il momento di riprendere la contrattazione collettiva di intercomparto per il pubblico impiego partendo dalla parte economica. L'obiettivo è ottenere un aumento*

*significativo della retribuzione di base per tutte le qualifiche funzionali entro il 2019. La parte economica dovrà poi essere rivalutata ogni due anni per evitare battute d'arresto nel futuro.*

*Le misure economiche dovranno essere accompagnate da interventi normativi a livello di comparto e d'intercomparto. Si tratta di modernizzare la disciplina degli orari di lavoro, di aggiornare i profili professionali e di attuare un riordino della normativa in materia di indennità.*

*Tutte queste misure vanno affrontate con urgenza al fine di rendere più attraente il servizio pubblico sul mercato del lavoro. In caso contrario c'è il rischio che la qualità e la quantità dei servizi pubblici siano seriamente compromesse e che presto l'amministrazione pubblica non sia più in grado di svolgere i suoi numerosi compiti e servizi.*

*Pertanto*

*il Consiglio della Provincia autonoma  
di Bolzano incarica la Giunta provinciale*

- 1. di avviare immediatamente la contrattazione collettiva a livello d'intercomparto e di comparto attraverso l'istituzione di una piattaforma permanente;*
- 2. di negoziare la parte economica a livello intercompartimentale entro il 2019 e di aumentare le retribuzioni di base per tutte le qualifiche funzionali almeno del 10 per cento; il parametro di riferimento del 10 per cento corrisponde infatti alla perdita di potere d'acquisto, che non è stata ancora compensata da aumenti salariali nel periodo 2009-2016 (fonte: ufficio osservazione mercato del lavoro, Mercato del lavoro news 11/2018);*
- 3. di prevedere per il futuro l'obbligo di rinegoziare la parte economica ogni due anni su base intercompartimentale (2021, 2023, 2025);*
- 4. di procedere, a livello di comparto, alla modernizzazione degli orari di lavoro, all'aggiornamento dei profili professionali e al riordino della normativa in materia di indennità per il personale provinciale;*
- 5. di sviluppare ulteriormente il sistema dei fringe benefits, quali il fondo SaniPro, il Laborfonds, il servizio mensa e i buoni pasto.*

Abgeordneter Staffler, Sie haben das Wort, bitte.

**STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Herzlichen Dank, Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt kommen wir sozusagen zum Punkt, der vorhin vielfach kritisiert wurde, auch vom Kollegen Renzler dahingehend, dass die Politik, die Landesregierung nicht Kollektivvertragsverhandlungen aufnehmen könne, sondern dies nur die Sozialpartner tun könnten. Aber was die Landesregierung sehr wohl kann, ist, Kollektivvertragsverhandlungen aufzunehmen, wenn es um das eigene Personal geht. Wir wissen, dass die Südtiroler Landesverwaltung mit den ganzen Südtiroler Diensten, die dazugehören, 40.000 Menschen unter Salär hat, das heißt, dass 40.000 Menschen und ihre Familien im öffentlichen Dienst arbeiten. Für diese 40.000 Menschen kann die Landesregierung sehr wohl die Kollektivverträge aufnehmen und hat damit auch zusätzlich noch ein Zeichen gesetzt, nämlich das Zeichen vorauszugehen. Wenn der größte Dienstleister mit modernen und neuen Kollektivverträgen vorausgeht, dann werden auch die Privaten nachziehen. Hier reden wir von einer Situation, die eigentlich schon sehr prekär ist.

Wir alle wissen, dass der Arbeitsmarkt in Südtirol leergefegt ist. Wir alle wissen auch, dass es mittlerweile einen Fachkräftemangel gibt und wir wissen auch, dass es kaum mehr möglich ist, Informatiker zu finden, dass es kaum mehr möglich ist, Ärzte oder Pflegerinnen zu finden. Wir alle wissen auch – das weiß vor allem die Landesregierung, die hier sitzt -, dass es in der öffentlichen Verwaltung immer schwieriger wird, Personal zu finden. Wenn es also so weitergeht, werden wir größte Schwierigkeiten haben, den öffentlichen Dienst, in dem heute, wie gesagt, rund 40.000 Menschen arbeiten, aufrechtzuerhalten.

Einige Erklärungen zu dieser prekären Personalsituation finden Sie, meine Damen und Herren, im Beschlussantrag. Wir haben das heute schon gehört. Das sind die Lebenshaltungskosten versus Löhne. Es sind die gesellschaftlichen Entwicklungen allgemein. Das Thema Arbeit wird nicht mehr so gesehen wie vor einigen Jahren oder Jahrzehnten, sondern hier gibt es eine starke Entwicklung. Aber ich möchte Ihnen noch ein paar zusätzliche Informationen und Argumente liefern, warum das Thema so wichtig ist.

Reden wir kurz über die Reallöhne im öffentlichen Dienst. Hier darf ich gleich die Studie zitieren, die vorhin Landesrat Achammer herausgezogen hat. Aus dieser Studie geht genauso hervor, dass die Verbraucherpreise zwischen 2009 und 2016 um 14,7 Prozent sagen jetzt einmal 15 Prozent gestiegen sind, aber der

Stundenlohn der öffentlichen Bediensteten im selben Zeitraum ist um 3,3 Prozent gestiegen. Das wissen wir auch. Daraus ergibt sich eine Differenz von 11,4 Prozent und diese 11,4 Prozent, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, fehlen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, diese fehlen den Familien. Hier handelt es sich um Zehntausende Familien.

Man hört oft von unserer Regierung den geflügelten Satz "Südtirol sei das kleine Europa in Europa". So fühlen wir uns auch und das ist richtig. Daher erlaube ich mir kurz einen Blick nach Europa zu werfen. Im November 2018, also vor nicht allzu langer Zeit haben die Sozialpartner in Österreich einen Vertrag abgeschlossen. Beamte bekommen im Schnitt 2,76 Prozent mehr. Für das österreichische Budget bedeutet dies 375 Millionen Euro. Finanzminister Löger, kein linkslinker Politiker, damit wir uns auch richtig verstehen, sprach von einem Abschluss mit Hausverstand. Davor gab es aber nicht eine jahrelange Verhandlungspause, wie sie bei uns war, sondern zwischen 2011 und 2019 wurden insgesamt 8 Gehaltsabschlüsse gemacht und insgesamt gab es eine Lohnsteigerung von über 15 Prozent, wo es bei uns in derselben Zeit eine Lohnsteigerung von 3 Prozent gab.

In Deutschland hat sich auch in letzter Zeit die Presse mit der prekären Personalsituation im öffentlichen Dienst auseinandergesetzt. Ich zitiere aus der Wochenzeitung "Die Zeit", die ganz interessant geschrieben hat "Nur mehr Geld hilft". Wenn der öffentliche Dienst mit Unternehmer aus der freien Wirtschaft – dieses Problem haben wir auch, denn wir konkurrieren mit der freien Wirtschaft um die besten Köpfe -, um Leute konkurriert, kann er das am besten mit attraktiven Gehältern tun, also nur mehr Geld hilft. In Deutschland hat sich dann Folgendes ergeben. Die Bundesregierung hat sich dieser prekären, dieser besonderen Situation angenommen. Im Jahr 2018 gab es den letzten Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst mit insgesamt 7,5 Prozent für die nächsten 30 Monate, also für die nächsten drei Jahre. Davor gab es auch nicht eine jahrelange Verhandlungspause, sondern zwischen den Jahren 2012 und 2018 wurden in Deutschland 4 Tarifabschlüsse gemacht mit – man höre und staune – insgesamt 23,15 Prozent, also mit 23 Prozent Lohnsteigerung im Zeitraum 2012-2018. Wie gesagt, bei uns waren es magere 3 Prozent, das heißt die deutschen Beamten und Beamtinnen haben in derselben Zeit 20 Prozent mehr bekommen als unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Zum Drüberstreuen auch noch eine Information. Das ist höchst interessant und betrifft uns auch. Beim Vertragsabschluss in Deutschland im Jahr 2018 wurde festgehalten, dass es bis zu 12 Prozent mehr für Einsteigerinnen und Einsteiger gibt. So kann man junge Leute für den öffentlichen Dienst, so kann man junge Leute für Südtirol begeistern. Das sind natürlich personalpolitische Maßnahmen, die unter der allseits geschätzten Bundeskanzlerin Merkel beschlossen wurden.

Nun werfen wir einen Blick auf den Gesetzentwurf zum Haushaltsvoranschlag 2019 bis 2021. Diesen haben wir schon zugestellt bekommen. Laut Artikel 4 "Bestimmungen im Bereich Kollektivvertragsverhandlungen" finden wir folgende Beträge für die Kollektivvertragsverhandlungen: 2 Millionen für 2019, 2 Millionen für 2020 und 2 Millionen für 2021. Ich kann mir nur vorstellen, dass diese 2 Millionen momentan noch Platzhalter sind, denn die noch zu bestimmende Geldsumme liegt bei weitem höher, das wissen wir ja. Wenn wir den bereichsübergreifenden Kollektivvertrag (BÜKV) angehen - ich denke, dass das unbedingt notwendig ist -, dann braucht es nur für dieses Jahr 120 Millionen, um ungefähr die 10 Prozent Kaufkraftverlust, die wir in den letzten Jahren hatten und die in Deutschland und Österreich mehr als kompensiert wurden, ebenfalls zu kompensieren.

Wollen wir noch Bereichsverträge dazu machen - es gibt noch Bereichsverträge, die offen sind -, dann kommt noch einiges dazu. Ich würde sagen, eine seriöse Summe für das Jahr 2019 sind 150 Millionen Euro auf dem Kapitel der Kollektivvertragsverhandlungen. Wenn es allerdings nicht dazu kommt, dann muss ich auch sagen, dass ich das als personalpolitische Maßnahme einen sehr, sehr kritischen Weg finde. Ich kann mir das nur so vorstellen, dass dies die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Affront wahrnehmen können, wahrnehmen müssen, weil sie doch - und das wissen wir alle - mit ihrer engagierten Arbeit, mit ihrer Identifikation auch für unsere Betriebe – der Landesbetrieb, der Sanitätsbetrieb, die Altersheime, die Gemeinden, die Bezirksgemeinschaften - und mit ihrer hohen fachlichen Kompetenz – diese haben wir hier im Lande, Gott sei Dank, weil wir ein gutes Ausbildungssystem haben, weil unsere Leute im Ausland studieren, aber immer seltener zurückkommen, wie wir leider gehört haben und das wird sich auch bestätigen - ... Wenn ich richtig informiert bin, wird das WIFO demnächst eine Studie zum Brain-Brain auflegen. Und da werden wir sehen, was in unserem Lande los ist, was diesen Abfluss an Intelligenz betrifft. Diese Mitarbeiter sind nicht nur identifiziert, haben nicht nur eine hohe Kompetenz, sondern sie sind auch – da ist allgemeiner Konsens – die wesentliche Säule unserer Autonomie und damit auch unserer gesellschaftspolitischen Zukunft.

Daher ist es unsere Pflicht - das denke ich schon -, als erste Maßnahme einen raschen und würdigen Gehaltsabschluss für den öffentlichen Dienst zu machen. Dafür haben wir diesen Beschlussantrag aufgelegt. Der wirtschaftliche Teil des bereichsübergreifenden Kollektivvertrages (BÜKV) muss unserer Meinung nach sofort angegangen werden. Das ist höchste Zeit und es braucht, wie gesagt, eine Gehaltssteigerung, die mindestens bei 10 Prozent für alle Funktionsebenen und über allen Funktionsebenen liegt.

Ich komme zum gleichen Schluss wie der Journalist damals in der Wochenzeitung "Die Zeit" geschrieben hat. Um aus der heutigen Situation, aus der prekären Situation einigermaßen gut herauszukommen, braucht es mehr Geld für den öffentlichen Dienst. Danke!

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia):** Se la domanda è: "Volete voi che venga riconosciuto attraverso una giusta retribuzione il giusto potere d'acquisto ad un dipendente, in questo caso pubblico", tutta l'umanità risponderà "Sì", è giusto, è buono, è normale, è logico.

Quando però si pone questo documento a base di una discussione e segue questo documento la discussione che abbiamo svolto pochi minuti fa, io onestamente una domanda me la pongo. Qual è la ragione logica, al di là dello strumento tecnico, differenziato che dovrebbe imporre un approccio diverso al tema del dipendente pubblico rispetto a quello privato? Mi spiego: perché la risposta al documento precedente, anche se poi sospeso, era "paghi il privato", cioè nel settore privato per garantire il potere d'acquisto al dipendente era "paghi il privato", l'imprenditore e il padrone, secondo la concezione sovietica, che rigurgita oggi in questo Consiglio. Paghi il padrone, il padrone deve pagare di più poi chi se ne frega se paga il 65% di tassazione, chi se ne frega se ha la burocrazia provinciale, statale, chi se ne frega se deve riuscire ad affrontare le difficoltà dell'attuale mercato.

Nel pubblico paga invece il pubblico, quindi paga il cittadino tutto, che è giusto perché un dipendente pubblico è ovvio che deve essere pagato dal pubblico, intendiamoci, ma la domanda è, il corto circuito è – ovvio che nell'immediatezza non c'è altro strumento per intervenire –, ma possibile che non si può affrontare un'analisi sul perché siamo arrivati a questo punto in Alto Adige? Sul perché il costo della vita sia impazzito in Alto Adige? Ci sono precisi indicatori che ci indicano scelte politiche sbagliate, legate al protezionismo, alla chiusura del mercato dal punto di vista del commercio, che ha prodotto grandi oligarchie a livello provinciale che hanno potuto e possono fare quello che vogliono in Alto Adige e applicare i prezzi che vogliono. La gente va ad Innsbruck e a Verona, ricordatevelo, a fare gli acquisti, qualcuno si ferma a Trento.

C'è il problema della sanità: se la sanità funzionasse, il cittadino a cui volete dare i soldi, anche il dipendente pubblico non andrebbe alla clinica Bonvicini a pagare il privato, andrebbe all'ospedale, e invece no, deve andare alla clinica privata dei grandi gruppi di potere.

Allora perché non si interviene su questi vizi? Se quando io voglio andare a prendere un alloggio in affitto e sono da solo e devo pagare 1.200 euro e ne guadagno 800, ma dove vado a vivere io, se non ho a casa una famiglia che mi aiuta? E allora chi interviene su questo garantendo un mercato dell'alloggio aperto? Più case, più alloggi, bisogna costruire, non dare il foraggio solo ad aziende di famiglia – politica, intendo dire. Bisogna aprirlo l'Alto Adige.

Ed ecco il vizio profondo di questi documenti, qui si chiede e si rivendica non solo di soddisfare un bisogno legittimo dei dipendenti pubblici – lo sosteniamo – ma di aumentare solo la spesa corrente e non c'è una riga di critica politica e sociale rispetto alla ragione per cui siamo arrivati a tutto questo, la follia pura. L'Alto Adige è al di sopra di tutte le medie, non occorre confrontare Triveneto con Catania, dove tra l'altro il costo della vita è molto più basso. Triveneto, Verona, Veneto, Lombardia, Tirolo, noi siamo molto più alti di tutti. La colpa? Di nessuno. Non se ne parla, è lo stesso, della responsabilità non se ne parla, l'importante è pagare di più, aumentare il costo, il prezzo della spesa corrente, l'importante è costringere gli imprenditori ad aprire il portafoglio. Di fronte a questa visione sovietica, io non ci sto.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Il collega Urzì aveva fermi i motori per un po' di tempo.

Sie sehen mit unserem neuen Zugang, dem Kollegen Staffler, haben wir jemanden dazubekommen, der sehr gut mit Zahlen hantiert. das ist auch eine gute Basis für jegliche politische Überlegung und das ist natürlich ein wunderbarer Zugang in diesem Sinne.

Es gibt noch andere Indikatoren, um auch den Gesundheitszustand würde ich mal sagen einer Gesellschaft festzustellen. Ich orientiere mich immer sehr am Magnago Platz, denn der Magnago Platz hat sich in den letzten Jahren nicht oft gefühlt. Er hat sich in den letzten Wochen und Tagen gefühlt und wird sich vielleicht

am Freitag wieder fühlen, wenn die jungen Leute auf ihre Angst um eine klimaunsichere Zukunft demonstrieren werden. In der letzten Legislatur gab es wenige Gelegenheiten, und zwar wenn es um die Politikergehälter oder Politikerrenten ging und wenn es um die Impfungen ging. Da waren sehr viele junge Eltern, die hier auf dem Platz besorgt waren. Und unglaublicher Weise haben sich auch einige Kategorien aufgemacht und sind hier auf dem Platz gewesen, die man sonst nie hört. Das waren die Kindergärtnerinnen. Ich nehme sie als Beispiel für einen Sektor, der oft lange schweigt, der aber gleichzeitig gerade unter dieser Erschöpfung leidet, die ich vorhin im Hinblick auf den privaten Sektor angesprochen habe. Da gibt es im Öffentlichen gar einige. Wenn Ihr genau hinschaut, werdet Ihr genau darauf auch aufmerksam werden. Uns wurde von der Überlastung der Schulwarte gemeldet. Wir alle wissen von der Überlastung der Kindergärtnerinnen und das haben alle auch hier drinnen endlich einmal zur Kenntnis genommen. Denken wir aber auch an das Pflegepersonal, an die Ärztinnen und Ärzte, an das Schulpersonal, an die Lehrpersonen, nur um Beispiele zu nennen. Mit dieser Überlastung kommt es dazu, dass bestimmte Leute, wenn der Druck zu groß wird, auch einmal auf die Straße gehen. Die Kindergärtnerinnen haben netterweise sogar gesungen.

Andere stimmen mit den Füßen ab und in der Landesverwaltung wird zunehmend mit den Füßen abgestimmt. Und das ist eine sehr schlechte Entwicklung. Es mag vielleicht die Handelskammer freuen, die uns letzte Woche ihre Impulse in die Hand gegeben haben, die davon schreibt, dass die öffentliche Verwaltung sogar rückbauen muss. Das ist eine gute Ansage an die vielen Leute, die da drinnen arbeiten, aber ich glaube, dass sie sich sogar von alleine zurückbaut. Denn der Kollege Staffler hat in seiner Zeit vor der Politik noch als Generaldirektor des Landes immer wieder darauf hingewiesen, wie es mit der Personalentwicklung weitergeht und nicht als Personalentwicklung im Sinne der Weiterbildung, sondern im Sinne der Entwicklung des Personalstandes und ein Personal, das ständig altert und ein Personal, das auch keinen Nachwuchs mehr hat und dass hier das innovative Potential einer Verwaltung auch damit schwindet, damit zurückgeht. Wenn das zurückgeht, dann geht auch jenes der Gesellschaft zurück. Das muss wirklich nachdenklich stimmen. Die Löhne haben hier einen nicht geringen Anteil.

Ich muss zum Ende kommen. In der letzten Legislatur haben wir hier drinnen immer wieder davon gesprochen, wie der öffentliche und der private Sektor zueinander stehen. Ich erinnere mich an den Diskurs um die Privilegien. Da klafft, denke ich mir, die Wahrnehmung zwischen jenen, die das Land lenken und jenen, die in der Verwaltung arbeiten, doch schön weit auseinander. Ich hoffe, dass wir mit diesen Anträgen auch hier ein Stück weit diese Kluft schließen können. Es würden den Leuten, die in der Verwaltung arbeiten, wirklich sehr gut tun.

**RIEDER (Team Köllensperger):** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben vorher über die Löhne im Privatsektor gesprochen. Natürlich müssen wir auch über die Löhne im öffentlichen Dienst sprechen. Die Kollektivvertragsverhandlungen im öffentlichen Dienst sind wirklich dringendst anzugehen sowohl der bereichsübergreifende Kollektivvertrag als auch die Bereichsverträge betreffend die Landesbediensteten, die Schule und die Sanität sind jetzt endlich wichtig zu verhandeln. Wir wissen, dass im öffentlichen Dienst die Löhne im Zeitraum von 2010 bis 2017 um 10 Prozent gesunken sind. Die Zahlen vom Kollegen Staffler haben wir vorhin schon gehört. Für mich und für unser Team ist es wichtig, wirklich nochmals zu betonen, dass eine zügige Verhandlung des wirtschaftlichen Teils wirklich Priorität hat, denn eine spürbare Lohnerhöhung für die öffentlichen Angestellten ist jetzt einfach notwendig und die ständigen Verhandlungstische sollen eingerichtet werden, damit zukünftig die Verträge termingerechtern erneuert werden.

Wenn wir vom bereichsübergreifenden Kollektivvertrag sprechen, dann weiß ich von Gewerkschaftsseite, dass der Forderungskatalog bereits von den konföderierten Gewerkschaften vorliegt, dass er bereits vor den Wahlen und ein zweites Mal an die Landesregierung verschickt wurde, auch an die neuen Landesräte, dass die Gewerkschaften bis heute keine Rückmeldung dazu haben, nicht einmal die Rückmeldung, dass dieser Forderungskatalog angekommen ist.

Wenn wir jetzt darüber reden, dann müssen wir zum Beispiel auch über den Bereichsvertrag der Sanität reden. Wenn wir schauen, was da die Realität ist, dann ist die Realität jene, dass seit Jänner Verhandlungsrunden anstehen, das heißt, dass es Treffen einmal im Monat gibt. Einmal im Monat trifft man sich für zirka 2 Stunden, um zu verhandeln. Manchmal, wie zum Beispiel im Monat März, wird von diesen Verhandlungen wieder abgesehen. Von Seiten der Verhandlungsdelegation des Landes liegt bis heute kein Angebot auf dem Tisch, im Gegenteil. Das Einzige, was im Moment für das nicht ärztliche Personal der Sanität verhandelt wird, ist die Überwindung der Mehrstunden. Das heißt, dass Mehrstunden überwunden werden sollen, obwohl wir alle wissen oder zumindest jene, die vom Sanitätsbetrieb eine Ahnung haben, dass ohne diese Zusatzarbeit

der Betrieb gar nicht weitergeführt werden kann. Was heißt Überwindung der Mehrstunden, wie sie jetzt angedacht wird? Das heißt, dass in Zukunft besonders bei vielen Pflegekräften noch weniger netto auf dem Lohnstreifen stehen wird. Und das, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen kann es wohl nicht sein. Das bedeutet wirklich weniger netto auf dem Gehaltszettel. Wenn wir dann darüber reden, dass wir jetzt schon Personalnotstand haben, dann weiß ich nicht, was in Zukunft sein soll.

Ich möchte noch wie Kollegin Foppa ganz kurz darauf eingehen, dass fehlende Wertschätzung nicht dazu beiträgt, dass neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Betrieb kommen. Deswegen ist es wichtig, dass angemessene Löhne bezahlt werden und dass als Erstes der bereichsübergreifende Kollektivvertrag verhandelt wird. Danke!

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Vorher hatte ich beanstandet, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein bisschen gegeneinander ausgespielt werden. Hier sind es die Angestellten im Privatsektor und im öffentlichen Sektor, die ein Stück weit auch gegeneinander ausgespielt werden. Ich bin der persönlichen Überzeugung, dass der öffentliche Dienst, die öffentliche Verwaltung dazu dient, dem Bürger eine Dienstleistung, einen Service anzubieten. Und die öffentliche Verwaltung hat es nicht als Aufgabe sich zu stellen, sozusagen einen Arbeitsplatzpool zu schaffen. Die öffentliche Verwaltung von vor dreißig Jahren ist nicht mehr die öffentliche Verwaltung von heute. Die öffentliche Verwaltung von vor dreißig Jahren hat vielleicht auch in manchen Bereichen ein ganz anderes Reservoir an Mitarbeitern gebraucht in den verschiedenen Ämtern als dies heute der Fall ist. Auf diese Veränderungen muss man einfach Rücksicht nehmen, denn es gehört auch zur Verantwortung einer Verwaltung entsprechend der Zeit, eine schlanke, aber gleichermaßen effektive Verwaltung anzubieten. Ich kann nicht sagen, nur weil ich in einem Büro vielleicht vor dreißig Jahren 5 Mitarbeiter gebraucht habe, muss ich im Jahr 2019 in diesem Büro auch noch 5 Mitarbeiter anstellen. Das bringt auch die Veränderung der Zeit mit sich. Genauso wie es vor dreißig Jahren vielleicht notwendig war, dass dieser Mitarbeiter seine 8 Stunden am Tag im Büro gesessen ist, ist es heute durch die Digitalisierung vielleicht möglich, dass er von diesen 8 Stunden eine gewisse Anzahl an Stunden in der Woche gar nicht im Büro in Bozen sitzen muss, sondern vielleicht von zu Hause aus als Home Office arbeiten kann. Das ist eine ganz andere Veränderung der Zeit. Darauf muss man, glaube ich, Rücksicht nehmen und kann nicht sagen, wir müssen alles so beibehalten wie es vor 30 Jahren war, müssen dafür sorgen, dass der gesamte Personalstock bleibt wie er war. Das ist zwar ganz schön, aber nicht die Aufgabe der öffentlichen Verwaltung. Das ist auch nicht die Aufgabe des Landes, Arbeitsplätze sage ich einmal in der eigenen Verwaltung zu schaffen, weil das wäre mit gesonderten Bedingungen auch eine Schlechterstellung gegenüber dem Privatsektor.

Was wir uns schon überlegen müssen, ist, dass die öffentlichen Angestellten – wir haben, wenn wir von öffentlichen Angestellten reden, immer die Landesbeamten vor Augen - viel mehr sind, wenn wir das Gesundheitswesen mit hernehmen, wenn wir die Schule, die Kindergärten hernehmen, dass wir dort manches Mal in Zukunft Probleme haben werden, überhaupt noch Mitarbeiter zu finden. Wir haben diesen Personalnotstand im Gesundheitswesen schon und das hängt nicht immer nur mit der Bezahlung zusammen, sondern auch mit den Rahmenbedingungen. Nehmen wir das Beispiel der Krankenschwestern her. Wer eine Krankenpflegeausbildung außerhalb Südtirols macht, braucht ein bis zwei Jahre, bis er in Südtirol überhaupt arbeiten kann, bis ihm all diese Dinge anerkannt werden, ein bis zwei Jahre, wo jemand kein Gehalt bekommt. Was soll denn dieser bitte für einen Grund haben, nach Südtirol zurückzukehren? Es ist nicht immer nur das Gehalt. Das müssen wir schon auch fairerweise dazusagen. Deswegen einfach nur zu sagen, wir stocken jetzt einmal in allen Ebenen nur 10 Prozent auf, dann ist das Problem damit gelöst. Damit ist das Problem nicht gelöst. Es ist wesentlich mehr, was dahinter steht. Deswegen wäre es einfach eine Vereinfachung zu sagen, wir erhöhen nur die Gehälter. Das wäre eine Schlechterstellung auch gegenüber dem Privatsektor. Es braucht hier eine gesamte Lösung sowohl für den öffentlichen Dienst als auch für den privaten Sektor und da hängt natürlich sehr viel auch mit der Steuerautonomie zusammen.

Ich schließe damit ab. Der Kollege Achammer hat vorhin gemeint, dass die Lohnnebenkosten auch sozusagen für die Vor- und Fürsorge gedacht sind. Natürlich, aber dass die Lohnnebenkosten in Südtirol durch die italienische Gesetzgebung wesentlich höher sind als beispielsweise in Österreich oder Deutschland, das müssen wir auch sagen. Die Versorgung in Österreich und Deutschland ist nicht eine schlechtere. In manchen Bereichen ist es sogar eine bessere. Es gehört auch zur Wahrheit dazu, dies zu sagen.

**RENZLER (SVP):** Ich möchte jetzt nicht auf die einzelnen Punkte eingehen, sondern nur eine allgemeine Betrachtung darlegen. Wir haben in Südtirol einen überhitzten Arbeitsmarkt. Wir haben Mitarbeiter im



öffentlichen Dienst, die kündigen, weil sie in der Privatwirtschaft um einiges mehr verdienen. Ich gebe dem Kollegen Knoll recht, wenn er sagt, dass wir die Rahmenbedingungen für die öffentlichen Bediensteten insgesamt verbessern müssen. Wir müssen Kollektivverträge zeitnah abschließen, das heißt innerhalb einer angemessenen Zeit, vor allem was den ökonomischen Teil anbelangt. Wir können nicht immer alles in die Länge hinausziehen, das heißt also, dass es unbedingt notwendig ist, dass wir, wenn wir den öffentlichen Dienst weiterhin attraktiv gestalten wollen, erstens, angemessene Gehälter zahlen, zweitens, die Kollektivvertragsverhandlungen rasch umsetzen, also den vorgegebenen Fristen und, drittens, dass wir die Gesamtrahmenbedingungen der Arbeitstätigkeit den neuen modernen Bedürfnissen anpassen und auch alle dafür zur Verfügung stehenden Mittel und Instrumente ausnützen. Danke!

**FAISTNAUER (Team Köllensperger):** Zum Fortgang der Arbeiten. Nachdem mehr als die Hälfte der Mitglieder der Landesregierung im Moment im Sitzungssaal nicht anwesend ist, ersuche ich um eine Unterbrechung der Sitzung. Sobald mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind, kann die Sitzung wieder aufgenommen werden, auch um das Plenum mit den anwesenden Landtagsabgeordneten aufzuwerten. Danke!

**PRÄSIDENT:** Die Stellungnahme hatte Erfolg. Wir brauchen jetzt die Sitzung nicht mehr unterbrechen. Abgeordneter Lanz, bitte.

**LANZ (SVP):** Die Diskussion ähnelt der Diskussion, die wir beim vorherigen Punkt gehabt haben. Ich glaube, dass es hier ähnlich wie in der Privatwirtschaft ist, dass es dem Arbeitgeber, in diesem Fall der öffentlichen Verwaltung sehr wohl wichtig ist, dass auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine entsprechende Vergütung oder, besser gesagt, Entlohnung haben.

Was ich ein bisschen vermisse, ist die Diskussion. Das geht vielleicht auch in die Richtung von einigen meiner Vorredner, dass wir genauer hinschauen müssen, wie sich auch die Lohnelemente in den letzten Jahren entwickelt haben. Wir haben auch im öffentlichen Bereich eine Vielzahl an zusätzlichen Aufwänden, die von Seiten des Arbeitgebers zum Beispiel in Form von "Fringe Benefits" erbracht werden, die anscheinend als Lohnelemente nicht mehr wahrgenommen werden und nicht mehr ankommen. Ich möchte darauf hinweisen, dass man diese Mittel ins Feld führen muss, weil es dann sehr wohl eine Erhöhung des Lohnanteiles gegeben hat, die dann in Form von Sachleistungen, von Zusatzleistungen – das ist auch im Beschlussantrag angeführt worden - über die verschiedenen Absicherungen und dementsprechenden Maßnahmen sehr wohl zu einer Gehaltserhöhung geführt haben. Hier muss man, glaube ich, analysieren, ob das der richtige Weg ist, ob das als Lohnanteil noch wahrgenommen wird, ob das als selbstverständlich hingenommen wird oder ob es effektiv auch im Bewusstsein ist, dass es ein Gesamtpaket ist, wo man sich auf kollektivvertraglicher Ebene dazu einigt, diese Lohnerrhöhung in Form von "Fringe Benefits" zu zahlen und dementsprechend auch bei den Mitarbeitern ankommen. Das wäre, glaube ich, in dieser Diskussion sehr wichtig und insofern auch zu machen.

Natürlich gibt es auch hier den Tisch, der angemahnt wird. Die Gespräche finden, glaube ich, statt und sind auch im Interesse der öffentlichen Verwaltung. Wir müssen auf der anderen Seite aber auch feststellen, dass wir in der öffentlichen Verwaltung in der Realität angekommen sind, dass wir nicht nur einen Fachkräftemangel haben, sondern auch einen Mitarbeitermangel. Wir haben zu wenig Leute für all das, was wir in Südtirol machen wollen. Da müssen wir uns entscheiden, was wir morgen noch machen können, was wir noch machen wollen. Dort müssen wir Entscheidungen treffen. Ich möchte davor warnen, dass wir als öffentliche Verwaltung gegenüber der Privatwirtschaft einen Art Krieg anfangen und schauen, wer das bessere System hat, wer wem etwas wegschnappt. Das würde dann zum Schluss nur ein Nachteil für das ganze System sein. Wir müssen uns, glaube ich, effektiv darum bemühen, zu analysieren, wo wir weiterarbeiten können, wo wir die Möglichkeiten haben und wo wir uns dementsprechend auch einbringen können.

**FAISTNAUER (Team Köllensperger):** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Als ehemaliger Landesangestellte bzw. Lehrer in der VI. Funktionsebene spüre ich vor allem am eigenen Leib, was das heißt. Es hat zehn Jahre lang keine reellen Anhebungen gegeben.

Diesem Beschlussantrag kann ich einiges abgewinnen, vieles vor allem, aber einiges auch nicht, wenn ich jetzt von der ungestaffelten Angleichung oder Anhebung von 10 Prozent aller Funktionsebenen spreche. Ich plädiere dafür, dass man die niedrigen Funktionsebenen, die II. III., IV., V. und VI. Funktionsebene stärker anhebt als eine VIII. oder IX. Funktionsebene. Wenn man sich anschaut, wie die Entlohnungen für eine IX.

Funktionsebene sind - ich sage nicht, dass sie zu hoch sind -, dann ist das eine andere Realität als die Entlohnungen in der II., III., IV. und V. Funktionsebene.

Vielleicht kurz noch, wohin das führt. Wenn wir zehn Jahre Stillstand in den Gehaltsangleichungen im öffentlichen Sektor haben, dann führt das zu Multijobbern. Dieses Wort haben ich heute noch nie gehört. Das bedeutet, dass viele von den öffentlichen Angestellten eine Nebentätigkeit ausüben, und zwar aus Zwang, weil sie es müssen. Das ist die falsche Richtung, weil man sich nicht mehr auf einen Job konzentrieren kann, diesen voll und ganz ausführen kann und man muss einen zweiten Job machen.

Kurz zum Wechselspiel Privatwirtschaft und öffentliche Verwaltung. Schon vor zehn oder fünfzehn Jahren sind viele von der Privatwirtschaft in die öffentliche Verwaltung gedrängt, und zwar aufgrund der besseren Bedingungen bei Mutterschaft usw. In den letzten Jahren sieht man vermehrt auch in den Gemeinden und Bezirksgemeinschaften, dass die Flucht von den öffentlichen Verwaltungen direkt in die Privatwirtschaft stattfindet. Das wird immer ein Gegenspiel bleiben. Da heißt es austarieren und es sollte nicht sein, dass ein Sektor die ungleich besseren Bedingungen als der andere Sektor hat. Danke!

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal gleich die Ankündigung, dass wir dem Antrag nicht zustimmen werden. Ich darf jetzt erläutern warum. Zum einen, weil die Gespräche bereits laufen. Ich habe bereits im vergangenen Jahr den Vertreterinnen und Vertretern der repräsentativsten Gewerkschaften bei den Treffen zugesagt, dass wir die Verhandlungen für den bereichsübergreifenden Vertrag, aber auch jene für den Bereichsvertrag für die Landesangestellten im Jahr 2019 aufnehmen wollen und das findet auch statt. Der Generaldirektor wird die öffentliche Delegation leiten. Ich kündige an dieser Stelle gleich an, dass bei den sogenannten haushaltsfremden Artikeln, die wir ab Dienstag im Gesetzgebungsausschuss diskutieren werden - begleitende Artikel zur ersten Haushaltsänderung 2019 - auch zwei Artikel drinnen sein werden, die vorschlagen, die Agentur wieder einzuführen. Ich sehe auch Vertreter von Gewerkschaften auf der Tribüne. Wir werden wieder eine Agentur für die kollektivvertraglichen Verhandlungen einsetzen, weil wir zum Schluss gekommen sind, dass das doch in Abwägung aller Vor- und Nachteile mehr Vorteile als Nachteile bietet. Ich sehe zustimmendes Nicken des ehemaligen Generaldirektors, der vorhin schon als solcher bezeichnet worden ist, also auch das werden wir vorschlagen. Deshalb kommt auch dieser Artikel hinein, damit er relativ rasch wirksam werden kann. Nichtsdestotrotz werden wir die Verhandlungen jetzt gleich aufnehmen und nicht abwarten, bis diese Artikel greifen. Wir müssen die Agentur erst einsetzen, ausfindig machen usw. Das hier gleich ans Publikum, sonst meint man, dass wir Verzögerungstaktik spielen würden. Nein, wir nehmen die Verhandlungen auf. Wir wollen künftig aber wieder auf eine Agentur zurückgreifen.

Nachdem das alles schon im Laufen ist - das ist auch verständlich, weil es zeitlich wahrscheinlich nicht möglich gewesen ist -, kommt dieser Antrag in der Form etwas spät. Er war aber nützlich, weil wir die Debatte auch darüber führen, was inhaltlich geschehen soll. Wir werden diese Verhandlungen führen. Inzwischen sind einige Verträge auch abgeschlossen worden, auch das muss man sagen. Auf Bereichsebene sind einige Detailregelungen wirtschaftlicher Natur gemacht worden, aber es stehen der Bereichsvertrag und der bereichsübergreifende Vertrag an.

Mir ist eines wichtig und das ist mehrmals gesagt worden. Wir haben hervorragende Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der öffentlichen Verwaltung. Und es ist auch hier vielleicht einmal wichtig zu sagen - draußen wird vielleicht darüber berichtet -, dass es ein völlig falsches Bild ist. Immer wenn an die öffentliche Verwaltung gedacht wird, dann haben die Menschen in diesem Land - ich stelle das immer wieder fest bei Versammlungen - das Bild von irgendeinem Beamten am Schreibtisch und das ist das Bild. Wir sprechen von über 14.000 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im Bildungssektor bei dieser Debatte hier. Wir sprechen von rund 9.000 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im Gesundheitsbereich. Wir sprechen von 4.000 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen auf Gemeindeebene und von 4.000 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen auf Bezirksgemeinschaftsebene vor allem im sozialen Bereich wie Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigung und ähnliches, die dort tätig sind. Dann haben wir noch das Straßenwesen, die Forst usw. Im Verwaltungskernbereich der Landesverwaltung sind es weniger als 3.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, damit wir die Größenordnungen auch entsprechend einordnen, wo wir sind.

Ich habe jetzt gehört, dass es keine Gehaltsfortschritte in den zehn Jahren, in denen es dieses Stopp, von staatlicher Ebene verfügt, gegeben hat. Zunächst einmal stimmt es nicht, dass es gar nichts gegeben hat. Selbstverständlich ist das bei uns hier in Südtirol das geltende System. Im übrigen Staatsgebiet hat es übrigens nicht das System der Gehalts- und Altersvorrückungen gegeben. Ich behaupte jetzt nicht, dass diese

den Anstieg der Lebenshaltungskosten ausgeglichen hätten, aber hier – das wird immer vergessen – waren wir die Einzigen. Im Rest des Staatsgebietes hat es das nicht gegeben. Das möchte ich an dieser Stelle einmal festhalten.

Zum Zweiten haben wir jede Menge Leistungen auch eingeführt - das ist vorhin vom Kollegen Lanz erwähnt worden -, nämlich die sogenannten "Fringe Benefits". Diese werden auch immer vergessen. Hier geht es um die Absicherung für die Pension, um Gesundheitsleistungen und ähnliches, die in den letzten Jahren, insbesondere in der letzten Legislatur, eingeführt worden sind.

Noch einmal. Es wird ganz generell gesagt, dass das Lohnniveau gleich geblieben und nichts gemacht worden sei, weil bei diesen Statistiken Gehaltsentwicklung und Inflation immer die Bruttolöhne hergenommen werden. Selbstverständlich, es geht gar nicht anders. Das ist keine Kritik an den Statistikern, nur sollte das schon erwähnt werden. Da lügt die Statistik nämlich. Wenn wir gleichzeitig Steuerentlastungen beschlossen haben wie zum Beispiel den Steuerfreibereich IRPEF 28.000 Euro, dann scheint das in dieser Statistik nicht auf, aber die Menschen haben dieses Geld mehr in der Tasche. Davon erzählt die Statistik, die Sie zitiert haben, kein Wort. Ich sage das alles nicht deshalb, weil ich sage, es ist nicht nötig, auch über Geld zu sprechen, aber wir sollten die Kirche schon im Dorf lassen. Hier wird sehr oft ein X für ein U vorgemacht. Die Zahlen stimmen nämlich zu einem gewissen Teil nicht, die hier genannt werden, was den Nettogehaltseinkommensverlust anbelangt.

Die berühmte Schere – das ist bereits von Landesrat Achammer erwähnt worden – ist eher zusammen als auseinander gegangen. Das ändert nichts am Gesamtbild, aber die niedrigen Einkommensbereiche haben tatsächlich - Kollege Staffler, was ist dann netto? – real eine Lohnsteigerung erfahren in Südtirol. Es wurde gesagt, dass man die Teuerungsrate vergessen hätte. Nein, diese berücksichtigt und das sind die Daten, die wir von den verschiedenen Statistiken haben. Und trotzdem, wir müssen etwas tun.

Nur geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns dann eines fragen. Was streichen wir? Ich möchte eine ehrliche Diskussion führen. Diese müssen wir auch mit den Gewerkschaften führen. Wir haben einen Landeshaushalt. Dieser wird im nächsten Jahr nach allen Änderungen um 70 Millionen weniger an Volumen haben als der Abschluss 2018. Letztlich zählt das, was am Ende an Geld wirklich verfügbar ist. Da haben wir 70 Millionen weniger, haben aber bereits wegen der vergangenen kollektivvertraglichen Ergebnisse, die jetzt umgesetzt werden, Steigerungen im Bereich von 50 bis 60 Millionen Euro an Kosten, die einfach da sind und das ist zu bezahlen. Es ist nicht so, dass es falsch wäre, aber das ist zu bezahlen. Somit fehlen uns schon 130 Millionen allein deshalb, um das nur einmal darzustellen. Wenn wir jetzt fröhlich davon sprechen, dass man so rund 120 Millionen Euro für den bereichsübergreifenden Kollektivvertrag vorsehen müsste, dann sagen Sie mir auch, welche Leistungen des Landes wir damit gleichzeitig streichen, um das zu finanzieren. Diese Ehrlichkeit sollten wir in der Debatte haben. Da geht es sehr oft um Leistungen, die beim Vergleich Lebenshaltungskosten, Lohnniveau Südtirol auch nicht berücksichtigt werden und es diese anderswo schon längst nicht mehr gibt. Bei uns sind sie eben nicht gestrichen worden.

Ich beziehe mich zum Beispiel auf die Kosten für die Kinderbetreuung wie Kindergarten - Schule Unterricht ist kostenpflichtig -, der bei uns offiziell viel weniger kostet als der sogenannte Gratiskindergarten in Österreich. Unser kostenpflichtige Kindergarten kostet viel weniger. Oder reden wir auch von der Kleinkinderbetreuung, wo wir uns mit anderen Regionen vergleichen, was dort dafür bezahlt werden muss. Wir wissen, dass es für viele Menschen immer noch schwierig ist, dies zu tun. Ich möchte nur sagen, wir müssen dann alles auf den Tisch legen und sagen, wenn wir Geld für Löhne, für Gehaltserhöhungen hernehmen wollen, dann muss man sich fragen, wo wir dieses Geld hernehmen und welche Leistungen wir kürzen. Sind es Leistungen in die Wirtschaft, sind es Investitionen in die Infrastruktur? Wollen wir das? Oder führen wir eine Verhandlung, und ich wünsche mir das, die beides berücksichtigt? Ja, die notwendigen Maßnahmen im Bereich der Gehaltsebenen, vor allem auch eine Entlaubung dieses Dschungels, den wir da haben, an Zulagen, an Sonderzulagen, an Funktionen. Ich blicke zu den Gewerkschaftsvertretern und Gewerkschaftsvertreterinnen, die auf der Tribüne sitzen - wir haben und darüber unterhalten -, dass endlich wieder eine Basis und eine Zulage für bestimmte Funktionen geschaffen wird, die mit objektiven sauberen Kriterien möglichst flexibel auch gestaltet werden kann, um eine Vergleichbarkeit zu haben.

Mittlerweile können unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nicht einmal mehr von sich sagen, ob sie im Vergleich zu einer Kollegin gut oder schlecht verdienen, weil das Ganze nicht mehr durchschaubar ist. Es kennt sich kein Mensch mehr aus und das ist auch nicht mehr händelbar. Reden wir doch darüber! Natürlich wird man dann schauen, was netto am Ende insgesamt herauskommt. Es ist schon klar, dass das ein Thema ist. Aber gleichzeitig schauen wir auch über die Arbeitszeitregelung und über anderes mehr zu diskutieren.

Und schauen wir noch einmal, wie wir das Ganze finanzieren und ob wir dann nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, weil wir vielleicht Leistungen kürzen müssen, die genau jenen Kategorien am meisten entgegenkommen, denen man jetzt vielleicht eine Gehaltserhöhung etwas großzügiger geben möchte, weil der Wunsch da ist, aber wir dann am Ende etwas anderes nicht finanzieren können, das mehr zum sozialen Ausgleich beiträgt.

Deshalb seien wir bei solchen Diskussionen "mehr Lohn für alle" bitte vorsichtig, denn das ist zu einfach und zu teuer. Wir haben dafür die wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht, obwohl wir nach wie vor einen prall gefüllten Landeshaushalt mit fast 6 Milliarden Euro haben. Wir müssen diese Diskussion gemeinsam ehrlich führen, denn wir sitzen alle in diesem Haus, und sagen, das und das soll nicht mehr beibehalten, sondern ausgebaut werden, mehr öffentlicher Personennahverkehr zu möglichst günstigen Tarifen, nur um eines zu nennen, noch mehr Gesundheitsleistungen mit allen neuesten Medikamenten dazu, die die Kostensteigerung, die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen automatisch nach oben treiben. Ich habe vorhin nämlich nur die Personalkosten genannt. Wir wissen es und auch Sie wissen es, dass im Gesundheitswesen die Kosten auch wegen neuer medizinischer technischer Erkenntnisse, neuer Medikamente, ständig und unaufhaltsam steigen und dies deutlich mehr als die Inflation.

In diesem Zusammenhang müssen wir die Debatte führen. Dann ist es eine ehrliche Debatte und es ist klar, wir haben Bereiche, in denen eindeutig mehr nachzubessern ist als in anderen. Es braucht eine differenzierte Betrachtung und damit möchte ich schließen, also einfach 10 Prozent für alle wäre absolut daneben. Das darf ich sagen, denn wir haben wirklich unterschiedliche Situationen in der öffentlichen Verwaltung, auch was die angemessene Entlohnung anbelangt. Wir müssen uns bemühen, attraktiv zu bleiben - da gebe ich Ihnen recht -, damit wir weiterhin motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekommen. Ich werde jetzt mit dieser neuen Zuständigkeit als Personallandesrat alles daran setzen, dass das möglich ist, aber allein mit Geld wird es nicht gehen, denn das Geld dazu wäre nie vorhanden, das allein mit Geld zu leisten.

**STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Über die Rahmenbedingungen wurde gesprochen. Ich möchte sagen, ja, es geht auch um die Rahmenbedingungen, aber Löhne und Gehälter sind Rahmenbedingungen. Das ist nicht irgendetwas, was sich außerhalb eines Rahmen oder sonstwo befindet, sondern das sind auch Rahmenbedingungen, auf die wir achten müssen.

Ich kann mich noch gut daran erinnern - das stammt vor Ihrer Zeit - als Altlandeshauptmann Durnwalder irgendwann einmal Folgendes gesagt und es zum Ende hin öfters wiederholt hat: Die Zeit der Hardware ist vorbei, jetzt müssen wir in die Software investieren. Das war seine Aussage. Das ist eigentlich der springende Punkt. Wir sind jetzt in der Zeit, in der in die Software ... Jetzt reden wir über Menschen, wo in Menschen investiert werden muss. Alles, was Sie gesagt haben, ist richtig, aber wir werden das Gesundheitssystem nicht halten können, wenn wir nicht in die Menschen investieren. Wir werden die Kindergärten nicht halten können, wenn wir nicht in die Menschen investieren. Wir können die Schulen nicht halten können, wenn wir nicht in die Menschen investieren. Wir haben jetzt alles aufgebaut und wir müssen in die Menschen investieren. Wir müssen nicht nur über Fringe Benefits reden, das ist gut und recht, das ist auch ein Weg, aber wir wissen es auch, Kollege Lanz, das sind im Verhältnis noch sehr kleine Beträge, die aufgebracht werden. Wir haben – und das ist jetzt eine Situation, in die wir hineingeworfen wurden, in die wir hineinmanövriert wurden, in die wir uns vielleicht selbst hineinmanövriert haben - einen Kaufkraftverlust von über 10 Prozent. Und deshalb reden wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, von mindestens 10 Prozent, weil wir diesen Kaufkraftverlust ausgleichen müssen. Dann können wir noch gerne differenzieren. Die gut und besser Verdienenden werden dann bei 10 Prozent stehen bleiben und für jene, die es nötiger brauchen, wird die Landesregierung vielleicht auch auf 15 Prozent gehen können.

Was die Schere betrifft, die angesprochen wurde, Folgendes. Die Schere ist bei den Arbeiterinnen und Arbeitern laut Studien und Statistiken ein bisschen zusammengegangen, aber beim Landespersonal ist das leider nicht der Fall. Dort ist die Situation genau umgekehrt.

Noch etwas dürfen wir nicht vergessen. Wir haben eine demographische Situation, eine demographische Entwicklung, wo wir zukünftig zwangsweise in die Gesundheit und in die Pflege investieren werden. Wir haben einen hohen Ausbildungsstandard, wo wir heute schon und auch in Zukunft sehr viel in die Ausbildung investieren wollen, wenn wir mithalten wollen, das ist ganz klar, aber das alles funktioniert nur, wenn wir in die Menschen investieren, die dort arbeiten.

Es wurde auch angedeutet, dass wir hier den öffentlichen Bereich gegen den Privatsektor ausspielen wollten und die öffentliche Verwaltung nicht mehr so wie früher sei. Hier will niemand was oder wen ausspielen. Hier geht es darum – das habe ich eingangs versucht zu erklären –, dass die öffentliche Verwaltung die Trägerin und die Säule der Gesellschaft ist, in der wir hier leben. Sie bestimmt das öffentliche Leben. Wenn wir nicht in das öffentliche Leben investieren wollen und wenn wir nicht die öffentliche Verwaltung sozusagen als Speerspitze vorausschicken wollen, sodass alle anderen auch mitgehen, dann ist das einfach auch ein Gedankengang, den ich nicht nachvollziehen kann. Wir sollten uns jetzt von diesen Klein-klein-Diskussionen verabschieden. Wir haben ein veritables Problem und das veritable Problem heißt, dass wir einen großen Wurf machen müssen, um die Attraktivität in der öffentlichen Verwaltung zu steigern und zu halten. Nur so können wir als kleines Südtiroler Land in diesem sehr mobilen Markt, in diesem mittlerweile sehr offenen Markt, in diesem sehr dynamischen Markt mithalten, weil wir die größten Probleme haben. Ich möchte noch einmal auf diese Studie verweisen, auf die ich so brennend warte. Vielleicht haben Sie schon die ersten Informationen. Es geht um die Studie vom WIFO über "Brain Drain". Das ist ganz wichtig für unser Land und da müssen wir wissen, wohin die Reise geht.

Herr Landeshauptmann, natürlich ist die Schwerpunktsetzung, was den Landeshaushalt betrifft, Aufgabe der Landesregierung und nicht des Landtages. Natürlich müssen Sie kreativ werden, das weiß ich, denn so gut kenne ich den Landeshaushalt, dass es nicht einfach sein wird. Aber es ist jetzt einfach an der Zeit, auch diese Situation ernst zu nehmen und entsprechende Maßnahmen zu setzen. Nur so können wir den öffentlichen Dienst in diesem Lande in eine gute Zukunft führen und damit auch das Land. Hier müssen neue Schwerpunkte gesetzt werden. Danke!

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Zum Fortgang der Arbeiten. Ich beantrage eine namentliche Abstimmung sowie eine Abstimmung nach getrennten Teilen des beschließenden Teils.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia):** Io volevo chiedere la votazione separata della parte impegnativa, chiesta dal collega, è evidente che quindi ci sia una votazione separata, anzi non è così evidente, chiedo anche la votazione separata delle premesse. Quindi premesse – no, perché a volte si fa premesse e primo punto e poi gli altri – quindi premesse, uno, due e tre, eccetera.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen über den Beschlussantrag Nr. 19/19 namentlich und nach getrennten Teilen, wie von den Abgeordneten Foppa und Urzi beantragt, ab. Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung -  
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 11 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen. Anwesend 35 Abgeordnete, 34 abstimmende Abgeordnete, 1 nicht abstimmender Abgeordnete (Vallazza).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Dello Sbarba, Faistnauer, Foppa, Köllensperger, Nicolini, Ploner Alex, Ploner Franz, Repetto, Rieder, Staffler, Unterholzner.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Alfreider, Amhof, Bessone, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Ladurner, Lanz, Locher, Mattei, Noggler, Schuler, Tauber, Vettorato, Vettori, Widmann.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Atz Tammerle, Knoll, Leiter Reber, Mair, Renzler, Urzi.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 1 des verpflichtenden Teils.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung -  
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 12 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen. Anwesend 35 Abgeordnete, 34 abstimmende Abgeordnete, 1 nicht abstimmender Abgeordnete (Vallazza).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Dello Sbarba, Faistnauer, Foppa, Köllensperger, Nicolini, Ploner Alex, Ploner Franz, Repetto, Rieder, Staffler, Unterholzner, Urzi.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Alfreider, Amhof, Bessone, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Ladurner, Lanz, Locher, Mattei, Noggler, Schuler, Tauber, Vettorato, Vettori, Widmann.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Atz Tammerle, Knoll, Leiter Reber, Mair, Renzler.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 2 des verpflichtenden Teils.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung -  
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 12 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen. Anwesend 35 Abgeordnete, 34 abstimmende Abgeordnete, 1 nicht abstimmender Abgeordnete (Vallazza).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Dello Sbarba, Faistnauer, Foppa, Köllensperger, Nicolini, Ploner Alex, Ploner Franz, Repetto, Rieder, Staffler, Unterholzner, Urzi.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Alfreider, Amhof, Bessone, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Ladurner, Lanz, Locher, Mattei, Noggler, Schuler, Tauber, Vettorato, Vettori, Widmann.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Atz Tammerle, Knoll, Leiter Reber, Mair, Renzler.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 3 des verpflichtenden Teils.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung -  
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 12 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen. Anwesend 35 Abgeordnete, 34 abstimmende Abgeordnete, 1 nicht abstimmender Abgeordnete (Vallazza).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Dello Sbarba, Faistnauer, Foppa, Köllensperger, Nicolini, Ploner Alex, Ploner Franz, Repetto, Rieder, Staffler, Unterholzner, Urzi.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Alfreider, Amhof, Bessone, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Ladurner, Lanz, Locher, Mattei, Noggler, Schuler, Tauber, Vettorato, Vettori, Widmann.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Atz Tammerle, Knoll, Leiter Reber, Mair, Renzler.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 4 des verpflichtenden Teils.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung -  
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 11 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen. Anwesend 35 Abgeordnete, 33 abstimmende Abgeordnete, 2 nicht abstimmende Abgeordnete (Amhof, Vallazza).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Dello Sbarba, Faistnauer, Foppa, Köllensperger, Ploner Alex, Ploner Franz, Repetto, Rieder, Staffler, Unterholzner, Urzi.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Alfreider, Bessone, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Ladurner, Lanz, Locher, Mattei, Noggler, Schuler, Tauber, Vettorato, Vettori, Widmann.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Atz Tammerle, Knoll, Leiter Reber, Mair, Nicolini, Renzler.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 5 des verpflichtenden Teils.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung -  
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 14 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen. Anwesend 35 Abgeordnete, 34 abstimmende Abgeordnete, 1 nicht abstimmender Abgeordnete (Vallazza).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Atz Tammerle, Dello Sbarba, Faistnauer, Foppa, Knoll, Köllensperger, Nicolini, Ploner Alex, Ploner Franz, Repetto, Rieder, Staffler, Unterholzner, Urzi.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Alfreider, Bessone, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Ladurner, Lanz, Locher, Mattei, Noggl, Schuler, Tauber, Vettorato, Vettori, Widmann.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Amhof, Leiter Reber, Mair, Renzler.

**Punkt 8 der Tagesordnung: "Beschlussantrag Nr. 34/19 vom 30.1.2019, eingebracht vom Abgeordneten Urzi, betreffend: Sicherheitsdienst vor dem Landhaus in der Perathoner-Straße 10, Bozen."**

**Punto 8) all'ordine del giorno: "Mozione n. 34/19 del 30/1/2019, presentata dal consigliere Urzi, concernente: Vigilantes davanti al Palazzo provinciale di via Perathoner 10 a Bolzano."**

*In der Perathoner-Straße Nr. 10 in Bozen befindet sich ein Landhaus, in dem zahlreiche Büros mit starkem Parteienverkehr untergebracht sind – darunter auch jenes, das für die Zweisprachigkeitsprüfungen zuständig ist und daher von vielen jungen Menschen aufgesucht wird – sowie die Kantine der Landesbediensteten.*

*Der Abschnitt der Perathoner-Straße vor dem Eingang des Landhauses ist mittlerweile zu vielen Tageszeiten ein regelrecht gefährlicher Ort, an dem sich Drogensüchtige und Drogenhändler aufhalten. Die Nachtlager von offenbar nichts tuenden Personen und die Verschmutzung der Umgebung sind noch die geringfügigsten der dort vorherrschenden Probleme, sie zeugen jedoch vom Verfall eines Stadtteils, der im Übrigen mit der Nutzung als Freilufttoilette einiger Ecken des in der Nähe gelegenen früheren und nun verlassenen Busbahnhofes einhergeht.*

*Der Eingangsbereich des Landhauses ist tagtäglich mit Scherben von Bier- und Spirituosenflaschen übersät, die von den dort anwesenden betrunkenen Personen hinterlassen werden. Flaschenhälse wurden bereits mehrmals bei tätlichen Übergriffen verwendet (von denen einige vom Unterzeichner beobachtet werden konnten). Erst kürzlich erfolgte ein solcher Zwischenfall direkt vor der Eingangstür des Landhauses (wobei ein Immigrant einen Schnitt an der Wange erlitt und das Blut in Strömen floss). In einem weiteren Fall wurde einer zugewanderten Frau bei einem gewalttätigen Streit am Oberschenkel eine Schnittverletzung zugefügt.*

*Die im Landhaus tätigen Bediensteten haben bereits mehrmals große Besorgnis über die Sicherheitslage zum Ausdruck gebracht (als dramatisch wird die Situation mittlerweile von vielen weiblichen Landesangestellten empfunden, die im Winter nach der Arbeit das Landhaus im Dunkeln verlassen müssen, aber auch ihre männlichen Kollegen fühlen sich in diesem heruntergekommenen Teil der Stadt nicht mehr sicher).*

*Junge Menschen, die wegen der Zweisprachigkeitsprüfungen die Ämter dieses Landhauses aufsuchen müssen, sind gezwungen, einen Bereich zu durchqueren, wo vor den Augen aller Drogen konsumiert und auch täglich verkauft werden. Dies ist aus erzieherischer Sicht sicherlich nicht förderlich.*

*Der gesamte Bereich vor dem Landhaus in der Perathoner-Straße Nr. 10 gehört zum Landhaus selbst und ist somit kein Gemeindegrund.*

*Dies vorausgeschickt*

*verpflichtet  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung,*

*bis zum geplanten Umzug der Ämter in ein anderes Gebäude einen privaten Sicherheitsdienst zum Schutz der Landesbediensteten im Eingangsbereich des Landhauses und im Bereich unmittelbar davor einzusetzen, wobei Personen, die auf dem zum Landhaus gehörenden Grund Drogen konsumieren, entfernt werden, bei Bedarf die Ordnungskräfte verständigt und aufgeschlagene Nachtlager beseitigt werden; außerdem sollen unzivilisierte und die Gesundheit gefährdende Verhaltensweisen verhindert werden sowie unbefugten Personen, oder solchen, die sich nicht in ein Amt begeben müssen, der Zugang zu den Fahrstühlen verwehrt werden und gleichzeitig den zahlreichen jungen Menschen, die wegen der Zweisprachigkeitsprüfungen die Ämter*

*des Landhauses aufsuchen, ein angemessener Schutz vor dem Kontakt mit Drogenhändlern oder -konsumenten geboten werden.*

-----  
*In via Perathoner 10 a Bolzano è ancora attivo un Palazzo provinciale in cui risiedono numerosi uffici che hanno un ampio contatto con il pubblico, fra i quali quello che cura gli esami di bilinguismo, che richiama un numero molto alto di giovani, e la mensa per dipendenti provinciali.*

*L'area di via Perathoner esattamente prospiciente l'ingresso del palazzo è ormai in molti momenti della giornata divenuta letteralmente pericolosa oltre che frequentata da consumatori e spacciatori di droga. I bivacchi di persone nullafacenti e la sporcizia sono solo l'ultimo dei problemi che comunque segnalano il degrado dell'area che si accompagna anche all'uso degli angoli della vicina ex stazione delle autocorriere ora in stato di abbandono come bagno a cielo aperto.*

*L'ingresso del palazzo è quotidianamente costellato di cocci delle bottiglie di birra o superalcolici infrante dagli astanti in stato di alterazione alcolica. Con colli di bottiglia sono avvenute diverse aggressioni fisiche (alcune anche di fronte agli occhi del sottoscritto) in un recente caso proprio davanti al portone di ingresso (con lo sfregio sulla guancia di un immigrato e fiumi di sangue ovunque) e in un altro caso ai danni di una donna immigrata a cui è stata tagliata nel corso di una violenta lite la coscia.*

*Il personale di servizio presso il Palazzo provinciale ha manifestato numerose volte forte preoccupazione per lo stato della sicurezza (una situazione avvertita drammaticamente ormai dalle tante donne dipendenti provinciali che escono dal lavoro in orario invernale al buio, ma anche dai colleghi uomini, considerato l'abbandono di questo angolo di città).*

*I ragazzi che devono raggiungere gli uffici per gli esami di bilinguismo sono costretti a passare in una zona dove si fa palesemente uso di droghe e dove lo spaccio è quotidiano, un messaggio fortemente non educativo.*

*Tutta l'area prospiciente il Palazzo di via Perathoner 10 è di pertinenza del medesimo palazzo e non si tratta di suolo comunale.*

*Tutto ciò premesso,*

*il Consiglio della Provincia  
autonoma di Bolzano  
impegna la Giunta provinciale*

*ad attivare sino al previsto trasferimento degli uffici in altra sede un servizio di vigilantes privati a tutela della sicurezza dei dipendenti provinciali nell'androne del palazzo e nell'area immediatamente prospiciente allontanando chi fa uso di droga nell'ambito della pertinenza e provvedendo se del caso ad avvisare le forze dell'ordine, eliminando i bivacchi ed impedendo i comportamenti incivili e insalubri, l'accesso agli ascensori da parte di persone non autorizzate o non dirette agli uffici e garantendo al contempo una adeguata forma di tutela dalla contiguità con consumatori o spacciatori di droga per i tanti giovani che frequentano gli uffici per gli esami di bilinguismo.*

La parola al consigliere Urzi, prego.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia):** Grazie presidente. Mi limiterò a dare una rapida descrizione dell'argomento, il tema di questa mozione è un problema che ormai si sta trascinando da parecchio tempo e riguarda alcuni uffici provinciali, quelli siti in via Perathoner 10 a Bolzano. Fra questi uffici c'è anche quello che si occupa di esami di bilinguismo e quindi è un ufficio fortemente frequentato da ragazzi giovanissimi. Il problema è un problema di cui molti hanno piena consapevolezza, altri fanno forse un po' finta di non vedere nella sua reale dimensione, altri forse non hanno una percezione diretta di quanto veramente accada in quell'angolo del capoluogo provinciale.

Io personalmente sì, lo dico anche con grande chiarezza, anche perché gli uffici del gruppo consiliare provinciale dell'Alto Adige nel cuore – Fratelli d'Italia sono proprio in via Perathoner 10, ancora per poco tempo, ricordiamo che è quel palazzo che dovrà essere poi abbattuto per permettere la costruzione del nuovo centro commerciale Waltherpark, l'ex Camera di commercio di Bolzano, per intenderci.

Il problema è legato alla frequentazione della zona, che è una frequentazione estremamente critica per la sicurezza, non sto parlando, presidente, di moralismi, quindi di decoro, anche se molto ci potremmo trattenere su questo, ma per la sicurezza degli utenti. Abbiamo avuto numerose e diverse segnalazioni, di altre



siamo stati testimoni noi, di situazioni veramente al limite della tollerabilità, che devono essere assolutamente e urgentemente risolte, sino a quando quegli uffici saranno luogo di servizi di pubblico interesse provinciale.

Peraltro tutta l'area, anche quella pertinente e prospiciente al palazzo dove si svolgono gli esami di bilinguismo è zona di pertinenza proprio del condominio e quindi anche della Provincia di Bolzano, non è competenza del Comune, non è competenza di altri soggetti, è titolare la Provincia di Bolzano.

Quello a cui si assiste, presidente, è quanto di più drammatico possano vedere anche occhi di adolescenti, avviene uno spaccio di sostanze stupefacenti quotidiano, con numerosi interventi delle forze di Polizia, che, devo dire, presidiano la zona con un'importante costanza, ma senza riuscire, di fatto, allo stato attuale della situazione, a debellare non solo il consumo, ma lo spaccio di sostanze stupefacenti che vengono normalmente offerte a coloro che lavorano nel palazzo, le testimonianze sono numerose, ma anche ai ragazzi che entrano e si avviano a fare gli esami, ricordiamoci ragazzi giovani, giovanissimi a cui viene offerto ogni tipo di droga e questo nell'ambito della proprietà della Provincia di Bolzano.

Dopo le ore 17.30 gli spazi interni del palazzo vengono regolarmente occupati – sottolineo: regolarmente occupati – da persone che, invece, fanno uso di sostanze stupefacenti, in maniera assolutamente normale, anzi, mostrandosi infastiditi nel momento in cui ciò venga loro fatto presente. La situazione degenera nell'orario in cui il personale del palazzo esce per rientrare ai propri domicili, perché soprattutto nella stagione invernale, ma credo che non cambierà nulla con la stagione estiva, considerato anzi più tempo di sole, ma con il calare delle ombre nella stagione anche di transizione invernale, la zona viene letteralmente occupata da decine e talvolta centinaia di persone che, oltre a fare bivacco e a fare consumo di droghe e di alcol in quantità illimitata, passano regolarmente con una frequenza verificabile presso gli organi di Polizia di una volta almeno ogni due giorni, a momenti di rissa e questi momenti di rissa si accompagnano al lancio di bottiglie di birra e numerose volte – testimone il sottoscritto, come lo sono tutti i dipendenti provinciali di quel palazzo – il lancio di bottiglie si accompagna al recupero dei cocci di bottiglia per poi un allegro accoltellamento degli astanti.

Questo è successo in più di una circostanza, personalmente mi sono trovato testimone di un accoltellamento con un collo di bottiglia di una giovane donna colpita alla gamba e quindi con un ampio squarcio da cui fuoriusciva abbondante sangue con ovviamente la chiamata degli organi di sicurezza e di soccorso, Ma questi episodi con esiti più drammatici sono nell'ordine di un episodio minimo alla settimana, se non sono le bottiglie rotte e i cocci di bottiglia e i colli di bottiglia, sono veri e propri coltelli oppure i bidoni delle immondizie che vengono sradicati dal giardino e usati come oggetti contundenti, lanciati normalmente da una certa distanza contro la testa dei coloro che si mettono a discutere per motivi presumibilmente legati a questioni di droga o di abuso di sostanze alcoliche.

La sostanza, presidente, per concludere è che quindi i dipendenti provinciali – interessa poco la situazione del nostro gruppo consiliare, benché anche il nostro gruppo consiliare sia un luogo dove svolgono attività dei dipendenti comunque del gruppo e quindi pubblici, ai quali credo debba essere riconosciuta l'adeguata attenzione – così come i ragazzi che frequentano l'esame di bilinguismo quotidianamente devono rischiare la propria incolumità per attraversare un passaggio di circa una trentina di metri dove avviene normalmente di tutto.

Non accetterò nel corso del dibattito che si dica che non è vero, perché laddove venisse richiesto, io chiederei una sospensione dei lavori di questo Consiglio con la richiesta formale ai capigruppo di seguirci e andare a fare un sopralluogo diretto nella zona per due giorni consecutivi, in modo da avere una buona media rispetto alla qualità delle situazioni che si presentano.

Il tema è drammatico perché molte dipendenti donne – mi è stato riferito personalmente da loro – ormai hanno paura ad uscire, per usare parole molto chiare, e quindi hanno la necessità o di attendere colleghi di lavoro che le aiutino oppure di chiamare parenti che vengano a prenderle, lasciando la macchina, evitando di bucare i copertoni, considerato il tappeto di cocci di bottiglie che è davanti a quel palazzo e che vengano a prenderle fisicamente, accompagnandole. Questo non è elemento di assoluta sicurezza, comunque tutti, presidente, sono costretti a fare delle insufflazioni molto importanti di droghe di vario genere, che vengono fumate davanti e dentro il palazzo provinciale e quindi noi si ritiene finalmente che una soluzione debba essere individuata.

Non sto parlando di un intervento delle forze di Polizia, che normalmente accade, che presidia il territorio fuori dal palazzo e dalle pertinenze del palazzo, mi sto riferendo a una richiesta che peraltro è stata sollevata in maniera importante dai dipendenti che operano in quell'edificio, di poter avere una certezza di sicurezza almeno nell'area di pertinenza del palazzo e dentro il palazzo, cosa che oggi non è più, perché consumo di droga, ribadisco, lo spaccio avviene fuori, subito dopo, quindi se si vuole provare ad andare ad acquistare

qualunque cosa, qualunque cosa viene offerta a chiunque passi. Le cronache ci hanno raccontato di una signora alla quale è stata offerta della droga e siccome ha detto di no, è stata aggredita da colui che voleva venderla, è intervenuto il marito che si è dovuto far carico di una pesante aggressione fisica, perché c'era stato il rifiuto dell'acquisto di una dose di droga, per capirci.

Allora io chiedo, presidente, un provvedimento-tampone, perché peraltro quel palazzo dovrà essere abbattuto, presto o tardi, ma passeranno ancora dei mesi, probabilmente si arriverà all'autunno, se non ancora all'inverno e in questi mesi non è ammissibile che quel territorio sia territorio di nessuno.

Quindi chiedo ciò che la mozione prevede, ossia l'istituzione di un servizio di *vigilantes* a protezione dei lavoratori provinciali di quell'edificio. Grazie presidente.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** In seiner Kritik hat der Abgeordnete Urzi vollkommen recht. Mir ist es selbst einmal passiert, dass ich dort ein Interview mit einem Kamerateam geführt habe. Wir wurden von Migranten aus diesem Park vertrieben, die gewalttätig gegen uns losgegangen sind, weil sie glaubten, wir würden wegen ihnen filmen. Dabei ging es aber um die Geschichte dieses Parks. Dieser Park ist eine Zumutung. Das war früher der Stadtpark, noch viel früher waren es die Moserschen Gärten. Das ist heute zu einem Migrantenpark der übelsten Sorte geworden, wo wirklich Verbrechen an der Tagesordnung sind. Ich habe selbst erlebt, dass sich Landesbeamte bei mir beschwert haben, weil sie mich erkannt haben, warum das Land nichts tut.

Die Kritik ist berechtigt, nur herzugehen und zu sagen, dass dies eine private Sicherheitsfirma lösen soll, dann frage ich mich, wofür wir eine Polizei in Südtirol haben. Herr Landtagspräsident, wir haben heute hier im Haus die Digos. Ich frage mich, wozu die Digos ihre Beamten in den Landtag schicken muss. Wir haben Polizeikräfte und diese sollen bitte kontrollieren kommen. Das sind Straftaten, die dort begangen werden. Da brauchen wir keine private Sicherheitsfirma engagieren. Wenn dort die Polizei patrouilliert, dann hört das auf. Diese Leute sind stante pede zu verhaften, wenn dort Drogen vertickt werden und nicht dabei zuzuschauen und abzuwarten, wie sie sich gegenseitig verprügeln und mit Flaschenhälsen aufschlitzen. Da müsste die Kritik ansetzen. Deswegen sagen wir, da muss etwas getan werden, aber die Aufforderung muss an die Polizei gehen und nicht an private Sicherheitskräfte.

Wir haben in den letzten Wochen erlebt, dass die Polizei Jagd auf Personenautos mit ausländischen Kennzeichen machen. Ich habe nicht dort drüben erlebt, dass Personenkontrollen durchgeführt werden, dass geschaut wird, ob diese Personen eine Aufenthaltsgenehmigung oder nicht haben, ob sie bereits Verbrechen begangen haben oder nicht. Da schaut man einfach zu, aber auf rechtsschaffende Bürger, die Autos mit ausländischen Kennzeichen haben, wird regelrecht Jagd gemacht. Jede Woche werden in Südtirol Einbrüche begangen. Da sehe ich nie eine Polizei patrouillieren, die das verhindert, obwohl man weiß, wo die neuralgischen Punkte sind, aber hier im Landtag haben wir die Digos im Haus. Da müssen wir schon auch die Dinge ganz klar beim Namen nennen und sagen, das ist die Aufgabe der Polizei, denn dafür wird sie bezahlt. Deswegen sage ich, dass der Kollege Urzi in seiner Kritik recht hat. Es ist auch gut, dass der Landtag das beanstandet, aber bitte verlangen wir auch von den verantwortlichen Beamten, die dafür in sehr großer Zahl in Südtirol und in größerer Zahl als in anderen Regionen des italienischen Staates vertreten sind, dass sie ihrer Arbeit nachkommen, denn genauso wie wir als Abgeordnete wissen, dass das dort drüben neuralgische Punkte sind, weiß das auch die Polizei. Deswegen hat die Polizei für Sicherheit zu sorgen, denn das ist ihre ureigene Aufgabe.

**VETTORI (Lega Alto Adige – Südtirol):** La mozione del collega Urzi, nel fine di principio è assolutamente condivisibile, perché credo che molti di noi, sia prima della campagna elettorale che durante, hanno portato le testimonianze attraverso i mezzi di informazione di quello che è diventato la zona del parco della stazione, ovvero una terra di nessuno.

Io stesso, ai tempi del consiglio comunale, avevo proposto di attivare il protocollo di strade insicure o delle pattuglie interforze tra esercito e forze dell'ordine al fine di fare una cosa che in Italia è già operativa, lo vediamo a Roma, a Milano, anche in centri minori, io l'ho visto a Rimini per esempio, ovvero il pattugliamento interforze al fine di garantire la sicurezza dei cittadini.

Un'idea che era anche condivisa dal collega Repetto nel periodo della campagna elettorale del 2015 e ricordiamo anche la testimonianza della collega Mair che è stata oggetto di lanci di bottiglie nella zona non proprio del palazzo 10, ma tutta la zona vicino, l'ex autostazione delle corriere, sappiamo tutti quanti che quella è una zona di nessuno.

Il problema, però, è che se nel principio la mozione del collega Urzi è sacrosanta, perché noi dobbiamo garantire la sicurezza dei nostri beniamini concittadini, sia a livello comunale, ma soprattutto in questa discussione a livello provinciale, dobbiamo anche ricordarci però che quello che fa un *vigilantes*, ovvero sorveglianza privata – perché ha ragione il collega Knoll: ci sono le forze dell'ordine e non vedo perché bisogna utilizzare un *vigilantes* privato, che comunque non ha gli strumenti legali per poter operare, perché ricordiamo che le forze dell'ordine, a cui va il nostro ringraziamento per il costante impegno che portano avanti ogni giorno per la sicurezza dei cittadini, già loro non hanno abbastanza tutele legali e non è che il *vigilantes* privato è un giustiziere della notte che può fare qualcosa di più di quello che già le forze dell'ordine non possano fare.

Allora la sicurezza del palazzo non può essere garantita con un istituto di vigilanza privato, si potrebbe semmai ricordare che le porte forse non devono rimanere aperte per permettere a tossicodipendenti di andare a drogarsi all'interno degli androni del palazzo. Bisogna ricordare, però che la zona antistante al palazzo n. 10 in questione è comunque territorio comunale e tutto il parco davanti è territorio comunale, la zona non è soltanto il palazzo n. 10, è tutta la zona che verrà interessata comunque adesso da un cospicuo lavoro di rinnovamento, efficientamento e valorizzazione, che conosciamo tutti quanti, non faccio il nome per non fare pubblicità occulta, però la soluzione-tampone arriverà in un paio di settimane e arriverà direttamente da Roma con la votazione e il conseguimento come legge del decreto sicurezza. Quello sarà il punto con cui noi poi potremo andare – e concludo – a operare per la sicurezza dei cittadini, purtroppo, nonostante la mozione del collega Urzi sia sacrosanta, con la vigilanza privata non si può fare granché. Grazie.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Im Großen und Ganzen verstehe ich den Antrag des Kollegen Urzi. Ich kann auch inhaltlich alles teilen, was Du in Deinen Ausführungen gesagt hast. Ich habe das mehrmals angesprochen. Ich wohne dort drüben. Ich schäme mich mittlerweile, das auch zu sagen. Es ist eine Zone, die von allen, sei es von der Stadtgemeinde Bozen als auch vom Land wirklich stiefmütterlich behandelt wird. Es ist ein Unding, dass wir im Endeffekt Leute, Anrainer, die dort leben, Menschen, die dort ihren Arbeitsplatz haben, vor jenen schützen müssen, die zu uns gekommen sind, weil sie angeblich Schutz suchen. Nennen wir die Dinge bitte beim Namen, und zwar so wie sie sind.

Und Kollege Knoll, ich gebe Dir nicht recht. Ich bin wirklich nicht die Verteidigerin der Polizei, aber ich kann das aus eigener Erfahrung sagen. Diese sind vor Ort jeden Tag mehrmals und sie machen Kontrollen und sie müssen sich vieles gefallen lassen. Ich wundere mich, wo sie immer noch die Motivation hernehmen, diese Kontrollen zu machen und auf die Straße zu gehen, denn das Problem, das wir hier haben, ist nicht die Polizei, sondern die Justiz. Das sage ich in aller Deutlichkeit. Das sind die Richter, die Voruntersuchungsrichter, die die Leute, wenn sie verhaftet werden, sofort auf freien Fuß setzen. Es wird niemand in Gewahrsam genommen. Es wird niemand weggesperrt. Es wird niemand eingesperrt vor allem bei diesen Leuten dort drüben. Diese sind am nächsten Tag alle wieder vor Ort und das ist nicht die Schuld der Polizei, sondern der Justiz. Das sage ich in aller Deutlichkeit. Ich sehe es ein bisschen anders.

Ich glaube schon, dass private Sicherheitsdienste einiges bewegen können. Wir haben letztes Jahr im Wahlkampf das Beispiel der Stadtgemeinde Linz aufgezeigt, die mit einem privaten Sicherheitsdienst gerade solche Geschichten ermöglicht, damit die Polizei für andere Dinge verwendet werden kann. Personalmangel gibt es überall, Du hast recht, in Südtirol haben wir im Verhältnis zur Bevölkerung eine große Anzahl. Nichtsdestotrotz, wenn man mit den Leuten spricht, ist auch dort in bestimmten Bereichen der Personalmangel natürlich gegeben, weil sie sich teilweise auch mit Sachen beschäftigen, die nicht unbedingt in den Zuständigkeitsbereich fallen. Aber was diesen Punkt anbelangt, dass sie nicht drüben wären, stimmt nicht. Sie sind sehr häufig präsent, Gott sei Dank, muss ich sagen.

Wir waren jene Partei, die früher zu einem Polizeistaat Südtirol nein gesagt hat. Heute bin ich froh, wenn ich sie vor meiner Tür sehe, wenn ich sehe, dass sie irgendwo sind, weil man sich wirklich – ich sage das als Frau in erster Linie – unwohl fühlt, und wenn man mitbekommt, dass Drogengeschäfte vor der eigenen Haustür ablaufen, denn man weiß nie, in welcher Situation man sich unfreiwillig begibt, wenn man vorbeigeht und es beobachtet usw. Ich kann die Frauen und auch die Jugendlichen, die das Amt besuchen müssen, verstehen. Ich kann nachvollziehen, dass man sich unwohl fühlt. Die Patentlösung habe ich auch nicht, aber ich denke schon, dass mit privaten Diensten viel bewerkstelligt werden kann. Ich möchte ganz entschieden zurückweisen, dass die Sicherheitskräfte dort nicht vorhanden sind.

Noch kurz ein Satz. Mich stört es, dass von offizieller Seite immer wieder gesagt wird, bitte bleibt geduldig, das löst sich jetzt von alleine, denn jetzt kommt der Benko, jetzt wir alles niedergerissen sozusagen, dann ist das Problem nicht mehr gegeben. Das Problem verlagert sich. Wir haben das Problem nicht gelöst, denn

die Leute werden einen anderen Platz aufsuchen und dann beginnt die ganze Diskussion von neuem, nur trifft es dann halt wahrscheinlich Leute, die an anderen Stellen arbeiten und leben.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Es ist eines der seltenen Male, wo ich zumindest zum letzten Satz völlig mit Ulli Mair einer Meinung bin.

Io ho grandissimo rispetto per l'esigenza di sicurezza e lo dico come donna, che si vuole muovere in ogni momento della giornata e della notte in ogni posto di questo mondo, voglio poterlo fare senza avere nessun timore, nel bosco, nella piazza, nella stazione, in qualsiasi posto, questo è un nostro sacrosanto diritto e questo va salvaguardato.

Quello contro cui io mi batto, invece, è una visione che io chiamo la visione dell'intervento sull'ultimo anello, è come una lunga catena di problematiche, la migrazione, lo sfruttamento, il disagio, la povertà, l'emarginazione sociale, eccetera, ma non si lavora su tutto questo, ci si vede alla fine ci sono dei poveracci in giro che sono problematici e noi interveniamo su questi e questa è una cosa contro cui io mi rivolgo, perché non si risolve niente, è esattamente quello che ha detto la collega Mair, questi sono interventi che non spezzano la catena della problematica, ma semplicemente spostano in una strada più in là una problematica.

È vero, anch'io ho pensato ai bellissimi *depliant* di Benko, che rappresentano proprio via Alto Adige dove c'è la signora con la borsetta e il bambino con il triciclo che attraversa una strada luminosa e ovviamente senza nessuno che dia fastidio, ma questa è un'illusione, questo è *marketing* e quindi anche proposte di questo tipo, caro collega Urzi, non sono nient'altro che *marketing* politico, Lei libera la strada in qualche maniera, poi vedremo, uno può anche pensare se sia un modo buono o non buono, però sposta il problema da un'altra parte, dove ci sarà qualcun altro che è poco contento. Che lungimiranza è? Che prospettiva è? Nessuna.

Quindi vediamo però purtroppo lo stesso modo di intervenire quando ci chiudono le porte dei treni e tutti i pendolari possono salire sul treno da una porta sola perché così ognuno deve esibire il suo titolo di viaggio, ma si risolve un problema? Per niente, il problema resta nella stazione e poi dopo ce l'avremo lì, quindi facciamo dei discorsi seri e un po' più completi se no ci accaniamo sempre sull'ultimo anello di una catena, che in genere è proprio anche l'anello più debole, e non ha nessun senso.

**BESSONE (assessore all'edilizia e servizio tecnico, patrimonio, libro fondiario e catasto - Lega Alto Adige – Südtirol):** Egregio presidente, cari colleghi, caro cons. Urzi, do prima una risposta tecnica, che vengo a leggere, poi faccio delle mie considerazioni.

In riferimento alla Sua mozione riguardante l'insediamento di un servizio di *vigilantes* privati a tutela della sicurezza dei dipendenti presso il palazzo provinciale di via Perathoner 10, ex Camera di commercio a Bolzano, comunico quanto segue:

La Provincia autonoma di Bolzano è proprietaria di una minima parte della zona prospiciente il palazzo in questione, in cui sono collocati gli uffici dell'Agenzia degli appalti, l'Ufficio degli esami di bi- e trilinguismo. Tutta l'area di via Perathoner è soggetta a una riqualificazione che comporterà anche il trasloco degli uffici provinciali in altra sede, verosimilmente entro l'anno 2019. La necessità del presidio di quella zona è già nota al sottoscritto e alle forze dell'ordine. Per garantire la sicurezza dei dipendenti provinciali e dei cittadini che transitano in quella zona, è necessario favorire una forte collaborazione tra il Comune di Bolzano, la Provincia e il Commissariato del Governo, affinché attraverso le forze dell'ordine vengano eseguiti regolari controlli e tramite la loro presenza garantita adeguata sicurezza.

Situazioni irregolari o attività delinquenziali dovranno essere perseguite a norma di legge e nel caso le persone che se ne rendono responsabili, dovranno essere allontanate.

La sicurezza pubblica, anche in quella zona specifica, è comunque di competenza del sindaco di Bolzano; i *vigilantes* possono proteggere la proprietà privata, quindi l'accesso al palazzo, ma non intervenire sull'area prospiciente pubblica.

Inoltre come assessore competente posso autorizzare unicamente la tutela del patrimonio, le persone invece devono essere tutelate dalle forze dell'ordine. Anche l'installazione di telecamere, come già fatto per gli altri palazzi, sarebbe economicamente oggetto di discussione, soprattutto in ottica di dismissione del palazzo in tempi brevi.

Avendo comunque presente la problematica, intendiamo verificare i tempi effettivi entro i quali si prevede la demolizione del palazzo provinciale, il costo di un'eventuale videosorveglianza, quale parte di questo impianto atto al controllo potrà, a seguito della demolizione, essere impiegato su altre aree.

Visto quanto sopra, si propone di non accogliere la proposta così formulata.

Però voglio sottolineare una cosa: Lei dice “Sfido chiunque a dire che non è vero” e altroché se è vero, ci mancherebbe altro, è una cosa che ha fatto benissimo a sottolineare, a portare all’attenzione, è una cosa di cui abbiamo sempre parlato anche noi e deve essere la Polizia, la Squadra mobile, consigliere Knoll, non deve essere la Digos, questa è la polizia politica, ma come disse giustamente la cons. Mair, la Squadra mobile fa bene il suo dovere, purtroppo chi viene arrestato, domani è fuori e su questo stiamo lavorando anche al Governo.

Perciò io dico che ha fatto bene il cons. Urzi a sottolineare ancora il problema della sicurezza nei giardini antistanti alla stazione, purtroppo però per questa questione l’ente preposto è il Comune di Bolzano. Grazie.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia):** Come succede spesso, si chiede a chi interviene nel dibattito – e non mi riferisco a tutti – di leggere il documento prima di intervenire, perché molti degli interventi che si sono svolti non fanno riferimento a quello che c’è scritto nel documento.

Il tema non è ‘via Perathoner’, il tema non è ‘Parco della stazione’, il tema è ‘l’area della Provincia autonoma di Bolzano e di pertinenza della Provincia autonoma di Bolzano’, che significa ‘da dove ci sono le porte, alla parte di giardino prospiciente dove spesso vengono posteggiate vetture, che è un pezzo di via Perathoner – io lo so perché ho gli uffici là, quindi so che un pezzo di via Perathoner è della Provincia e questo è stato dimenticato nel commento – e l’interno del palazzo.

E allora, siccome non l’ho fatto prima, lo faccio adesso: “il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano impegna la Giunta provinciale ad attivare sino al previsto trasferimento degli uffici in altra sede un servizio di *vigilantes* privati a tutela della sicurezza dei dipendenti provinciali nell’androne del palazzo e nell’area immediatamente prospiciente” – che è provinciale, non è del Comune, è provinciale, pro-vin-cia-le – “allontanando” – non dai giardini della stazione di via Perathoner, ma dal palazzo della Provincia, dove lavorano i vostri dipendenti – “chi fa uso di droga nell’ambito della pertinenza” – è scritto – “e provvedendo se del caso” – se del caso, perché se uno bivacca, cioè mangia un panino, magari può essergli chiesto di allontanarsi, se uno invece sta preparando un cannone, che sono quelli che si fumano, allora il *vigilantes* non interviene con il bastone, ma chiama la Polizia, perché ha meno paura della signora con la borsetta di chiamare la Polizia, è chiaro? È chiaro questo? La signora con la borsetta che esce dal suo ufficio ha paura di fronte a uno che sta consumando da una parte whisky e dall’altra parte sta fumando chissà che cosa, anzi si sa benissimo che cosa perché si sente perfettamente fino al quarto piano dell’edificio, va bene? Tutti i dipendenti provinciali fumano ogni giorno droga in modo passivo, e allora di fronte a questo, la signora con la borsetta, che sta tornando a casa, ha paura di fare un metro indietro, di chiamare la Polizia, aspettare che la Polizia arrivi, dopodiché quando la Polizia è arrivata, verificare che venga allontanata la persona e mezz’ora dopo magari poter andare a fare la spesa. La signora, dipendente provinciale, vostra dipendente, ha paura, Lo può fare qualcuno, che non ha la divisa del giustiziere della notte, ma ha l’autorità che gli deriva da un incarico assegnatogli, ha una competenza professionale, che gli deriva da un percorso di studi di intervenire sulla situazione.

Proseguo la lettura della mozione che la gran parte di coloro che sono intervenuti non ha letto prima di commentarla – “provvedendo se del caso ad avvisare le forze dell’ordine,” – se uno vuota il cartoccio di vino consumato lungo le scale, magari può pensarci il *vigilantes* ad allontanarlo e chiamare quello che fa le pulizie, non deve esserci un poliziotto, il poliziotto non ci starà mai tutto il giorno in un posto, ovunque sia questo posto, a fare vigilanza, sempre che non sia Senato della Repubblica o magari qualche palazzo istituzionalmente più elevato – “eliminando i bivacchi ed impedendo i comportamenti incivili e insalubri, l’accesso agli ascensori” – non può essere il poliziotto che va su e giù tutto il giorno a vedere se l’ascensore è occupato da uno che si sta facendo una pera, va bene? E non può essere nemmeno la dipende della Provincia che deve schiacciare il pulsante e vedere che cosa si apre e capire se dentro c’è uno con una siringa per poter salire in ascensore oppure no. Deve essere qualcuno che ha titolo per poterlo fare e non deve essere Urzi, che lavora in quel medesimo palazzo, a farlo, deve essere un dipendente chiamato dalla Provincia.

Siete voi che mi fate fare il leghista perché mi fate fare il leghista? Abbiamo la Lega in Provincia, io voglio che la Lega faccia la Lega in Provincia, perché mi fate fare il leghista? – allora “l’accesso agli ascensori da parte di persone non autorizzate o non dirette agli uffici e garantendo al contempo una adeguata forma di tutela dalla contiguità con consumatori o spacciatori di droga per i tanti giovani che frequentano gli uffici per gli esami di bilinguismo.”

A voi va bene che questi giovani abbiano questo esempio? Che la Provincia passi questo esempio? Tutti i giovani di tutta la Provincia, quelli che scendono la Valle Aurina e che vengono e che si trovano la persona che gli offre la droga. Tutti i vostri giovani sono sotto attacco e noi facciamo finta di non vedere.

Presidente, chiedo la votazione nominale. Grazie.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Zum Fortgang der Arbeiten. Ich weiß nicht, was der Kollege Urzi heute gegessen hat, aber das gibt ihm kein Recht, hier im Landtag zu schreien. Ich würde schon um ein Mindestmaß an normalen Umgangsformen bitten, weil das mit der Darstellung eines Antrages nichts zu tun hat.

Ich beantrage eine getrennte Abstimmung von den Prämissen und dem beschließendem Teil.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen über den Beschlussantrag Nr. 34/19 namentlich und nach getrennten Teilen, wie von den Abgeordneten Urzi und Knoll beantragt, ab. Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung -  
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 6 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 7 Stimmenthaltungen. Anwesend 35 Abgeordnete, 31 abstimmende Abgeordnete, 4 nicht abstimmende Abgeordnete (Dello Sbarba, Kompatscher, Ladurner, Vettori).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Atz Tammerle, Knoll, Leiter Reber, Mair, Mattei, Urzi.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Alfreider, Amhof, Bessone, Deeg, Foppa, Hochgruber Kuenzer, Lanz, Locher, Nicolini, Noggler, Renzler, Schuler, Staffler, Tauber, Vallazza, Vettorato, Widmann.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Faistnauer, Köllensperger, Ploner Alex, Ploner Franz, Repetto, Rieder, Unterholzner.

Ich eröffne die Abstimmung über den verpflichtenden Teil.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung -  
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 3 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen. Anwesend 35 Abgeordnete, 34 abstimmende Abgeordnete, 1 nicht abstimmende Abgeordnete (Mattei).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Leiter Reber, Mair, Urzi.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Alfreider, Amhof, Atz Tammerle, Bessone, Deeg, Dello Sbarba, Foppa, Hochgruber Kuenzer, Knoll, Kompatscher, Ladurner, Lanz, Locher, Nicolini, Noggler, Renzler, Repetto, Schuler, Staffler, Tauber, Vallazza, Vettorato, Vettori, Widmann.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Faistnauer, Köllensperger, Ploner Alex, Ploner Franz, Rieder, Unterholzner.

Abgeordneter Dello Sbarba, bitte.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Sull'andamento dei lavori. Nella prima votazione, quella sulla parte introduttiva, a me è parso di aver votato NO, poi invece è venuto fuori che non avevo votato, cioè che non avevo pigiato nessun bottone. Confermo di aver votato NO e temo la reazione del cons. Urzi.

**PRÄSIDENT:** Somit ist auch das geklärt.

Punkt 9 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 44/19 vom 5.2.2019, eingebracht vom Abgeordneten Repetto, betreffend: Fahrten zum Konzentrationslager Mauthausen fördern.**"

Punto 9) all'ordine del giorno: "**Mozione n. 44/19 del 5/2/2019, presentata dal consigliere Repetto, riguardante: Promuovere dei viaggi al campo di concentramento di Mauthausen.**"

*Am 5. Mai 1945 befreite die US-Armee das Arbeits- und Konzentrationslager Mauthausen (am 6. Mai 1945 wurde auch Gusen befreit).*

*Tausende von Gefangenen aus allen europäischen Ländern, die unter nationalsozialistischer Besatzung standen, kamen an diesem berüchtigten Ort ums Leben.*

*Mauthausen war ein Konzentrationslager der „Kategorie 3“ – das bedeutete Bestrafung und Vernichtung durch Arbeit.*

*Im Lager kamen auch sieben Bozner ums Leben: Adolfo Beretta, Gerolamo Meneghini, Erminio Ferrari, Tullio Degasperi, Decio Fratini, Romeo Trevisan und Walter Masetti. Sie wurden in einem der 13 Transporte aus dem Durchgangslager der Südtiroler Landeshauptstadt in die Konzentrationslager Mitteleuropas, darunter Mauthausen, deportiert.*

*Zahlreiche literarische Werke erzählen von den Erfahrungen der Überlebenden sowie von den Brutalitäten, die sie in diesem NS-Lager erleiden mussten. Darunter sei hier das Buch unseres Mitbürgers Dr. Aldo Pantozzi „Im Angesicht des Todes“ erwähnt.*

*Jedes Jahr wird in Mauthausen der Jahrestag der Befreiung am ersten Sonntag im Mai gefeiert. Seit 2000 entsendet die Stadt Bozen eine Delegation zur Erinnerung an die gefallenen Märtyrer und vor allem an die sieben Bozner Bürger, deren Fotos neben dem Krematorium von Gusen, einem der Nebenlager von Mauthausen, hängen.*

*Der Südtiroler Landtag  
verpflichtet  
die Landesregierung,*

*über die drei Landesressorts für Schule Reisen auch zum KZ Mauthausen zu fördern, um dieses Konzentrationslager und das Schicksal vieler aus dem Durchgangslager Bozen deportierten Bürgerinnen und Bürger bekannt zu machen, die das Unglück hatten, an diesem Ort des Leidens und des Todes zu landen. Dies auch, um die Erinnerung an unsere sieben Mitbürger, die für die Werte der Freiheit und der Demokratie starben, wach zu halten.*

*Gleichzeitig wird die Landesregierung aufgefordert, an der Gedenkfeier zum Jahrestag der Befreiung des KZ Mauthausen am 5. Mai 2019 teilzunehmen und das Landesbanner neben dem Banner der Stadt Bozen mitzuführen.*

-----

*Il 5 maggio 1945 veniva liberato il campo di lavoro e di concentramento a Mauthausen dagli americani. (Gusen è stato liberato il 6 maggio 1945!)*

*In quel famigerato luogo trovarono la morte migliaia di prigionieri di tutte le nazionalità europee occupate dalle truppe naziste.*

*Il Lager era classificato di "classe 3" (come campo di punizione e di annientamento attraverso il lavoro).*

*Nel Lager trovarono la morte anche sette bolzanini (Adolfo Beretta, Gerolamo Meneghini, Erminio Ferrari, Tullio Degasperi, Decio Fratini, Romeo Trevisan, Walter Masetti) che furono deportati dal Lager di Bolzano in uno dei 13 trasporti organizzati nel capoluogo dalla provincia di Bolzano verso i campi di concentramento del centro Europa tra cui anche quello di Mauthausen.*

*Diverse opere letterarie raccontano i metodi brutali e le esperienze dei deportati sopravvissuti in questo campo nazista tra cui desidero ricordare il libro del nostro concittadino dott. Aldo Pantozzi "Sotto gli occhi della morte".*

*Ogni anno viene celebrata a Mauthausen la ricorrenza della liberazione nella prima domenica di maggio e la città di Bolzano dall'anno 2000 invia una sua rappresentanza per ricordare i martiri caduti e soprattutto i sette bolzanini, le cui foto sono appese vicino al forno crematorio di Gusen, uno dei campi dipendenti di Mauthausen.*

*Il Consiglio della Provincia  
autonoma di Bolzano  
impegna la Giunta provinciale*

*tramite i tre assessorati provinciali alla scuola di promuovere anche dei viaggi al KZ Mauthausen per far conoscere questo campo, fare capire il destino di tanti deportati civili del Lager di Bolzano che ebbero la sventura di approdare in questo luogo di sofferenza e di morte e fare conoscere i sette nostri concittadini che morirono per i valori di libertà e di democrazia.*

*Nello stesso tempo si chiede di associarsi al gonfalone della Città di Bolzano il 5 maggio 2019 in occasione della Cerimonia di liberazione del lager di Mauthausen.*

La parola al consigliere Repetto, prego.

**REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten):** Grazie presidente. Questa mozione deve avere una premessa a mio modo di vedere, non ho nulla da inseguire a nessuno, naturalmente, su un argomento importante dove già la Provincia ha fatto degli investimenti nel passato attraverso viaggi che vengono organizzati con gli studenti verso i campi di concentramento.

Si partiva dal presupposto che la memoria storica è una custodia del passato e un progetto per il futuro, la memoria è perciò sviluppo, progresso, progetto umano verso il futuro e purtroppo le nuove generazioni vivono una sorta di presente permanente, perciò c'è il rischio che vengano ripetuti gli errori del passato se non si fa una corretta operazione sulla memoria.

Io spero di finire le premesse raccontando il mio passato, legato alla città di Bolzano, ma la città di Bolzano su questo ha investito tanto, la "Storia e Memoria" e "...per non dimenticare", i segni attraverso il Lager di Bolzano, ci sono celebrazioni di ricordo, è stata intitolata una piazza a Hans e Sophie Scholl, il beato Mayr Nusser con il gemellaggio a Erlangen, Franz Thaler con la donazione dell'archivio storico, ricordiamo che Franz Thaler è un uomo di Sarentino che ha scritto *Unvergessen*, personaggi di questo genere hanno animato tutta la nostra provincia in un periodo storico molto buio, veramente difficile e purtroppo noi sappiamo che dal Lager di Bolzano, che era il *Durchgangslager* in via Resia, ci furono 13 spedizioni verso i campi di concentramento tra cui 7 bolzanini furono inviati nel Lager di Mauthausen e li voglio anche nominare questi personaggi, Adolfo Beretta, Gerolamo Menghini, Erminio Ferrari, Tullio Degasper, Decio Frattini, Romeo Trevisan e Walter Masetti. Loro trovarono tutti la morte a Mauthausen, che era un campo di lavoro e di sterminio, famosa la scala della morte, ad esempio. Il notaio Aldo Pantozzi, dopo essere stato catturato nei piani di Cavalese fu inviato purtroppo anche lui a Mauthausen, riuscì però a ritornare e scrisse "Sotto gli occhi della morte", che è un libro importante che viene distribuito nell'ambito delle scuole.

La richiesta specifica attraverso questa mozione è molto semplice: ogni anno la prima domenica di maggio, in questo caso nel 2019 sarà il 5 maggio, c'è la celebrazione della liberazione del campo da parte degli americani, dove è presente quasi sempre il presidente della Repubblica austriaca, ci sono tutti gli ambasciatori delle varie nazioni presenti in Austria, perciò è una manifestazione considerata proprio dall'Austria molto importante per il significato storico. È stata ristrutturata e restaurata gran parte del campo di concentramento, è stato anche realizzato lì vicino un *memorial* importante, insomma è una situazione che dà un certo tipo di valore.

Io volevo raccontarvi la mia esperienza: dal 2000 vado ogni anno a questa celebrazione, ci andrò anche quest'anno, anche se questa mozione non verrà approvata, ma io spero di sì perché è talmente importante l'argomento, la parte etica, il ricordo, la memoria su cui si deve lavorare e si deve investire, perché è importantissimo perché queste persone sono morte nella difesa di valori fondamentali che ci consentono anche in quest'aula di parlare, di discutere.

La richiesta, attraverso questa mozione, era proprio di promuovere all'interno delle scuole, perciò di invitare le scuole a partecipare e andare a visitare questo campo di concentramento. C'è anche un sottocampo a Gusen, lì vicino, dove ci sono delle targhe che ricordano questi cittadini di Bolzano che sono deceduti all'interno de campo e nello stesso tempo invitare la Provincia attraverso un proprio gonfalone, a essere presente il 5 maggio.

Vi faccio presente che tantissime città, sia italiane che estere, portano i loro gonfaloni all'interno di questa manifestazione, di questa celebrazione, per cui era importante che la Provincia, attraverso gli investimenti che sta facendo in questi anni, attraverso questo argomento faccia anche un segno di presenza istituzionale all'interno di un campo di concentramento che ha visto dei cittadini della propria provincia morire all'interno di quel campo e tantissimi altri che sono potuti tornare e raccontare ciò che hanno vissuto.

Io naturalmente spero che questo invito venga raccolto dall'aula consiliare e si possa andare tutti insieme il 5 maggio a Mauthausen a celebrare questa liberazione del campo e i valori che rappresentano per chi è passato lì e purtroppo è anche deceduto.

**LEITER REBER (Die Freiheitlichen):** Lieber Kollege Repetto, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann Deinen Ausführungen zustimmen. Ich glaube, dass die Erinnerung immer mehr schwindet. Die Zeitzeugen



werden weniger. Daher ist es wichtig, dass die Erinnerung an diese Zeit und auch an die Opfer, die sie gebracht hat, mitgetragen wird.

Ich finde, dass dieser Antrag viel zu kurz greift bzw. sich nur auf diese sieben Opfer aus Bozen konzentriert. Wenn das Land Südtirol hier eingreifen und noch mehr fördern soll – ich denke an die Unterstützung der Schulklassen -, dann muss es auch allgemeiner formuliert sein, der an die Dutzenden Meraner Juden erinnert, wo an die 350 Behinderten erinnert wird, die zwischen 1944 und 1945 in dieser kurzen Zeit in den Heilanstalten, aber auch in anderen Lagern interniert worden sind. Ich denke, dass das die falsche Adresse ist. Es würde für die Stadtverwaltung Bozen besser passen, dass man sagt, gezielt für die 7 Bozner, aber als Land Südtirol muss man wenschon für alle im Gesamten und sich nicht nur auf Mauthausen konzentrieren. Ich kenne die Geschichte sehr gut. Mein Vater war zur Zeit der Befreiung genau im Gefangenenlager gegenüber. Ich weiß das daher auch von den Südtirolern, die in beiden Elementen drinnen waren, aber man muss hier weiter denken und auch die ganzen anderen Gedenkstätten mit einbeziehen, ob das dann Dachau, Auschwitz usw. ist. Man muss das einfach breiter fassen. Deswegen ist der Antrag, obwohl ich ihn vom Gedankengang her sehr gut finde und unterstütze, in dieser Form für dieses Gremium hier nicht passend.

**PLONER Alex (Team Köllensperger):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir leiden leider immer noch in einer Zeit, in der junge Menschen aus einem Adriano Celentano Hit ein Wehrmachtslied machen und sich nach der Veröffentlichung über YouTube auf jugendlichen Leichtsinn herausreden. 80 Jahre nach der Reichspogromnacht und dem Beginn der systematischen Judenverfolgung mit der gelenkten Judenermordung durch das nationalsozialistische Regime erscheint es deshalb mehr als angebracht und notwendig, gegen das Vergessen anzukämpfen. Gerade in der jetzigen Zeit bedarf es jeder Menge Maßnahmen, das Geschichtsbewusstsein in der Bevölkerung wach zu halten. In diesem Sinne haben auch wir als Team Köllensperger unseren Beschlussantrag zur politischen Bildung eingebracht, der demnächst in diesem Plenum diskutiert und präsentiert wird.

Gerade für Kinder und Jugendliche machen ganz persönliche Zugänge die Geschichte erst nachvollziehbar und persönlich bedeutsam können dadurch das Denken und Verhalten verändern, Orientierung geben, Normen und Wertevorstellungen bedienen oder konterkarieren. Mittels dieser Sensibilisierung und Kompassfunktion kann der Umgang mit der Geschichte zu einem ganz persönlichen, sagen wir mal, Lebensmittel werden.

Deshalb sind Projekte wie Promemoria Auschwitz der Südtiroler Jugenddienste oder der in diesem Beschlussantrag vom Kollegen Repetto vorgebrachte Vorschlag Reisen nach Mauthausen zu ermöglichen durchaus zu unterstützen.

Ich ergänze diesen Beschlussantrag sogar mit einem Vorschlag, denn im Beschlussantrag wird die Landesregierung aufgefordert, an der Gedenkfeier am 5. Mai, und zwar am Tag der Befreiung teilzunehmen. Ich würde nicht eine Delegation der Landesregierung hinschicken, sondern des gesamten Landtages parteiübergreifend, denn jedem Politiker und jeder Politikerin tut es sehr gut, sich daran zu erinnern, was radikale, menschenverachtende, rassistische, egozentrische Haltungen in der Vergangenheit mit sich gebracht haben. In diesem Sinne unterstützen wir voll den Beschlussantrag des Kollegen Repetto.

**PRÄSIDENT:** Das Wort hat der Abgeordnete Urzì, bitte. Achten Sie bitte auf Ihre Gesundheit!

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia):** Sa cosa vuol dire questo in italiano? Glielo spiego dopo. Non è volgare, è solo un gesto scaramantico toccare ... va beh!

Presidente, invece stiamo parlando di un argomento troppo serio per fare dell'ironia e, anzi, io sostengo convintamente la mozione, quindi avrò il mio voto sicuramente e convintamente favorevole.

Detto questo, mi piace in questa circostanza ricordare che rispetto alla tragedia dello sterminio che ha riguardato milioni di persone, io inviterei l'umanità intera a fare un percorso di recupero della memoria. Certo, facciamo la nostra parte, quindi anche come Consiglio provinciale ci sta benissimo, benissimo che lo faccia il Comune, ma dovrebbe essere richiamata l'umanità intera, le scuole, benissimo coinvolgerle, ci sono dei viaggi che già vengono fatti ad Auschwitz.

Personalmente io negli anni ho fatto un percorso doloroso in Europa, anche negli anni difficili, di transizione dal comunismo alla libertà in alcuni Paesi, peso alla Polonia, alla scoperta di questi luoghi. Li ricordo tutti come una ferita veramente profonda, che non può lasciare insensibile un animo onesto. Qualunque persona onesta di fronte a se stessa e alla propria coscienza non può non rimanere turbata, ecco perché io

condivido alcune parole raccolte dal collega Ploner, io non riesco a comprendere come in certe situazioni si possa anche fare dell'ironia rispetto a questo tema. La fanno a diverso livello uomini di spettacolo, uomini politici, cittadini, gente sui *social*, banalizzando un'orribile tragedia. Certo, c'è sempre quello che fa "ma il problema è un altro, ci sarebbe stato anche ..., c'è stato anche ...", sì, ci sono anche state altre tragedie, ci sono stati i *gulag*, c'è stato il comunismo, tutto questo ovviamente va ricordato con la stessa commozione, rispetto al dolore che ci provocano i campi di concentramento, non devono essere necessariamente di sterminio come quello di Bolzano.

Ricordo che come appena eletto presidente provinciale di Alleanza Nazionale, la prima cosa che feci immediatamente nei giorni successivi fu di andare proprio alla cerimonia al campo di concentramento di Bolzano, che completava questo mio percorso personale, umano, Dachau, Mauthausen, Birkenau, Auschwitz, Theresienstadt, insomma quei luoghi della sofferenza autentica.

Dovrebbe essere chiamata l'umanità intera, perché ancora oggi c'è chi sottovaluta, ridicolizza, trasforma in battuta quelle immagini drammatiche, che forse Auschwitz in maniera più drammatica rispetto a tutti gli altri luoghi evoca, la montagna di occhiali, la montagna di treccine di bambine, le scarpette colorate e i vestitini. Quale animo umano, se non volgare e inutile, può rimanere insensibile?

Quindi auspico che questa mozione possa essere allargata nello spirito e coinvolgere l'umanità intera, la cittadinanza tutta dell'Alto Adige. Grazie.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Sandro Repetto ha citato Franz Thaler, che è morto poco tempo fa e che sicuramente è un modello per tutti noi, con il suo coraggio civile e la semplicità con cui è riuscito a raccontare quello che spesso non è raccontabile.

Io ho fatto la mia tesi di laurea su questo periodo, in letteratura, proprio anche sulla letteratura altoatesina, e ho visto che c'è stato un lunghissimo silenzio sul periodo del nazismo e sul periodo delle opzioni, un silenzio letterario, ma anche un silenzio della società e in parte ancora questo periodo storico non è stato rielaborato e non è entrato come elaborazione storica anche nel discorso collettivo, quindi trovo molto importante volgere l'attenzione su questo punto e anche seguire la proposta che Lei fa, soprattutto per quello che riguarda anche i giovani, perché io ho insegnato un po' di anni a scuola e ho visto che c'è una grande distanza tra i giovani e la storia, anzi io penso che la mia generazione aveva comunque ancora dei familiari che erano toccato dalla Seconda Guerra Mondiale, che avevano nella loro biografia almeno la Seconda Guerra Mondiale. Quando questo finisce, che quindi nella storia familiare c'è questo ricordo, tutto quanto rimane in un passato storico, quindi la guerra dei contadini o la Seconda Guerra Mondiale sono più o meno allo stesso livello nella coscienza e questo è molto pericoloso perché le ombre lunghe del periodo del nazismo ci riguardano ancora.

Io ho fatto proprio con i miei giovani ragazzi in famiglia un viaggio qualche anno fa ad Auschwitz, Birkenau e mi ricordo che per giorni e giorni non siamo riusciti a parlare d'altro, perché loro erano molto toccati e quindi credo che permettere questa esperienza, vedere e toccare e non solo leggere su un libro, per molte persone giovani credo sia l'unico approccio per far comprendere e far entrare anche in una relazione con la propria vita quello che è successo.

Propongo, cons. Repetto, di dividere il punto 1 e il punto 2, così magari almeno il secondo punto può essere più facilmente accettato, una cosa pratica così magari la Giunta le viene dietro su un punto o sull'altro. Grazie.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Wissen Sie, dass es mit solchen Beschlussanträgen immer so eine Sache ist. Grundsätzlich stimmen wir diesem Beschlussantrag ja zu, das ist überhaupt keine Frage. Nur wenn Beschlussanträge dazu dienen, auf die Schuld der anderen hinzuweisen, ohne sich aber im gleichen Maße kritisch mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen, dann ist das ein Problem. Denn dann müssen wir uns fragen, wie aufrichtig auch diese Sühne, diese Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit ist.

Der Kollege Urzi hat mir jetzt hier die Steilvorlage dafür geboten, als er gesagt hat, dass er damals als Vertreter von Alleanza Nazionale in seiner ersten Funktion diese Feierlichkeiten beim Durchgangslager in Bozen besucht hat. Das ist eine schöne Geste, aber die Vertreter derselben Partei haben verhindert und verhindern es bis heute, dass in Südtirol faschistische Relikte entfernt werden. Bezeichnen diese nicht als das, was sie sind, als eine Glorifizierung des Faschismus mit all seinen Verbrechen. Wir haben in Bruneck ein Völkermorddenkmal, das bis heute unangetastet ist. Wie glaubwürdig ist es, wenn wir unseren Schülern sagen, fährt nach Mauthausen, um euch die Verbrecher der Nazis anzuschauen, aber bitte in Südtirol reden wir

nicht darüber, denn das können wir einem Teil der Bevölkerung in Südtirol nicht zumuten, sich mit diesem Teil der Geschichte auseinanderzusetzen. Das ist einfach nicht aufrichtig und das ist die halbe Wahrheit.

Ich war letzte Woche in Brüssel. Es gibt in Brüssel ein europäisches Haus der Geschichte – ich habe mir das angeschaut – und dort gibt es ein ganzes Stockwerk, ich nenne es einmal bewusst provokant die Kammer der Schuld, wo auf die ganzen gerechtfertigten Verbrechen des Nationalsozialismus hingewiesen wird. Kein einziges Wort über die Verbrechen des italienischen Faschismus, über die Giftgasanschläge in Nordafrika, über die innerpolitisch in Italien verfolgten Kommunisten, Sozialisten, über die Rassegesetze, die in Italien gemacht wurden. All das wird mit keinem einzigen Wort erwähnt. Zufällig ist eine dieser Kuratorinnen dieser Ausstellung eine Italienerin. Ich will damit nur sagen, das ist für mich ein Problem. Da sah man eine große Karte der Vertriebenen von den ehemaligen deutschen Gebieten. Dort stimmten die Zahlen nicht, denn dort standen dann 2.000, 5.000. Ich habe gefragt, wie das sein könne. Da muss man sich zwei oder drei Nullen einfach mit dazu denken, weil das sonst zu provokant wirken würde. Das hat mit einer Geschichtsaufarbeitung einfach gar nichts zu tun.

So ähnlich sehe ich es hier. Ich unterstütze das. Ich war sogar selbst beispielsweise im KZ Dachau und habe mir das angeschaut. Ich habe in meiner Familiengeschichte auch Personen, die darin involviert waren. Das finde ich alles gut, aber wir können uns nicht nur einen Teil herauspicken. Wir müssen die Gesamtheit sehen. Es hat Südtiroler gegeben, die in einen Krieg geschickt wurden, die das nicht wollten. Es hat Menschen gegeben, die vom Faschismus getötet wurden. Es hat Menschen gegeben, die vom Faschismus politisch verfolgt wurden. Der Faschismus hat auch in seinem ursächlichen Zusammenhang mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus zu tun. Wir können und dürfen uns nicht nur einen Teil der Geschichte herauspicken und den anderen Teil, vielleicht auch des friedlichen Zusammenlebens in Südtirol einfach ignorieren. Es braucht eine Beleuchtung beider Seiten und genauso kritisch muss auch die faschistische Vergangenheit und leider noch immer die Existenz der faschistischen Symbole in Südtirol hinterfragt werden, denn sonst ist eine solche Geschichtsaufarbeitung einfach nicht ehrlich.

**LANZ (SVP):** Sehr geehrte Abgeordnete, ich schließe mich den Worten meiner Vorredner an. Wir haben grundsätzlich als Fraktion mit diesem Beschlussantrag kein Problem, aber mit der Formulierung. Es ist vor allem der erste Punkt, der in die Autonomie der Schulen eingreift, wo es wichtig ist, dass man sensibilisiert, dass man darauf hinweist, dass diese Thematik besteht und dass man das auch über Kampagnen immer wieder betont, fördert und forciert, dass hier Fahrten gemacht werden. Der zweite Teil stellt uns vor die Herausforderung, dass wir hier eine spezifische Anfrage über Bürger einer Gemeinde haben, die in Mauthausen gestorben sind und morgen vielleicht mehrere Anfragen von anderen Gemeinden haben, wo Bürger dieser Gemeinden in anderen Orten zu Tode gekommen sind und dieselbe Ehre erwarten könnten, dürften oder müssten. Deswegen die Frage ganz konkret an den Einbringer des Beschlussantrages, ob man in der Formulierung dieser beiden Punkte etwas machen und das mit unterstützen kann, aber nicht irgendetwas beschließen, wo wir genau wissen, dass wir es gar nicht machen können, weil es uns dann an die zeitlichen Ressourcengrenzen bringt. Danke!

**VETTORATO (assessore alla scuola italiana, formazione professionale italiana, cultura italiana, energia, ambiente - Lega Alto Adige – Südtirol):** Diciamo che dal punto di vista dei contenuti la mozione che ha presentato il cons. Repetto è sicuramente condivisibile. Mi sono interfacciato anche con gli assessori alla cultura, sia tedesca che ladina, e dopo risponderanno anche loro.

Questa amministrazione da 9 anni aderisce a un'iniziativa molto importante, che è il Treno della Memoria, un'iniziativa fatta a livello Euregio, quindi Trentino, Alto Adige/Südtirol e Land Tirol. È un'iniziativa che coinvolge una media di 480 ragazzi all'anno, con una media di 180 altoatesini/sudtirolesi ed è un'iniziativa molto importante, che questa e le passate amministrazioni da 9 anni stanno sponsorizzando.

Nell'iniziativa fondamentale si chiederebbe anche di cambiare un po' la destinazione e di inserire una nuova data e questo ci risulta un po' difficile proprio perché, essendo quest'iniziativa già collaudata, questa amministrazione tende a spingere e ad occuparsi con il Land di questa iniziativa che è appunto il Treno della Memoria.

Però sicuramente possiamo fare una cosa per il 5 maggio, possiamo mandare delle missive alle scuole invitandole a partecipare alla commemorazione che Lei ha citato. Questo lo possiamo fare volentieri, anzi lo farò, farò scrivere direttamente dalla Sovrintendenza, lasciando però alle scuole la loro autonomia, prevista anche dal patto formativo. Grazie.

**ACHAMMER (Landesrat für Deutsche Bildung, Deutsche Kultur, Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen, Arbeit, Integration - SVP):** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Kollege Repetto! Ich kann mich den Worten vom Kollegen Vettorato anschließen. Zum einen sind es die bekannten Initiativen wie etwa zur Promemoria Auschwitz. Ich darf sagen, dass dies auf Initiative des Landes Südtirol eine Euregio Initiative geworden ist. Es ist jenes Projekt, wo wir am meisten im Moment beitragen und auch versucht haben, die Anzahl der Jugendlichen, die daran teilnehmen, zu steigern, und zwar auch deswegen – das verbinde ich ein bisschen mit der Wortmeldung vom Kollegen Lanz –, weil es Südtiroler Opfer genauso in Auschwitz gegeben hat. An Olimpia Carpi hat man gemeinsam als Südtiroler beispielsweise in Auschwitz oft erinnert. Darüber hinaus gibt es verschiedene Projekte. Zum Schluss ist beispielsweise ein Projekt von Srebrenica unter anderen unterstützt worden auch in der Ausbildung der Lehrpersonen in der Aufarbeitung der jüngsten Geschichte.

Auch ich würde sagen, generell selbstverständlich, ein klares Bekenntnis zur Aufarbeitung der Geschichte, ein klares Bekenntnis, dass jene Momente der Geschichte von den Schulen stark aufgearbeitet werden, die sicherlich zu den dunkelsten Kapiteln der Geschichte gehören, dass es aber doch in der Autonomie der Schule liegen soll zu entscheiden, ob man nach Dachau fährt und dort daran teilnimmt, ob es Mauthausen ist, ob es Auschwitz ist oder ob es beispielsweise Srebrenica ist. Wir unterstützen alle diese Initiativen. Wenn der Antrag in diese Richtung geht, auch Mauthausen stärker aufzunehmen als bisher als eine Möglichkeit für die Schulen, dann selbstverständlich. Das ist kein Thema. Aber entsprechend der Ausrichtung des Unterrichtes soll es der Schule selber offen stehen.

Genauso zum zweiten Anliegen. Wir möchten verschiedene Gedenkmomente unterstützen. In dem Sinne wäre es, glaube ich, auch sinnvoll, dass dieser Antrag eventuell angepasst wird, um gemeinsam ein positives Zeichen zu setzen. Danke!

**ALFREIDER (Landesrat für Ladinische Bildung, Ladinische Kultur, Verkehrsnetz, Mobilität - SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nur eines unterstreichen, und zwar das, was die Kollegen vorhin gesagt haben. Genauso gilt das vor allem für uns Südtiroler, dieses Thema als gesamtes Thema anzugehen und vor allem eines zu tun. Wir wissen, dass es passiert ist, wie es damals Primo Levi schon gesagt hat. Wir müssen alles tun, damit so etwas nicht mehr passieren kann. In diesem Sinne haben wir das auch zusammen mit den Kollegen abgestimmt. Wenn, dann möchten wir gemeinsam Initiativen starten und natürlich auch die Schulen in einer gewissen Autonomie belassen, was dieses Thema anbelangt.

**REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten):** Grazie veramente a tutti coloro che sono intervenuti. Non avevo dubbi sulla sensibilità che tutti hanno espresso su questo argomento e questo è un elemento estremamente positivo di quest'aula, che ha dato un segnale molto forte e molto importante.

Recepisco anche i suggerimenti che sono stati fatti da alcuni consiglieri e da alcuni gruppi politici e proprio perché ci sia una massima partecipazione nella votazione di questa mozione, chiederei al presidente la sospensione della trattazione della mozione e dell'eventuale votazione per poter trovare nella parte deliberativa quegli aspetti che possono indurre l'aula ad avere una maggioranza più ampia possibile, insomma che ci sia una votazione più ampia possibile in questa direzione e poterla perciò trattare eventualmente domani. Adesso mi confronto con alcuni consiglieri e naturalmente anche con gli assessori che mi hanno chiesto che venissero modificati all'interno della parte deliberativa alcuni aspetti, soprattutto nel sottolineare l'autonomia scolastica e quant'altro. Grazie.

**PRÄSIDENT:** Die Behandlung des Beschlussantrages Nr. 44/19 wird vertagt.

Punkt 10 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 51/19 vom 12.2.2019, eingebracht von den Abgeordneten Leiter Reber und Mair, betreffend: Untertunnelung "Latschander"."**

Punto 10) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 51/19 del 12/2/2019, presentata dai consiglieri Leiter Reber e Mair, riguardante: Realizzazione di una galleria in zona "Latschander"."**

*In regolari Abständen kommt es auf der Vinschgauer Staatsstraße (SS38) im Bereich der sogenannten Latschander, dem Abschnitt zwischen Kastelbell und Latsch, immer wieder zu Steinschlägen und Hangrutschungen.*

*Aus Sicherheitsgründen muss dieser Straßenabschnitt bei Unwettern oft gänzlich für den Verkehr gesperrt werden, zuletzt war dies im November und Dezember 2018 für mehrere Tage nötig. Unterhalb der Staatsstraße verlaufen zudem die Trasse der Vinschgerbahn und ein Radweg, welche ebenfalls gefährdet sind und oftmals zusammen mit der Staatsstraße gesperrt werden müssen.*

*Abgesehen von der Gefahrenquelle welche dieser Berghang für die Verkehrsteilnehmer darstellt, verursacht die Sperrung der SS38 in diesem Abschnitt stets ein immenses Verkehrschaos und schneidet den Vinschgau verkehrstechnisch entzwei, da die Ausweichstraßen bzw. vorübergehenden Notwege auf der orografisch rechten Seite der Etsch nicht geeignet sind die einzige Hauptverkehrsader zu ersetzen. Ein Umstand, der bei Anwohnern, Pendlern, Betrieben und Transportunternehmen für großen Unmut sorgt.*

*Die Bewohner des Vinschgaus erwarten sich besonders jetzt, wo die Bauarbeiten zur Untertunnelung der SS38 im Bereich Galsaun/Kastelbell begonnen haben, den direkt anknüpfenden Straßenabschnitt durch entsprechende Schutzbauten zu versehen, um die Sicherheit zu garantieren und künftige Sperrungen der Vinschgauer Hauptverkehrsader zu verhindern.*

*Dies vorausgeschickt,*

*fordert*

*der Südtiroler Landtag die Landesregierung zu folgendem Schritt auf:*

- 1. beim zuständigen Landesamt eine geologische Untersuchung des Berghangs oberhalb der SS38 im Bereich der „Latschander“ (vom „Pfraumer Stadel“ bis zum Kreisverkehr Latsch) in Auftrag zu geben;*
- 2. die darauffolgende Projektierung entsprechend den verkehrstechnischen Bedürfnissen in die Prioritätenliste für die wichtigsten Bauvorhaben des Landes aufzunehmen.*

-----

*Lungo la strada statale della Val Venosta (SS38), nella zona della Stretta di Laces, ovvero nel tratto compreso tra Castelbello e Laces, si verificano regolarmente frane e smottamenti.*

*Per motivi di sicurezza, si rende spesso necessario chiudere completamente al traffico questo tratto di strada in caso di maltempo; da ultimo è accaduto per diversi giorni nei mesi di novembre e dicembre 2018. Al di sotto della strada statale passano anche la ferrovia della Val Venosta e una pista ciclabile, anch'esse a rischio e che spesso devono essere chiuse insieme alla strada statale.*

*A prescindere dalla pericolosità di questo versante montano per gli utenti della strada, la chiusura della SS38 in questo tratto provoca ogni volta un enorme caos della viabilità tagliando in due la Val Venosta, poiché i percorsi alternativi o di emergenza sul versante orografico destro dell'Adige non sono adatti a sostituire l'unica arteria stradale principale. Questa situazione suscita grande malcontento tra residenti, pendolari, aziende e imprese di trasporto.*

*Gli abitanti della Val Venosta, a maggior ragione ora che sono iniziati i lavori di costruzione della galleria della SS38 in zona Colsano/Castelbello, si aspettano che il tratto stradale ad essa direttamente collegato sia dotato di adeguate opere di protezione per garantire la sicurezza ed evitare future chiusure dell'arteria principale della Val Venosta.*

*Ciò premesso,*

*il Consiglio della Provincia  
autonoma di Bolzano*

*invita*

*la Giunta provinciale*

- 1. a commissionare al competente ufficio provinciale un rilievo geologico del versante montano sovrastante la SS38 nella zona della Stretta di Laces (dalla "Pfraumer Stadel" alla rotatoria di Laces);*
- 2. a includere la successiva progettazione, in funzione delle esigenze viabilistiche, nell'elenco delle priorità relative ai più importanti progetti edilizi della provincia.*

Das Wort hat der Abgeordnete Reber Leiter, bitte.

**LEITER REBER (Die Freiheitlichen):** Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist ein relativ konkretes Beispiel. Die "Latschander" ist jener Bereich zwischen Kastelbell und Latsch. Vielleicht ist er einigen aufgrund des Zuganglücks der Vinschger Bahn in trauriger Erinnerung geblieben. Auf der Anhöhe haben wir dieses instabile Gebiet. Man kann bei der Latschander schon davon reden, dass dies ein historisch gefährlicher Abschnitt ist, wo immer wieder Steinschläge und Murenabgänge sind und wo auch in jüngster Vergangenheit – Oktober November – die Vinschger Staatsstraße, die SS38 gesperrt werden musste. Wir haben zum einen diesen Sicherheitsaspekt für alle, die auf dieser Straße unterwegs sind. Man muss dazusagen, dass direkt darunter die Trasse der Eisenbahn und der Radweg verlaufen und im Hang haben wir den Latschander Waal, der auch nicht unbedingt dazu beiträgt, für Sicherheit zu sorgen, wenn wir an die Murenabgänge denken, also einmal dieses Sicherheitsproblem.

Auf der anderen Seite haben wir das Problem, dass im Vinschgau ein Nadelöhr ist, dass, wenn diese Hauptverkehrsader gesperrt ist, die Ersatzstraßen und Notwege, die man auf der orographisch rechten Etsch- und Talseite macht, nicht imstande sind, diesen Hauptverkehr zu tragen und der Vinschgau sozusagen in zwei Teile abgeschnitten ist.

Die Bürgerinnen und Bürger des Vinschgaus haben sich jetzt natürlich gehofft, dass, wenn die Untertunnelung von Galsaun und Kastelbell gemacht wird, in einem Schmatz sozusagen auch die Latschander endlich einmal einer Lösung zugeführt wird. Ich weiß selber, dass ein bestehendes Projekt, das im Laufen ist und umzuändern wäre, schwierig ist. Deswegen diese Forderung, jetzt eine geologische Untersuchung in Auftrag zu geben, um zu schauen, welche Sicherheitsmaßnahme umgesetzt werden kann, ob es eine offene Galerie, eine Untertunnelung oder nur eine Abdeckung mit den Schutznetzen, was ich bezweifle, ist. Aber dieser Auftrag an die Landesregierung, nach dieser Untertunnelung von Galsaun und Kastelbell das gleich anzugehen, um endlich diesen Bereich sozusagen abschließen zu können.

**ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Inhaltlich kann man dem absolut zustimmen. Ich habe selbst Kontakt mit Gemeindevertretern der Gemeinde Kastelbell aufgenommen, wo mir gesagt wurde, dass erst kürzlich im Gemeinderat darüber gesprochen wurde. Dabei wurde die Information gegeben, dass das Gesamte, nämlich die Durchführung der Arbeiten, die Projektierung einer Bezirksgemeinschaft in Zusammenarbeit mit dem Land übergeben wurde. Ich weiß nicht, ob das korrekt ist, weil man abschnittsweise vor hat, ein Projekt zwischen Galerien, Hangschutz und Damm auszuarbeiten. Ich weiß nicht, wie weit dieses Projekt fortgeschritten ist. Vielleicht ist es heute sinnvoll, die neuesten Informationen diesbezüglich bekanntzugeben.

Ein Hinweis dazu wurde mir mit auf den Weg gegeben, den ich gerne vorbringen möchte, und zwar dahingehend, ob man die Arbeiten in Bezug auf den Tunnelbau zeitgleich durchführen könnte, denn die Vibrationen, die bei den Sprengungen entstehen, könnten wiederum erneuten Steinschlag auslösen. Ich möchte wissen, ob man das miteinander kombinieren könnte.

Grundsätzlich absolute Zustimmung zu diesem Beschlussantrag.

**UNTERHOLZNER (Team Köllensperger):** Das betrifft die Sicherheit im Straßenverkehr. Dieser Antrag findet absolut volle Zustimmung von unserer Seite, weil das kein Autofahrer, der die Straße benutzt, steuern kann. Deswegen würden wir ersuchen, dass beide Punkte des beschließenden Teils eine positive Zustimmung bekommen. Danke!

**STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Der Antrag ist natürlich hoch aktuell. Wir hatten vor nicht allzu langer Zeit einen entsprechenden Steinschlag in diesem Gebiet. Aber ich kann mir vorstellen, wie ich die Landesverwaltung, den Straßendienst, den Straßenbausektor des Landes kenne, dass darauf sicherlich hoch aktuell und unmittelbar reagiert wird. Normalerweise ist es so, dass, wenn so eine Situation eintritt, sofort und ad hoc interveniert wird und auch die entsprechenden Maßnahmen gesetzt werden.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang – das brauche ich dem Herrn Ingenieur auch nicht sagen -, dass ein entsprechendes Variantenstudium zu machen ist, denn eine Tunnellösung muss von Haus aus nicht die beste Lösung sein, im Gegenteil. Wir müssen mit unseren Tunnelplanungen ein bisschen vorsichtig sein, obwohl man sie manchmal natürlich braucht, das wissen wir auch, aber Instandhaltungskosten werden uns in Zukunft auffressen, wenn wir nicht aufpassen. Der Landeshauptmann gibt mir diesbezüglich auch recht. Da muss man natürlich sehr vorsichtig ans Werk gehen und einfach eine intelligente Lösung suchen. Wir können

davon ausgehen, dass dies auch gemacht wird. So arbeiten unsere Ämter. Deswegen bin ich guter Dinge, dass wir das bereits in einer guten Hand haben. Danke!

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia):** Nel merito sono favorevole, voterò a favore con un'osservazione grafica, quindi una modifica d'ufficio, nel senso che si fa riferimento alla zona Latschander, che è riferita evidentemente a Laces. È un'area che è fra Castelbello e Laces, è corretto? Questa è una *Schlucht*, sostanzialmente, una montagna ...

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Una zona dimenticata da Tolomei.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia):** No, a dire la verità è prevista la denominazione, è la Stretta di Laces, io lo dico quindi, presidente, considerato peraltro che Lei è della zona, adesso verrò a consultarmi con Lei, che mi saprà sicuramente orientare.

Ovviamente devo dire che viene operato sempre con grandissima attenzione – mi permetta di dirlo, presidente – ogni tipo di intervento linguistico da parte del personale addetto alle traduzioni; sono sempre scrupolosissimi, bravissimi e attentissimi a ogni tipo di variante, quindi non c'è assolutamente nessun tipo di errore, si tratta evidentemente solo di un'interpretazione.

Quindi il mio voto è favorevole di fronte alla necessità nel testo italiano di adeguare la denominazione alla corretta versione in lingua italiana, che poi valuteremo e che mi risulta essere Stretta di Laces. Detto questo voto a favore, ovviamente non faccio riferimento all'altra denominazione, che invece fa riferimento a una struttura di ambito privato. Grazie.

**PRÄSIDENT:** Ich kann bestätigen, dass die Benennung dieser Örtlichkeit "Latschander" völlig korrekt ist.

**ALFREIDER (Landesrat für Ladinische Bildung, Ladinische Kultur, Verkehrsnetz, Mobilität - SVP):** Kollege Leiter Reber, ich bestätige Ihre Aussagen. Das ist ein sehr konkretes Anliegen. Bereits am 11. Dezember 2018 hat sich die Landesregierung aufgrund eines Vermerks der Abteilung Tiefbau des damaligen Landesrates mit dem Thema Steinschlagschutz im Bereich Latsch-Kastelbell befasst und entschieden, die gesamten geologischen Untersuchungen zu beauftragen, um zu sehen, was man hier technisch tun kann, um diesen Bereich auch besser zu sichern. Die Arbeiten laufen bereits. Deswegen braucht es eigentlich keinen zusätzlichen Beschluss in diesem Sinne. Die Ergebnisse werden wir im April erhalten, damit wir entsprechende Maßnahmen in der Abteilung Tiefbau auch planen und in die Wege leiten können. Das heißt auch, dass das, was Sie eben gesagt haben, im Bauprogramm mit aufgenommen wird. Ich glaube, dass wir vom Inhalt her einig sind. Die Arbeiten laufen bereits, deshalb braucht es eigentlich keinen zusätzlichen Beschluss.

Ich danke dem Kollegen Staffler für diesen Gedanken, den er eingebracht hat. Wir müssen uns in nächster Zeit in der Tat vor allem vermehrt um eines noch intensiver kümmern, nämlich um die Erhaltung. Wie werden wir unsere Infrastrukturen – das gilt nicht nur für den Tiefbau, sondern für viele anderen Bereiche -, unser Netz, unser Straßennetz, unser Radwegenetz, unserer Schienennetz weiter ausbauen können, aber vor allem auch erhalten können und das mit einer hohen Qualität bei womöglich hoffentlich auch geringeren Kosten? Das müssen wir jetzt gemeinsam angehen, nur das auch immer im Hintergrund, wenn wir über Baumaßnahmen sprechen. Danke!

**LEITER REBER (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Landesrat, für die Antwort und auch den vielen Wortmeldungen, die dieses Projekt unterstützen. Ich muss etwas dazusagen. Mir war aus den Medien schon bekannt, dass es im Dezember einen Beschluss gegeben hat. Ich habe bis Ende Jänner die ganzen Beschlüsse der Landesregierung durchgeschaut. Ich habe diesen aber nicht gefunden. Vielleicht habe ich es nicht gesehen. Wie hat es heute Vormittag geheißen? Ein geheimes Zusatzabkommen oder was auch immer.

Ich habe mir gedacht, diesen Beschlussantrag einzubringen, dann wissen wir ganz genau, ob dieser Beschluss wirklich gefasst worden ist oder nicht. Jetzt hat man die Klärung. Ich bin froh, dass es in diese Richtung weitergeht. Ich möchte dazusagen, das tut jetzt zwar nicht viel zur Sache, aber im beschließenden Teil ist, Kollege Staffler, von einem Tunnel nichts drinnen. Da geht es nur um die Projektierung und darum, zu schauen, was man machen kann. Danke!

**URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia):** Solo brevemente, presidente, per confermare che le verifiche fatte confermano che *Latschander* è in italiano Stretta di Laces e quindi nella parte italiana il testo dovrà essere rivisto. Con questa condizione ovviamente voto a favore. Grazie.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen über den Beschlussantrag Nr. 51/19 ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 14 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen genehmigt.

Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt 11, Beschlussantrag Nr. 52/19, eingebracht vom Abgeordneten Nicolini, betreffend die Ausdehnung der im Beschluss Nr. 886/2016 vorgesehenen Richtlinien für die Gewährung von Förderungen für Tätigkeiten und Investitionen im kulturellen und künstlerischen Bereich auf die italienische Sprachgruppe.

Die Frage ist, ob wir morgen mit der Behandlung beginnen, denn es bleiben noch 7 Minuten übrig.

Consigliere Nicolini, prego.

**NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Dieci minuti basterebbero, però preferisco trattarla domani, perché comunque non c'è il tempo per la conferma.

**PRÄSIDENT:** Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

*Danke die Sitzung ist geschlossen.*

**Ore 17.54 Uhr**



**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:  
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ACHAMMER (22, 51)  
ALFREIDER (51, 54)  
ATZ TAMMERLE (8, 10, 18, 53)  
BESSONE (43)  
DELLO SBARBA (11, 15, 24, 45)  
FAISTNAUER (32)  
FOPPA (6, 9, 17, 29, 36, 43, 49)  
KNOLL (9, 11, 19, 31, 41, 45, 49, 54)  
KOMPATSCHER (9, 10, 33)  
LANZ (11, 21, 32, 50)  
LEITER REBER (20, 47, 53, 54)  
MAIR (42)  
NICOLINI (55)  
PLONER Alex (48)  
RENZLER (20, 31)  
REPETTO (19, 47, 51)  
RIEDER (18, 30)  
STAFFLER (27, 35, 53)  
UNTERHOLZNER (21, 53)  
URZÌ (8, 10, 16, 29, 36, 39, 44, 48, 54, 55)  
VETTORATO (50)  
VETTORI (41)